

2006**Ausgegeben zu Bonn am 7. Dezember 2006****Nr. 29**

Tag	Inhalt	Seite
30.11.2006	Gesetz zu dem Abkommen vom 12. August 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ghana zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn GESTA: XD004	1018
2.12.2006	Gesetz zu dem Abkommen vom 30. September 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD005	1042
2.12.2006	Gesetz zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD006	1066
2.12.2006	Gesetz zu dem Abkommen vom 3. Mai 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD007	1091
2.12.2006	Gesetz zu dem Abkommen vom 6. Februar 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD008	1112
2.12.2006	Gesetz zu dem Abkommen vom 8. Juni 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen des Kantons Schaffhausen, über die Erhaltung einer Straßenbrücke über die Wutach zwischen Stühlingen (Baden-Württemberg) und Oberwiesen (Schaffhausen) GESTA: XJ001	1133
2.12.2006	Gesetz zu dem Abkommen vom 8. Juni 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen des Kantons Aargau, über Bau und Erhaltung einer Rheinbrücke zwischen Laufenburg (Baden-Württemberg) und Laufenburg (Aargau) GESTA: XJ002	1137
29. 9.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	1141
13.10.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung des Internationalen Zentrums für die Registrierung fortlaufend erscheinender Veröffentlichungen	1141
19.10.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	1142
16.11.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten und des Protokolls hierzu	1143
2.11.2006	Berichtigung der Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-algerischen Protokolls über die Identifizierung und die Rückübernahme	1144

Gesetz
zu dem Abkommen vom 12. August 2004
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ghana
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen,
vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn

Vom 30. November 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Accra am 12. August 2004 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ghana zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 32 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 30. November 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ghana
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen,
vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Ghana
for the Avoidance of Double Taxation
and the Prevention of Fiscal Evasion
with Respect to Taxes on Income, on Capital and on Capital Gains**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Ghana –

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Ghana,

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn zu fördern –

Desiring to promote their economic relations through the conclusion of an Agreement for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income, on capital and on capital gains,

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Article 1

Persons covered

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn, die für Rechnung eines Vertragsstaates oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
 - die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Gewerbesteuer und
 - die Vermögensteuer,
 einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

Article 2

Taxes Covered

(1) This Agreement shall apply to taxes on income, on capital and on capital gains imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income, on capital and on capital gains all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

- a) in the Federal Republic of Germany:
 - the income tax (Einkommensteuer),
 - the corporation tax (Körperschaftsteuer),
 - the trade tax (Gewerbesteuer) and
 - the capital tax (Vermögensteuer)
 including the supplements levied thereon
(hereinafter referred to as "German tax");

b) in der Republik Ghana:

die Einkommensteuer und

die Steuer vom Veräußerungsgewinn

(im Folgenden als „ghanaische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ das Hoheitsgebiet dieser Staaten sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit der jeweilige Staat dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“:
 - aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in Bezug auf die Republik Ghana:

alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Republik Ghana besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Ghana geltenden Recht errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:
 - aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
 - bb) in der Republik Ghana der Commissioner of Internal Revenue oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfor-

b) in the Republic of Ghana:

the income tax and

the capital gains tax

(hereinafter referred to as “Ghana tax”).

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the territory of the State concerned as well as the area of the sea-bed, its sub-soil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, in so far as the State concerned may exercise sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources;
- b) the term “person” means an individual, a company and any other body of persons;
- c) the term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- d) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State or an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- e) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- f) the term “national” means:
 - aa) in respect of the Federal Republic of Germany:

any German within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the laws in force in the Federal Republic of Germany;
 - bb) in respect of the Republic of Ghana:

any individual possessing the nationality of the Republic of Ghana and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the laws in force in the Republic of Ghana;
- g) the term “competent authority” means:
 - aa) in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its powers;
 - bb) in the case of the Republic of Ghana the Commissioner of Internal Revenue or his authorised representative.

(2) As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State any term not defined therein shall, unless

dert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften oder Veräußerungsgewinnen aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer neun Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

Resident

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income or capital gains from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation or assembly project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than nine months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from Immovable Property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Nicht zum Abzug zugelassen sind dagegen Beträge, die die Betriebsstätte (nicht zur Erstattung tatsächlicher Aufwendungen) als Lizenzgebühren, Vergütungen oder andere vergleichbare Zahlungen für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten oder als Provisionen für bestimmte Dienstleistungen oder für Geschäftsführungstätigkeiten oder, ausgenommen Kreditinstitute, als Zinsen für der Betriebsstätte gewährte Darlehen gegebenenfalls an das Stammhaus des Unternehmens oder an eine seiner Geschäftsstellen entrichtet. Desgleichen bleiben bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte Beträge unberücksichtigt, die die Betriebsstätte dem Stammhaus des Unternehmens oder einer seiner Geschäftsstellen (nicht zur Erstattung tatsächlicher Aufwendungen) als Lizenzgebühren, Vergütungen oder andere vergleichbare Zahlungen für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten oder als Provisionen für bestimmte Dienstleistungen oder für Geschäftsführungstätigkeiten oder, ausgenommen Kreditinstitute, als Zinsen für dem Stammhaus oder einer seiner Geschäftsstellen gewährte Darlehen in Rechnung stellt.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernenden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business Profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. However, no such deduction shall be allowed in respect of amounts, if any, paid (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission, for specific services performed or for management, or, except in the case of banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the permanent establishment. Likewise, no account shall be taken, in the determination of the profits of a permanent establishment, for amounts charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses), by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise by way of interest on moneys lent to the head office of the enterprise or any of its other offices.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs of this Article, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Dieser Artikel gilt auch für die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft. Er erstreckt sich auch auf Vergütungen, die ein Gesellschafter einer Personengesellschaft von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft, für die Gewährung von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezieht, wenn diese Vergütungen nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, den Einkünften des Gesellschafters aus dieser Betriebsstätte zugerechnet werden.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Für Zwecke dieses Artikels beinhaltet der Begriff „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ auch die Gewinne aus

- a) der gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) der Nutzung, Wartung oder Vermietung von Containern, die der Beförderung von Gütern oder Waren dienen (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Seeschiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Seeschiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche,

(7) This Article shall also apply to income from participation in a partnership. It shall further apply to remuneration received by a partner from the partnership for activities in the service of the partnership and for the granting of loans or the provisions of assets, where such remuneration is attributable under the tax law of the Contracting State in which the permanent establishment is situated to the income derived by a partner from that permanent establishment.

(8) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and Air Transport

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) For the purposes of this Article the terms “profits from the operation of ships or aircraft in international traffic” shall include profits from

- a) the occasional rental of ships or aircraft on a bare-boat basis and
- b) the use, maintenance or rental of containers used for the transport of goods or merchandise (including trailers and ancillary equipment used for transporting the containers),

if these activities pertain to the operation of ships or aircraft in international traffic.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated Enterprises

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-

die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch nicht ausgeschüttete Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteu-

mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall, if necessary, consult each other.

Article 10

Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares or other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident and distributions on certificates of an investment fund or investment trust.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State, independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of

ert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt Folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und für ein durch Gewährleistungen der Republik Ghana für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen oder an die Regierung der Republik Ghana, die Bank of Ghana, den Export Development and Investment Fund, die Export Finance Company oder eine andere von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in gegenseitigem Einvernehmen anerkannte öffentliche Einrichtung mit ähnlichen Zielsetzungen wie die genannten Einrichtungen gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Ghana stammen und für ein durch Gewährleistungen der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen oder an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft oder eine andere von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in gegenseitigem Einvernehmen anerkannte öffentliche Einrichtung mit ähnlichen Zielsetzungen wie die genannten Einrichtungen gezahlt werden, sind von der ghanaischen Steuer befreit.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 können Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und die Zinszahlung

- a) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit steht,
- b) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit steht oder
- c) für ein von einer Bank gewährtes Darlehen jeder Art geleistet wird.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(6) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(8) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen,

that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- a) interest arising in the Federal Republic of Germany and paid in consideration of a loan guaranteed by the Republic of Ghana in respect of export or foreign direct investment or paid to the Government of Ghana, the Bank of Ghana, the Export Development and Investment Fund, the Export Finance Company, or any other public institution with similar objectives to those of the said institutions as may be approved by the competent authorities of the Contracting States by mutual agreement shall be exempt from German tax;
- b) interest arising in the Republic of Ghana and paid in consideration of a loan guaranteed by the Federal Republic of Germany in respect of export or foreign direct investment or paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau, the Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft or any other public institution with similar objectives to those of the said institutions as may be approved by the competent authorities of the Contracting States by mutual agreement shall be exempt from Ghana tax.

(4) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest as referred to in paragraph 1 may be taxed only in the Contracting State of which the recipient is a resident if the recipient is the beneficial owner of the interest and the interest is paid

- a) in connection with the sale of commercial or scientific equipment on credit,
- b) in connection with the sale of goods by an enterprise to another enterprise on credit, or
- c) for a loan of any kind made by a bank.

(5) The term “interest” as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(6) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(7) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(8) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to

gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren und Dienstleistungsvergütungen

(1) Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 8 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme sowie Filmen oder Tonbändern für Fernseh- und Hörfunksendungen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Hörfunk- oder Fernsehanstalten.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dienstleistungsvergütungen“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für in einem Vertragsstaat erbrachte Dienstleistungen geschäftsführender, technischer oder beratender Art an Personen gezahlt werden, bei denen es sich nicht um Angestellte des Schuldners handelt. Der Ausdruck „Dienstleistungsvergütungen“ beinhaltet jedoch nicht Zahlungen für Aufsichtstätigkeiten in Verbindung mit einer Bauausführung oder Montage oder für Aufsichtstätigkeiten in Verbindung mit einer Montage, die mit dem Verkauf von Maschinen oder Teilen davon in Zusammenhang steht, und Vergütungen im Sinne von Artikel 14 Absatz 1.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, oder die Pflicht, für die die Dienstleistungsvergütungen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Lizenzgebühren und Dienstleistungsvergütungen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen

the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

Royalties and Services fees

(1) Royalties or services fees arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties or services fees may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties or services fees is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 8 per cent of the gross amount of the royalties or services fees.

(3) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films and films or tapes used for television or radio broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience. The term “royalties” shall also include payments of any kind for the use or the right to use a person's name, picture or any other similar personality rights and on payments received as consideration for the registration of entertainers' or sportsmen's performances by radio or television.

(4) The term “services fees” as used in this Article means payments of any kind to any person, other than to an employee of the person making the payments, in consideration for any services of a managerial, technical or consultancy nature, rendered in a Contracting State. However the term “services fees” shall not include any payments in consideration for supervisory activities in connection with a building site or construction, assembly or installation project or for supervisory activities in connection with installation incidental to the sale of machinery or parts thereof and remuneration referred to in paragraph 1 of Article 14.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties or services fees, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties or services fees arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid or the obligation in respect of which the services fees are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Royalties and services fees shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties or services fees, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties or services fees was incurred, and such royalties or services fees are borne by such permanent establishment or a fixed base,

für Zwecke der Betriebsstätte oder festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder feste Einrichtung die Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen, so gelten die Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren oder Dienstleistungsvergütungen, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen – direkt oder indirekt – überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, oder von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht einbezogen.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung

then such royalties or services fees shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or a fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties or services fees, having regard to the use, right, information or service for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

Capital Gains

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of shares and similar rights in a company, the assets of which consist – directly or indirectly – principally of immovable property situated in a Contracting State, may be taxed in that State.

(3) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise), or of such fixed base may be taxed in that other State.

(4) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(5) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 4, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

(6) Where an individual was a resident of a Contracting State for a period of 5 years or more and has become a resident of the other Contracting State, paragraph 5 shall not prevent the first-mentioned State from taxing under its domestic law the capital appreciation of shares in a company resident in the first-mentioned State for the period of residency of that individual in the first-mentioned State. In such case, the appreciation of capital taxed in the first-mentioned State shall not be included in the determination of the subsequent appreciation of capital by the other State.

Article 14

Independent Personal Services

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State, unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities; in that

zur Verfügung steht; in diesem Fall können die Einkünfte nur insoweit im anderen Staat besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder

case, only so much of the income as is attributable to that fixed base may be taxed in that other Contracting State.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

Income from Employment

(1) Subject to the provisions of Articles 16 to 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise which operates the ship or aircraft is situated.

Article 16

Directors' Fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and Sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Paragraphs 1 and 2 shall not apply to income accruing from the exercise of activities by artistes or sportsmen in a Contracting State where the visit to that State is financed entirely or mainly from public funds of the other State, a political subdivi-

einer seiner Gebietskörperschaften finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für frühere unselbständige Arbeit oder Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(5) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder aus einem

sion or a local authority thereof. In such a case the income may be taxed only in the Contracting State of which the individual is a resident.

Article 18

Pensions, Annuities and Similar Payments

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and similar payments in consideration of past employment or annuities paid to a resident of a Contracting State from the other Contracting State shall only be taxable in the first-mentioned State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, payments received by an individual being a resident of a Contracting State from the statutory social insurance scheme of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, recurrent or non-recurrent payments made by one of the Contracting States or a political subdivision thereof to a person resident in the other Contracting State as compensation for political persecution or for an injury or damage sustained as a result of war (including restitution payments) or of military or civil alternative service or of a crime, vaccination or a similar event shall be taxable only in the first-mentioned State.

(4) The term “annuities” means certain amounts payable periodically at stated times, for life or for a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money’s worth.

(5) Maintenance payments, including those for children, made by a resident of one Contracting State to a resident of the other Contracting State shall be exempted from tax in that other State. This shall not apply where such maintenance payments are deductible in the first-mentioned State in computing the taxable income of the payer; tax allowances in mitigation of social burdens are not deemed to be deductions for the purposes of this paragraph.

Article 19

Government Service

(1)

- a) Salaries, wages and other similar remunerations, other than a pension, paid by a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to an individual in respect of services rendered to that State, political subdivision or local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.
- b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and if the individual is a resident of that State and
 - i) is a national of that State or
 - ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2)

- a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to

von diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Nach Vorliegen des gegenseitigen Einverständnisses der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend für Vergütungen, die von staatlich geförderten Einrichtungen ohne Gewinnstreben gezahlt werden, welche von den Vertragsstaaten für akademische, soziale, kulturelle oder ähnliche Aktivitäten eingerichtet wurden.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1)

- a) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen aus Quellen außerhalb dieses Staates bezogen werden.
- b) Buchstabe a gilt nicht für Einkünfte aus Forschungstätigkeit, wenn die Forschungstätigkeit nicht im öffentlichen Interesse, sondern in erster Linie zum privaten Nutzen einer bestimmten Person oder bestimmter Personen ausgeübt wird.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(3) Studenten, Praktikanten oder Lehrlinge im Sinne des Absatzes 2 haben zudem während eines solchen Studiums oder einer solchen Ausbildung bei nicht unter Absatz 2 fallenden Fördergeldern, Stipendien und Vergütungen aus unselbstständiger Arbeit Anspruch auf die gleichen Steuerbefreiungen, -vergünstigungen oder -minderungen, die im Gastland ansässigen Personen unter gleichen Umständen gewährt werden.

an individual in respect of services rendered to that State, political subdivision or local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.

- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15, 16, 17, or 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State.

(4) The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, political subdivision or local authority, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

(5) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall likewise apply in respect of remuneration paid by state sponsored non-profit making institutions established by the Contracting States for academic, social, cultural and similar activities upon mutual agreement by the competent authorities of the Contracting States.

Article 20

Visiting Professors, Teachers and Students

(1)

- a) An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from sources outside that State.
- b) The provisions of subparagraph a shall not apply to income from research if such research is undertaken not in the public interest but primarily for the private benefit of a specific person or persons.

(2) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(3) In respect of grants, scholarships and remuneration from employment not covered by paragraph 2, a student or business apprentice described in paragraph 2 shall, in addition, be entitled to during such education or training to the same exemptions, reliefs or reductions in respect of taxes available under the same conditions to residents of the State which he is visiting.

Artikel 21**Andere Einkünfte**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt, und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22**Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe oder Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23**Überweisungen**

(1) Sind nach diesem Abkommen Einkünfte oder Veräußerungsgewinne aus Quellen in einem Vertragsstaat ganz oder teilweise in diesem Staat von der Steuer befreit und ist eine Person hinsichtlich dieser Einkünfte oder Veräußerungsgewinne gemäß dem im anderen Vertragsstaat geltenden Recht für den Betrag der Einkünfte oder Veräußerungsgewinne, der in den anderen Staat überwiesen oder dort bezogen wird, nicht aber für den Gesamtbetrag dieser Einkünfte oder Veräußerungsgewinne steuerpflichtig, so ist die nach diesem Abkommen zu gewährende Steuerbefreiung nur auf den Teil der Einkünfte oder Veräußerungsgewinne anzuwenden, der im anderen Vertragsstaat der Steuer unterliegt.

(2) Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für Einkünfte oder Veräußerungsgewinne der Regierung eines Vertragsstaates oder einer von den zuständigen Behörden beider Staaten für die Zwecke dieses Absatzes anerkannten Person. Der Begriff „Regierung“ umfasst ihre Behörden und Körperschaften.

Artikel 24**Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat**

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Article 21**Other Income**

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22**Capital**

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23**Remittances**

(1) Where under any provision of this Agreement income or capital gains arising in a Contracting State is or are relieved in whole or in part from tax in that State and under the law in force in the other Contracting State a person, in respect of the said income or capital gains, is subject to tax by reference to the amount thereof which is remitted to or received in that other State and not by reference to the full amount thereof, then any relief provided by the provisions of this Agreement shall apply only to so much of the income or capital gains as is or are taxed in the other Contracting State.

(2) However, this limitation does not apply to income or capital gains derived by the Government of a Contracting State or any person approved by the competent authorities of both States for the purpose of this paragraph. The term "Government" shall include its agencies and statutory bodies.

Article 24**Avoidance of Double Taxation in the State of Residence**

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte und Veräußerungsgewinne aus der Republik Ghana sowie die in der Republik Ghana gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Ghana besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen. Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Ghana ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen und vom Veräußerungsgewinn für die folgenden Einkünfte und Veräußerungsgewinne wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die ghanaische Steuer angerechnet, die nach dem Recht der Republik Ghana und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte und Veräußerungsgewinne gezahlt worden ist:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren und Dienstleistungsvergütungen;
- dd) Veräußerungsgewinne, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Ghana besteuert werden können;
- ee) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- ff) Einkünfte im Sinne des Artikels 17.

- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Ghana ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezogen hat; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient, und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.

- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte, Vermögen oder Veräußerungsgewinne unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Arti-

- a) Unless foreign tax credit is to be allowed under sub-paragraph b), there shall be exempted from the assessment basis of the German tax any item of income and capital gains arising in the Republic of Ghana and any item of capital situated within the Republic of Ghana which, according to this Agreement, may be taxed in the Republic of Ghana. In the case of items of income from dividends the preceding provision shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the Republic of Ghana at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company and which were not deducted when determining the profits of the company distributing these dividends.

There shall be exempted from the assessment basis of the taxes on capital any shareholding the dividends of which if paid, would be exempted, according to the foregoing sentences.

- b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German tax on income and capital gains payable in respect of the following items of income and capital gains the Ghana tax paid under the laws of the Republic of Ghana and in accordance with this Agreement:

- aa) dividends not dealt with in sub-paragraph a);
- bb) interest;
- cc) royalties and services fees;
- dd) capital gains that may be taxed in the Republic of Ghana according to paragraph 2 of Article 13;
- ee) directors' fees;
- ff) items of income within the meaning of Article 17.

- c) The provisions of sub-paragraph b) shall apply instead of the provisions of sub-paragraph a) to items of income as defined in Articles 7 and 10 and to the assets from which such income is derived if the resident of the Federal Republic of Germany does not prove that the gross income of the permanent establishment in the business year in which the profit has been realised or of the company resident in the Republic of Ghana in the business year for which the dividends were paid was derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of nos. 1 to 6 of paragraph 1 of section 8 of the German Law on External Tax Relations (Aussensteuergesetz); the same shall apply to immovable property used by a permanent establishment and to income from this immovable property of the permanent establishment (paragraph 4 of Article 6) and to gains from the alienation of such immovable property (paragraph 1 of Article 13) and of the movable property forming part of the business property of the permanent establishment (paragraph 3 of Article 13).

- d) The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital, which are under the provisions of this Agreement exempted from German tax.

- e) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph a) double taxation shall be avoided by allowing a tax credit as laid down in sub-paragraph b)

- aa) if in the Contracting States items of income, capital or capital gains are placed under differing provisions of this Agreement or attributed to different persons (except pursuant to Article 9) and this conflict cannot be settled by a procedure in accordance with para-

kel 26 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte, das Vermögen oder die Veräußerungsgewinne unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

- bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation mit der zuständigen Behörde der Republik Ghana auf diplomatischem Weg andere Einkünfte oder Veräußerungsgewinne notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird dann für die notifizierten Einkünfte oder Veräußerungsgewinne durch Steueranrechnung vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) Bei einer in der Republik Ghana ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Abkommens unmittelbar (im Wege der Veranlagung) oder durch Abzug (Einbehalt) zu entrichtende Steuer auf Gewinne, Einkünfte oder Veräußerungsgewinne aus Quellen in der Bundesrepublik Deutschland (ausgenommen bei Dividenden die Steuern auf diejenigen Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden) wird angerechnet auf die ghanaische Steuer, die unter Zugrundelegung dieser Gewinne, Einkünfte oder Veräußerungsgewinne berechnet wird, die der Berechnung der deutschen Steuer zugrunde liegen.
- b) Im Fall von Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in der Republik Ghana ansässige Gesellschaft zahlt, die unmittelbar mit mindestens 10 vom Hundert am Kapital der die Dividenden auszahlenden Gesellschaft beteiligt ist, wird bei der Anrechnung (zusätzlich zu der deutschen Steuer, bei der nach Buchstabe a gegebenenfalls eine Anrechnung zulässig ist) die deutsche Steuer berücksichtigt, die diese Gesellschaft für die Gewinne zu entrichten hat, aus denen diese Dividenden gezahlt werden.
- c) In jedem Fall darf die nach diesem Absatz zu gewährende Steueranrechnung den Anteil an ghanaischer Steuer nicht übersteigen, den diese Gewinne, Einkünfte oder Veräußerungsgewinne an der Gesamtheit der der ghanaischen Steuer unterliegenden Gewinne, Einkünfte oder Veräußerungsgewinne ausmachen.

Artikel 25

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit

graph 3 of Article 26 and if as a result of this difference in placement or attribution the relevant income, capital or capital gains would remain untaxed or be taxed lower than without this conflict or

- bb) if after due consultation with the competent authority of the Republic of Ghana the Federal Republic of Germany notifies the Republic of Ghana through diplomatic channels of other items of income or capital gains to which it intends to apply the provisions of sub-paragraph b). Double Taxation is then avoided for the notified income or capital gains by allowing a tax credit from the first day of the calendar year, next following that in which the notification was made.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of the Republic of Ghana as follows:

- a) The German tax payable under the laws of the Federal Republic of Germany and in accordance with the provisions of this Agreement, whether directly (by assessment) or by deduction (withholding), on profits, income or capital gains from sources within the Federal Republic of Germany (excluding in the case of dividends, tax payable in respect of profits out of which the dividends are paid) shall be allowed as a credit against any Ghana tax computed by reference to the same profits, income or capital gains by reference to which the German tax is computed;
- b) In the case of dividends paid by a company which is a resident of the Federal Republic of Germany to a company which is resident in the Republic of Ghana and which controls directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends, the credit shall take into account (in addition to any German tax for which credit may be allowed under the provisions of sub-paragraph a) the German tax payable by the company in respect of the profits out of which such dividends are paid;
- c) In any case the amount of tax credit to be granted under this paragraph shall not exceed the proportion of Ghana tax which such profits, income or capital gains bear to the entire profits, income or capital gains as the case may be chargeable to Ghana tax.

Article 25

Non-Discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, especially with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on

ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 8 oder Artikel 12 Absatz 7 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren, Dienstleistungsvergütungen und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung noch damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 8 of Article 11 or paragraph 7 of Article 12 apply, interest, royalties, services fees and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 26

Mutual Agreement Procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 25, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Artikel 27**Auskunfts austausch**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Auskunftsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 28**Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung**

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften oder Veräußerungsgewinnen, die eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person bezogen hat, im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte oder Veräußerungsgewinne folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften oder Veräußerungsgewinnen, die nach diesem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte oder Veräußerungsgewinne stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Article 27**Exchange of Information**

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of a Contracting State, or a political subdivision or local authority thereof, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals and other legal remedies in relation to the taxes referred to in the first sentence. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures for the supply of information at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 28**Procedural Rules for Taxation at Source**

(1) If in one of the Contracting States the taxes on dividends, interest, royalties, other items of income or capital gains derived by a person who is a resident of the other Contracting State are levied by withholding at source, the right of the first-mentioned State to apply the withholding of tax at the rate provided under its domestic law shall not be affected by the provisions of this Agreement. The tax withheld at source shall be refunded on application by the taxpayer if and to the extent that it is reduced by this Agreement or ceases to apply.

(2) Refund applications must be submitted by the end of the fourth year following the calendar year in which the withholding tax was applied to the dividends, interest, royalties or other items of income or capital gains.

(3) Notwithstanding paragraph 1, each Contracting State shall provide for procedures to the effect that payments of income or capital gains subject under this Agreement to no tax or only to reduced tax in the state of source may be made without deduction of tax or with deduction of tax only at the rate provided in the relevant Article.

(4) The Contracting State in which the items of income or capital gains arise may ask for a certificate by the competent authority on the residence in the other Contracting State.

(5) The competent authorities may by mutual agreement implement the provisions of this Article and if necessary establish other procedures for the implementation of tax reductions or exemptions provided for under this Agreement.

Artikel 29**Anwendung des
Abkommens in bestimmten Fällen**

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden. Führt die vorstehende Bestimmung zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 26 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

(2) Die in Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2 bezeichneten Beschränkungen werden nicht angewendet, wenn die betroffene Person mit der Schaffung oder Übertragung der Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, oder mit der Schaffung oder Übertragung von Rechten, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, oder mit der Schaffung oder Übertragung der Pflichten, für die Dienstleistungsvergütungen entrichtet werden, vor allem den Zweck verfolgt, durch diese Schaffung oder Übertragung Artikel 11 und 12 zu nutzen, ohne dass das betreffende Geschäft wirtschaftlich begründet ist.

Artikel 30**Mitglieder diplomatischer Missionen
und konsularischer Vertretungen**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Diplomaten oder Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für die Zwecke dieses Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften oder Veräußerungsgewinnen aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen, vom Vermögen oder vom Veräußerungsgewinn unterworfen ist wie die in diesem Staat ansässigen Personen.

Artikel 31**Protokoll**

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 32**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Article 29**Application of the
Agreement in Special Cases**

(1) This Agreement shall not be interpreted to mean that a Contracting State is prevented from applying its domestic legal provisions on the prevention of tax evasion or tax avoidance. If the foregoing provision results in double taxation, the competent authorities shall consult each other pursuant to paragraph 3 of Article 26 on how to avoid double taxation.

(2) The limitations mentioned in the provisions of paragraph 2 of Article 11 and of paragraph 2 of Article 12 shall not apply if it was the main purpose of any person concerned, in creating or assigning the debt-claim in respect of which the interest is paid, or in creating or assigning the rights in respect of which the royalties are paid or in creating or assigning the obligations in respect of which the services fees are paid to take advantage of Articles 11 and 12 by means of that creation or assignment without economic reason appropriate to the business operation concerned.

Article 30**Members of Diplomatic Missions
and Consular Posts**

(1) Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) Notwithstanding the provisions of Article 4, an individual who is a member of a diplomatic mission or a consular post of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of this Agreement to be a resident of the sending State if:

- a) in accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of income or capital gains from sources outside that State or on capital situated outside that State, and
- b) he is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his total income, on capital or on capital gains as are residents of that State.

Article 31**Protocol**

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 32**Entry into Force**

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force on the day of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force.

Artikel 33**Kündigung**

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu Accra am 12. August 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 33**Termination**

This Agreement shall continue in effect for an unlimited period but either of the Contracting States may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to have effect:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given.

Done at Accra on August 12th, 2004 in two original texts, each in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Peter Linder

Für die Republik Ghana
For the Republic of Ghana

Osafo-Maafa

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ghana
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen,
vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn
vom 12. August 2004

Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Ghana
for the Avoidance of Double Taxation
and Prevention of Fiscal Evasion
with Respect to Taxes on Income,
on Capital and on Capital Gains
Signed on August 12th, 2004

Anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ghana zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und vom Veräußerungsgewinn haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Ghana for the Avoidance of Double Taxation and Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income, on Capital and on Capital Gains the signatories being duly authorised thereto, have in addition agreed on the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement:

1. In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland umfasst der Ausdruck „Vertragsstaat“ die Länder. Der Ausdruck „Länder“ bedeutet die deutschen Bundesländer entsprechend dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

1. In respect of the Federal Republic of Germany, the term “Contracting State” includes “Länder”. The term “Länder” means German States in accordance with the Basic Law of the Federal Republic of Germany.

2. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

2. With reference to Article 7:

- a) Where an enterprise of a Contracting State sells goods or merchandise or carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, the profits of that permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount received therefor by the enterprise but only on the basis of the amount which is attributable to the actual activity of the permanent establishment for such sales or business.
- b) In the case of contracts, in particular for the survey, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or premises, or of public works, where the enterprise has a permanent establishment in the other Contracting State, the profits of such permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount of the contract, but only on the basis of that part of the contract which is effectively carried out by the permanent establishment in the Contracting State in which it is situated. Profits derived from the supply of goods to that permanent establishment or profits related to the part of the contract which is carried out in the Contracting State in which the head office of the enterprise is situated shall be taxable only in that State.

3. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in der Bundesrepublik Deutschland, aus der sie stammen, und nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Einkünfte abzugsfähig sind.

4. Zu Artikel 19 Absatz 5:

Auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland gilt Artikel 19 Absatz 5 für das Goethe-Institut und den Deutschen Akademischen Austauschdienst.

5. Zu Artikel 27:

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch den übermittelnden Staat verursacht worden ist.
- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen

3. With reference to Articles 10 and 11:

Notwithstanding the provisions of Article 10 and 11 of this Agreement, dividends and interest may be taxed in the Federal Republic of Germany, in which they arise, and according to the law of that Federal Republic of Germany,

- a) if they are derived from rights or debt claims carrying a right to participate in profits, including income derived by a silent partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such, or from a loan with an interest rate linked to borrower's profit ("partiarisches Darlehen") or from profit sharing bonds ("Gewinnobligationen") within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany and
- b) under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

4. With reference to paragraph 5 of Article 19:

In the case of the Federal Republic of Germany paragraph 5 of Article 19 shall apply to the Goethe Institute and the German Academic Exchange Service ("Deutscher Akademischer Austauschdienst").

5. With reference to Article 27:

If in accordance with domestic law personal data are exchanged under this Agreement, the following additional provisions shall apply subject to the legal provisions in effect for each Contracting State:

- a) The receiving agency may use such data only for the stated purpose and shall be subject to the conditions prescribed by the supplying agency.
- b) The receiving agency shall on request inform the supplying agency about the use of the supplied data and the results achieved thereby.
- c) Personal data may be supplied only to the responsible agencies. Any subsequent supply to other agencies may be effected only with the prior approval of the supplying agency.
- d) The supplying agency shall be obliged to ensure that the data to be supplied are accurate and that they are necessary for and proportionate to the purpose for which they are supplied. Any bans on data supply prescribed under applicable domestic law shall be observed. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the receiving agency shall be informed of this without delay. That agency shall be obliged to correct or erase such data.
- e) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. There shall be no obligation to furnish this information if on balance it turns out that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it. In all other respects, the right of the person concerned to be informed of the existing data relating to him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for the information is made.
- f) The receiving agency shall bear liability in accordance with its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage as a result of supply under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged person, the receiving agency may not plead to its discharge that the damage had been caused by the supplying agency.
- g) If the domestic law of the supplying agency provided for special provisions for the erasure of the personal data sup-

nen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Geschehen zu Accra am 12. August 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

plied, that agency shall inform the receiving agency accordingly. Irrespective of such law, supplied personal data shall be erased once they are no longer required for the purpose for which they were supplied.

- h) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data.
- i) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.

Done at Accra on August 12th, 2004 in two original texts, each in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Peter Linder

Für die Republik Ghana
For the Republic of Ghana

Osafo-Mafo

Gesetz
zu dem Abkommen vom 30. September 2005
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 2. Dezember 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Minsk am 30. September 2005 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 2. Dezember 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Пагадненне
паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія
і Рэспублікай Беларусь
аб пазбягання дваянога падаткаабкладання
ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Belarus –

Федэратыўная Рэспубліка Германія
і
Рэспубліка Беларусь,

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen
durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern –

жадаючы садзейнічаць развіццю ўзаемных эканамічных
сувязей шляхам устаранення падатковых перашкод,

sind wie folgt übereingekommen:

пагадзіліся аб наступным:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertrags-
staat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Артыкул 1

Асобы, да якіх прымяняецца Пагадненне

Дадзенае Пагадненне прымяняецца да асоб, якія з'яўля-
юцца рэзідэнтамі адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der
Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die
für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder
einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten
alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtver-
mögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens
erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus
der Veräußerung von Vermögen, der Lohnsummensteuern so-
wie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Ab-
kommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- i. die Einkommensteuer,
 - ii. die Körperschaftsteuer,
 - iii. die Vermögensteuer und
 - iv. die Gewerbesteuer,
- einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Belarus:

- i. die Steuer auf das Einkommen und die Gewinne,
 - ii. die Einkommensteuer natürlicher Personen,
 - iii. die Steuer auf unbewegliches Vermögen und
 - iv. die Grundsteuer
- (im Folgenden als „belarussische Steuer“ bezeichnet).

Артыкул 2

Падаткі, на якія распаўсюджваецца Пагадненне

1. Дадзенае Пагадненне прымяняецца да падаткаў на
даходы і маёмасць, якія спаганяюцца ад імя Дагаворнай
Дзяржавы, Зямлі або мясцовага органа ўлады, незалежна
ад спосабу іх спагнання.

2. Падаткамі на даход і маёмасць лічацца ўсе падаткі,
што спаганяюцца з агульнай сумы даходаў, з агульнай сумы
маёмасці або з элементаў даходу або маёмасці, уключаючы
падаткі на даходы ад адчужэння маёмасці, падаткі на агуль-
ную суму зароботнай платы, якая выплачваецца прадпры-
емствамі, і падаткі на прырост кошту маёмасці.

3. Існуючымі падаткамі, на якія распаўсюджваецца
дадзенае Пагадненне, з'яўляюцца, у прыватнасці:

a) у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія:

- (i) падаходны падатак (Einkommensteuer);
 - (ii) падатак з карпарацый (Körperschaftsteuer);
 - (iii) падатак на капітал (Vermögensteuer) і
 - (iv) прамысловы падатак (Gewerbesteuer),
- уключаючы дадатковыя падаткі
(далей «германскі падатак»);

b) у Рэспубліцы Беларусь:

- (i) падатак на даходы і прыбытак;
 - (ii) падаходны падатак з фізічных асоб;
 - (iii) падатак на нерухомасць і
 - (iv) зямельны падатак
- (далей «беларускі падатак»).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, soweit für die Abkommensanwendung erforderlich, am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihrem innerstaatlichen Recht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung des Kontinentalsockels und der Ausbeutung von dessen Bodenschätzen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Republik Belarus“ die Republik Belarus und, im geographischen Sinne verwendet, das Hoheitsgebiet, in dem die Republik Belarus nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Republik Belarus und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Belarus;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ alle juristischen Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in Bezug auf die Republik Belarus

alle natürlichen Personen, die die belarussische Staatsangehörigkeit besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen, die nach dem in Belarus geltenden Recht errichtet worden sind;

4. Пагадненне распаўсюджваецца таксама на любыя ідэнтычныя або па сутнасці аналагічныя падаткі, якія спаганяюцца пасля даты падпісання дадзенага Пагаднення ў дапаўненне да існуючых падаткаў або замест іх. У канцы кожнага года кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў паведамляюць адзін аднаму, калі гэта неабходна пры прымяненні Пагаднення, аб змяненнях, якія ўнесены ў іх падатковыя заканадаўствы.

Арттыкул 3

Агульныя азначэнні

1. Для мэт дадзенага Пагаднення, калі з кантэксту не вынікае іншае:

- a) тэрмін «Федэратыўная Рэспубліка Германія» абазначае тэрыторыю Федэратыўнай Рэспублікі Германія, а таксама вобласць марскога дна, яго нетраў і водаў, якія прылягаюць да тэрытарыяльнага мора, паколькі Федэратыўная Рэспубліка Германія ажыццяўляе там суверэнныя правы і юрысдыкцыю ў адпаведнасці з міжнародным правам і нацыянальным заканадаўствам для даследавання кантынентальнага шэльфа і эксплуатацыі яго прыродных рэсурсаў;
- b) тэрмін «Рэспубліка Беларусь» абазначае Рэспубліку Беларусь і пры выкарыстанні ў геаграфічным сэнсе абазначае тэрыторыю, якая знаходзіцца пад суверэнітэтам Рэспублікі Беларусь і якая ў адпаведнасці з заканадаўствам Рэспублікі Беларусь і міжнародным правам знаходзіцца пад юрысдыкцыяй Рэспублікі Беларусь;
- c) тэрміны «адна Дагаворная Дзяржава» і «другая Дагаворная Дзяржава» абазначаюць, у залежнасці ад кантэксту, Федэратыўную Рэспубліку Германія або Рэспубліку Беларусь;
- d) тэрмін «асоба» абазначае фізічную асобу і кампанію;
- e) тэрмін «кампанія» абазначае любую юрыдычную асобу або любую арганізацыю, якая разглядаецца ў якасці юрыдычнай асобы для падатковых мэт;
- f) тэрміны «прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы» і «прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы» абазначаюць адпаведна прадпрыемства, якім кіруе рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы, і прадпрыемства, якім кіруе рэзідэнт другой Дагаворнай Дзяржавы;
- g) тэрмін «міжнародная перавозка» абазначае любую перавозку марскім або паветраным суднам, што эксплуатаецца прадпрыемствам, фактычны кіруючы орган якога знаходзіцца ў адной Дагаворнай Дзяржаве, за выключэннем выпадкаў, калі марское або паветранае судна эксплуатаецца выключна паміж пунктамі ў другой Дагаворнай Дзяржаве;
- h) тэрмін «грамадзянін» абазначае:
 - aa) у дачыненні да Федэратыўнай Рэспублікі Германія –

любога немца ў значэнні Асноўнага закона Федэратыўнай Рэспублікі Германія і любую юрыдычную асобу, таварыства і асацыяцыю, якія атрымліваюць свой статус, як такі, па заканадаўству, што дзейнічае ў Федэратыўнай Рэспубліцы Германія;
 - bb) у дачыненні да Рэспублікі Беларусь –

любую фізічную асобу, якая мае грамадзянства Рэспублікі Беларусь, і любую юрыдычную асобу, таварыства і асацыяцыю, што атрымліваюць свой статус, як такі, па заканадаўству, што дзейнічае ў Рэспубліцы Беларусь;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in der Republik Belarus das Ministerium für Steuern und Abgaben der Republik Belarus oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4**Ansässige Person**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder aufgrund eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegnem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist.

Kann nach den Bestimmungen des vorstehenden Satzes der Status einer natürlichen Person nicht ermittelt werden, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5**Betriebsstätte**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,

i) тэрмін «кампетэнтны орган» абазначае:

aa) у выпадку Федэратыўнай Рэспублікі Германія – Федэральнае міністэрства фінансаў або орган, якому яно дэлегавала свае паўнамоцтвы;

bb) у выпадку Рэспублікі Беларусь – Міністэрства па падатках і зборах або яго паўнамоцнага прадстаўніка.

2. Што датычыцца прымянення дадзенага Пагаднення Дагаворнай Дзяржавы, то любы тэрмін, не вызначаны ў ім, мае, калі з кантэксту не вынікае іншае, тое значэнне, якое ён мае па заканадаўству гэтай Дзяржавы ў адносінах да падаткаў, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне.

Артыкул 4**Рэзідэнт**

1. Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін «рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы» абазначае любую асобу, якая па заканадаўству гэтай Дзяржавы падлягае падаткаабкладанню ў ёй на падставе месцажыхарства, пастаяннага месцазнаходжання, месца рэгістрацыі, месца кіравання або любога іншага крытэрыю аналагічнага характару. Аднак, гэты тэрмін не ўключае асобу, якая падлягае падаткаабкладанню ў гэтай Дзяржаве толькі ў дачыненні да даходаў з крыніц у гэтай Дзяржаве або маёмасці, якая ў ёй знаходзіцца.

2. У выпадку, калі ў адпаведнасці з палажэннямі пункта 1 фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам абедзвюх Дагаворных Дзяржаў, яе становішча вызначаецца наступным чынам:

- a) яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна мае пастаяннае жыллё; калі яна мае пастаяннае жыллё ў абедзвюх Дзяржавах, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна мае больш цесных асабістых і эканамічных сувязі (цэнтр жыццёвых інтарэсаў);
- b) калі Дзяржава, у якой знаходзіцца цэнтр яе жыццёвых інтарэсаў, не можа быць вызначана, або калі яна не мае пастаяннага жылля ні ў адной з Дзяржаў, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна звычайна пражывае;
- c) калі яна звычайна пражывае ў абедзвюх Дзяржавах або калі яна звычайна не пражывае ні ў адной з іх, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, грамадзянінам якой яна з'яўляецца.

Калі статус такой фізічнай асобы не можа быць вызначаны ў адпаведнасці з палажэннямі папярэдняга сказа, кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў вырашаюць пытанне па ўзаемнай згодзе.

3. У выпадку, калі ў адпаведнасці з палажэннямі пункта 1 кампанія з'яўляецца рэзідэнтам абедзвюх Дагаворных Дзяржаў, тады яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой размешчаны яе фактычны кіруючы орган.

Артыкул 5**Пастаяннае прадстаўніцтва**

1. Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін «пастаяннае прадстаўніцтва» абазначае пастаяннае месца дзейнасці, праз якое поўнасю або часткова ажыццяўляецца дзейнасць прадпрыемства.

2. Тэрмін «пастаяннае прадстаўніцтва» уключае, у прыватнасці:

- a) месца кіравання;
- b) аддзяленне;
- c) кантору;
- d) фабрыку;

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den vorstehenden Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des nachstehenden Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der vorstehenden Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im vorstehenden Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte

e) майстерню і

f) руднік, нафтову або газову свідравину, кар'єр або любое інше місце здабычы прыродных рэсурсаў.

3. Будаўнічая пляцоўка або будаўнічы або мантажны аб'ект з'яўляюцца пастаянным прадстаўніцтвам, толькі калі яны існуюць больш дванаццаці месяцаў.

4. Нягледзячы на папярэднія палажэнні гэтага артыкула, лічыцца, што тэрмін «пастаяннае прадстаўніцтва» не ўключае:

- a) выкарыстанне збудаванняў выключна для мэт захоўвання, дэманстрацыі або пастаўкі тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству;
- b) утрыманне запасаў тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству, толькі ў мэтах захоўвання, дэманстрацыі або пастаўкі;
- c) утрыманне запасаў тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству, выключна для мэт перапрацоўкі другім прадпрыемствам;
- d) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для мэт закупкі тавараў або вырабаў або для збору інфармацыі для прадпрыемства;
- e) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для мэт ажыццяўлення для прадпрыемства любой іншай дзейнасці падрыхтоўчага або дапаможнага характару;
- f) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для любога спалучэння відаў дзейнасці, што названы ў падпунктах а-е, пры ўмове, што такая дзейнасць у цэлым пастаяннага месца дзейнасці, якая вынікае з гэтага спалучэння, мае падрыхтоўчы або дапаможны характар.

5. Нягледзячы на палажэнні пунктаў 1 і 2, калі асоба, іншая, чым агент з незалежным статусам, да якой прымяняецца пункт 6, дзейнічае ад імя прадпрыемства і мае і звычайна выкарыстоўвае ў Дагаворнай Дзяржаве паўнамоцтвы заключаць кантракты ад імя прадпрыемства, то лічыцца, што гэта прадпрыемства мае пастаяннае прадстаўніцтва ў гэтай Дзяржаве ў дачыненні да любой дзейнасці, якую гэта асоба ажыццяўляе для прадпрыемства, калі дзейнасць такой асобы не абмежавана той, якая прадстаўлена ў пункце 4, і якая, калі яна ажыццяўляецца праз пастаяннае месца дзейнасці, не робіць гэта пастаяннае месца дзейнасці пастаянным прадстаўніцтвам згодна палажэнням гэтага пункта.

6. Прадпрыемства не разглядаецца як тое, якое мае пастаяннае прадстаўніцтва ў Дагаворнай Дзяржаве толькі на той падставе, што яно ажыццяўляе дзейнасць у гэтай Дзяржаве праз брокера, камісіянера або любога іншага агента з незалежным статусам пры ўмове, што гэтыя асобы дзейнічаюць у рамках сваёй звычайнай прафесіянальнай дзейнасці.

7. Той факт, што кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, кантралюе або кантралюецца кампаніяй, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы або якая ажыццяўляе дзейнасць у гэтай другой Дзяржаве (праз пастаяннае прадстаўніцтва або іншым чынам), сам па сабе не пераўтварае адну з гэтых кампаній у пастаяннае прадстаўніцтва другой.

Артыкул 6

Даходы ад нерухомай маёмасці

1. Даходы, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ад нерухомай маёмасці (уключаючы даход ад

aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Für die Anwendung dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ Grund und Boden sowie Gebäude. Der Ausdruck umfasst das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. Der vorstehende Satz ist nur anzuwenden, soweit das Recht des Vertragsstaats entsprechende Vorschriften enthält. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Vorstehender Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die vorstehenden Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden

сельской або лясной гаспадаркі), што знаходзіцца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Для прымянення дадзенага Пагаднення тэрмін «нерухомая маёмасць» абазначае зямлю і пабудовы. Гэты тэрмін уключае маёмасць, дапаможную ў дачыненні да нерухомай маёмасці, жывёлу і абсталяванне, што выкарыстоўваюцца ў сельскай і лясной гаспадарцы, правы, да якіх прымяняюцца палажэнні агульнага права ў дачыненні да зямельнай уласнасці, узфрукт нерухомай маёмасці і права на пераменныя або фіксаваныя плацэжы як кампенсацыя за распрацоўку або права на распрацоўку мінеральных запасаў, крыніц і іншых прыродных рэсурсаў. Вышэйназваны сказ прымяняецца толькі тады, калі заканадаўства Дагаворнай Дзяржавы прадугледжвае адпаведныя палажэнні. Марскія, рачныя і паветраныя судны не разглядаюцца ў якасці нерухомай маёмасці.

3. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца да даходаў, якія атрымліваюцца ад прамога выкарыстання, здачы ў арэнду або выкарыстання нерухомай маёмасці ў любой іншай форме.

4. Палажэнні пунктаў 1 і 3 прымяняюцца таксама да даходаў ад нерухомай маёмасці прадпрыемства і да даходаў ад нерухомай маёмасці, якая выкарыстоўваецца для аказання незалежных асабістых паслуг.

Артыкул 7

Прибыток ад прадпрыемства дзейнасці

1. Прибыток прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, калі толькі гэта прадпрыемства не ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, якое там размешчана. Калі прадпрыемства ажыццяўляе дзейнасць, як адзначана вышэй, прыбытак гэтага прадпрыемства можа абкладацца падаткам у другой Дзяржаве, але толькі ў той частцы, якая адносіцца да гэтага пастаяннага прадстаўніцтва.

2. З улікам палажэнняў пункта 3 гэтага артыкула, калі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, якое там размешчана, то ў кожнай Дагаворнай Дзяржаве гэтаму пастаяннаму прадстаўніцтву залічваецца прыбытак, які яно магло б атрымаць у выпадку, калі б яно было адасобленым і асобным прадпрыемствам, што ажыццяўляе такую ж або аналагічную дзейнасць у такіх жа або аналагічных умовах і дзейнічае цалкам незалежна ад прадпрыемства, пастаянным прадстаўніцтвам якога яно з'яўляецца.

3. Пры вызначэнні прыбытку пастаяннага прадстаўніцтва дапускаецца вылічэнне выдаткаў, што панесены для мэт такога пастаяннага прадстаўніцтва, уключаючы кіраўніцкія і агульнаадміністрацыйныя выдаткі, што панесены як у Дзяржаве, дзе размешчана пастаяннае прадстаўніцтва, так і за яе межамі.

4. Паколькі вызначэнне прыбытку ў Дагаворнай Дзяржаве, які адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва, на аснове прапарцыянальнага размеркавання агульнай сумы прыбытку прадпрыемства яго розным падраздзяленням з'яўляецца звычайнай практыкай, нішто ў пункце 2 не перашкаджае гэтай Дагаворнай Дзяржаве вызначаць падаткаабкладальны прыбытак з дапамогай такога размеркавання, як прынята на практыцы; аднак, выбраны метады размеркавання павінны даваць вынікі, якія адпавядаюць прынцыпам, што змешчаны ў гэтым артыкуле.

5. Ніякі прыбытак не адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва на падставе простага закупкі гэтым пастаянным прадстаўніцтвам тавараў або вырабаў для прадпрыемства.

6. Для мэт папярэдніх пунктаў гэтага артыкула прыбытак, які адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва, вызна-

Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Dieser Artikel gilt auch für die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft. Er erstreckt sich auch auf Vergütungen, die ein Gesellschafter einer Personengesellschaft von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft, für die Gewährung von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezieht, wenn diese Vergütungen nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, den Einkünften des Gesellschafters aus dieser Betriebsstätte zugerechnet werden.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr oder von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, auch

- a) Einkünfte aus der Vercharterung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Einkünfte aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailer und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dienen), die für den Transport von Gütern oder Waren genutzt werden,

sofern die Vercharterung oder die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung je nach Einzelfall dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr oder von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, zuzuordnen ist.

(4) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(5) Vorstehender Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

чаєцца кожны год адным і тым жа метадам, калі толькі не будзе дастатковай і важкай прычыны для яго змянення.

7. Гэты артыкул прымяняецца таксама да даходу ад удзелу ў таварыстве. Далей ён прымяняецца да ўзнагароджання, што атрымана партнёрам ад таварыства за дзейнасць па аказанню паслуг таварыству і за прадастаўленне пазык або актываў, калі такое ўзнагароджання адносіцца ў адпаведнасці з падатковым заканадаўствам Дагаворнай Дзяржавы, у якой размешчана пастаяннае прадстаўніцтва, да даходу, што атрыманы партнёрам ад гэтага пастаяннага прадстаўніцтва.

8. Калі прыбытак уключае віды даходаў, якія разглядаюцца асобна ў іншых артыкулах дадзенага Пагаднення, палажэнні гэтых артыкулаў не закранаюцца палажэннямі дадзенага артыкула.

Артыкул 8

Марскі, рачны і паветраны транспарт

1. Прыбытак ад эксплуатацыі марскіх або паветраных суднаў у міжнародных перавозках абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

2. Прыбытак ад эксплуатацыі суднаў рачнога транспарту абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

3. Для мэт гэтага артыкула прыбытак ад эксплуатацыі марскіх або паветраных суднаў у міжнародных перавозках або суднаў рачнога транспарту ўключае таксама:

- a) даходы ад здачы ў арэнду на аснове судна без экіпажа марскіх або паветраных суднаў і
- b) прыбытак ад выкарыстання, утрымання або здачы ў арэнду кантэйнераў (уключаючы трэйлеры і абсталяванне, што адносіцца да транспарціроўкі кантэйнераў), якія выкарыстоўваюцца для перавозкі тавараў або вырабаў,

калі такая здача ў арэнду або такое выкарыстанне, утрыманне або здача ў арэнду, у залежнасці ад абставін, другарадныя ў адносінах да эксплуатацыі марскіх або паветраных суднаў у міжнародных перавозках або суднаў рачнога транспарту.

4. Калі фактычны кіруючы орган марскога прадпрыемства або прадпрыемства рачнога транспарту размешчаны на борце марскога або рачнога судна, тады лічыцца, што ён размешчаны ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой знаходзіцца порт прапіскі марскога або рачнога судна, або, калі такога порта няма, у той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца асоба, якая эксплуатае марское або рачное судна.

5. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца таксама да прыбытку ад удзелу ў пуле, у сумеснай дзейнасці або міжнароднай арганізацыі па эксплуатацыі транспартных сродкаў.

Артыкул 9

Асацыяваныя прадпрыемствы

1. У выпадку, калі:

- a) прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы прама або ўскосна ўдзельнічае ў кіраванні, кантролі або капітале прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы або
- b) адны і тыя ж асобы прама або ўскосна ўдзельнічаюць у кіраванні, кантролі або капітале прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы і прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы,

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet, und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlich falls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 20 vom Hundert des Grundkapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und dieser Anteil mindestens 81 806,70 Euro oder den entsprechenden Gegenwert in belarussischer Währung beträgt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Abweichend von den vorstehenden Absätzen 1 und 2 dürfen Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) nach dem Recht des Staates, aus dem sie stammen, besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit

i ў кожным выпадку паміж двума прадпрыемствамі ў іх камерцыйных або фінансавых узаемаадносінах ствараюцца або ўстанаўліваюцца ўмовы, адрозныя ад тых, якія мелі б месца паміж двума незалежнымі прадпрыемствамі, тады любы прыбытак, які мог бы быць налічаны аднаму з іх, але з-за наяўнасці гэтых умоў не быў яму налічаны, можа быць уключаны ў прыбытак гэтага прадпрыемства і, адпаведна, абкладзены падаткам.

2. У выпадку, калі адна Дагаворная Дзяржава ўключае ў прыбытак прадпрыемства гэтай Дзяржавы і адпаведна абкладае падаткам прыбытак, па якому прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы абкладаецца падаткам у гэтай другой Дзяржаве, і прыбытак, такім чынам уключаны, з'яўляецца прыбыткам, які быў бы налічаны прадпрыемству першай названай Дзяржавы, калі б умовы ўзаемаадносін паміж двума прадпрыемствамі былі б умовамі, якія існуюць паміж незалежнымі прадпрыемствамі, тады гэта другая Дзяржава робіць адпаведную папраўку ў суме падатку, што спаганяецца з гэтага прыбытку. Пры вызначэнні такой папраўкі павінны ўлічвацца іншыя палажэнні дадзенага Пагаднення, а кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў павінны пра-кансультавацца адзін з адным пры неабходнасці.

Артыкул 10 Дывідэнды

1. Дывідэнды, што выплачваецца кампаніяй, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Аднак, такія дывідэнды могуць таксама абкладацца падаткамі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што выплачвае дывідэнды, і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам дывідэндаў, спаганяемы падатак не перавышае:

- a) 5 працэнтаў валавой сумы дывідэндаў, калі сапраўдным уладальнікам з'яўляецца кампанія (іншая чым таварыства), якая непасрэдна валодае не менш чым 20 працэнтамі акцыянернага капіталу кампаніі, што выплачвае дывідэнды, і гэты ўдзел складае не менш чым 81.806,70 еўра або адпаведны эквівалент у беларускай валюце;
- b) 15 працэнтаў валавой сумы дывідэндаў ва ўсіх іншых выпадках.

Гэты пункт не закранае падаткаабкладання кампаніі ў дачыненні да прыбытку, з якога выплачваецца дывідэнды.

3. Нягледзячы на палажэнні пунктаў 1 і 2, даход, які атрымліваецца ад правоў або даўгавых патрабаванняў, што ўдзельнічаюць у прыбытку (уключаючы, у выпадку Федэратыўнай Рэспублікі Германія, даход пасіўнага ўдзельніка («stiller Gesellschafter») ад яго ўдзелу як такога або ад «partiarisches Darlehen» або «Gewinnobligationen»), які падлягае вылічэнням пры вызначэнні прыбытку даўжніка, можа абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой ён узнікае, у адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы.

4. Тэрмін «дывідэнды» пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае даход ад акцый або іншы даход, які падлягае такому ж падатковаму рэгуляванню, як даход ад акцый па заканадаўству той Дзяржавы, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што размяркоўвае прыбытак.

5. Палажэнні пунктаў 1 і 2 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік дывідэндаў як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што выплачвае дывідэнды, праз

durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des vorstehenden Absatzes 2 gilt Folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Belarus oder an die Nationalbank der Republik Belarus gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Belarus stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern gezahlt werden, sowie Zinsen für ein durch HERMES-Deckung verbürgtes Darlehen sind von der belarussischen Steuer befreit;
- c) alle in Absatz 1 genannten Zinsen können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn dieser Empfänger der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist und die Zinsen gezahlt werden
 - aa) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit,
 - bb) für ein von einer Bank oder einem anderen Kreditinstitut gewährtes Darlehen jeder Art, das im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung gewährt wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zu-

пастаяннае прадстаўніцтва, якое размешчана ў ёй, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая размешчана там, і ўдзел, у дачыненні да якога выплачваюцца дывідэнды, сапраўды адносіцца да такога пастаяннага прадстаўніцтва або пастаяннай базы. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

6. У выпадку, калі кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, атрымлівае прыбытак або даходы з другой Дагаворнай Дзяржавы, гэта другая Дзяржава не абкладае ніякім падаткам дывідэнды, якія выплачваюцца кампаніяй, за выключэннем, калі такія дывідэнды выплачваюцца рэзідэнту гэтай другой Дзяржавы або ўдзел, у дачыненні да якога выплачваюцца дывідэнды, сапраўды звязаны з пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай, што размешчаны ў гэтай другой Дзяржаве, і не падвяргае неразмержаваны прыбытак кампаніі падатку на неразмержаваны прыбытак кампаніі, нават калі выплачваемыя дывідэнды або неразмержаваны прыбытак складаюцца поўнасю або часткова з прыбытку або даходаў, якія ўзнікаюць у такой другой Дзяржаве.

Артыкул 11

Працэнты

1. Працэнты, якія ўзнікаюць у адной Дагаворнай Дзяржаве і выплачваюцца рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Аднак, такія працэнты могуць таксама абкладацца падаткамі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой яны ўзнікаюць, і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам працэнтаў, спажаным падатак не перавышае 5 працэнтаў валавой сумы працэнтаў.

3. Нягледзячы на палажэнні пункта 2,

- a) працэнты, якія ўзнікаюць у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія і выплачваюцца Ураду Рэспублікі Беларусь або Нацыянальнаму банку Рэспублікі Беларусь, вызваляюцца ад германскага падатку;
- b) працэнты, якія ўзнікаюць у Рэспубліцы Беларусь і выплачваюцца Ураду Федэратыўнай Рэспублікі Германія, Deutsche Bundesbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau або Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern, і працэнты, што выплачваюцца ў дачыненні да пазыкі, якая гарантавана Hermes-Deckung, вызваляюцца ад беларускага падатку;
- c) любыя працэнты, аб якіх гаворыцца ў пункце 1, абкладаюцца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца атрымальнік, калі такі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам працэнтаў і калі такія працэнты выплачваюцца:
 - aa) у сувязі з продажам у крэдыт любога прамысловага, камерцыйнага або навуковага абсталявання;
 - bb) па пазыцы любога віду, што прадастаўлена банкам або любой іншай фінансавай установай, для садзейнічання продажу любога прамысловага, камерцыйнага або навуковага абсталявання.

4. Тэрмін «працэнты» пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае даход ад даўгавых патрабаванняў любога віду, без залежнасці ад іпатэчнага забеспячэння і без залежнасці ад валодання правам на ўдзел у прыбытках даўжніка, і, у прыватнасці, даход ад урадавых каштоўных папер і даход ад аблігацый або даўгавых абавязацельстваў, уключаючы прэмii і выйгрышы па гэтых каштоўных паперах, аблі-

schläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfasst nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(5) Die vorstehenden Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Лизензgebühren

(1) Лизензgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Лизензgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Лизензgebühren der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen

- a) 3 vom Hundert des Bruttobetrags der Лизензgebühren im Sinne von Absatz 3 Buchstabe a dieses Artikels; und
- b) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Лизензgebühren im Sinne von Absatz 3 Buchstabe b dieses Artikels.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Лизензgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden

- a) für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an wissenschaftlichen Werken, Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen; und
- b) für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen oder künstlerischen

гацях і даўгавых абавязачельствах. Для мэт гэтага артыкула штрафы за несвоечасовыя плацяжы не разглядаюцца ў якасці працэнтаў. Аднак, тэрмін «працэнты» не ўключае даход, аб якім гаворыцца ў артыкуле 10.

5. Палажэнні пунктаў 1–3 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік працэнтаў як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, у якой ўзнікаюць працэнты, праз пастаяннае прадстаўніцтва, што размешчана ў ёй, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая там размешчана, і даўгавое патрабаванне, на падставе якога выплачваюцца працэнты, сапраўды адносіцца да такога пастаяннага прадстаўніцтва або да пастаяннай базы. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

6. Лічыцца, што працэнты ўзнікаюць у Дагаворнай Дзяржаве, калі плацельшчыкам з'яўляецца сама гэта Дзяржава, Зямля, мясцовы орган улады або рэзідэнт гэтай Дзяржавы. Калі, аднак, асоба, якая выплачвае працэнты, незалежна ад таго, з'яўляецца яна рэзідэнтам Дагаворнай Дзяржавы ці не, мае ў Дагаворнай Дзяржаве пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянную базу, у сувязі з якімі ўзнікла запазычанасць, па якой выплачваюцца працэнты, і расходы па выплаце гэтых працэнтаў нясе гэта пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база, то лічыцца, што такія працэнты ўзнікаюць у той Дзяржаве, у якой знаходзіцца пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база.

7. Калі па прычыне асаблівых адносін паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам працэнтаў або паміж імі абодвума і якой-небудзь трэцяй асобай сума працэнтаў, што адносіцца да даўгавога патрабавання, у сувязі з якім яны выплачваюцца, перавышае суму, якая была б узгоднена паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам працэнтаў пры адсутнасці такіх адносін, то палажэнні гэтага артыкула прымяняюцца толькі да апошняй названай сумы. У такім выпадку залішняя частка плацяжу па-ранейшаму падлягае падаткаабкладанню ў адпаведнасці з заканадаўствам кожнай Дагаворнай Дзяржавы з належным улікам іншых палажэнняў дадзенага Пагаднення.

Артыкул 12

Роялці

1. Роялці, якія ўзнікаюць у адной Дагаворнай Дзяржаве і выплачваюцца рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве, калі такі рэзідэнт з'яўляецца сапраўдным уладальнікам роялці.

2. Аднак, такія роялці могуць таксама абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой яны ўзнікаюць, і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам роялці, спажываемы падатак не перавышае:

- a) 3 працэнты валавой сумы роялці ў значэнні падпункта (а) пункта 3 гэтага артыкула; і
- b) 5 працэнтаў валавой сумы роялці ў значэнні падпункта (b) пункта 3 гэтага артыкула.

3. Тэрмін «роялці» пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае плацяжы любога віду, што атрыманы ў якасці ўзнагароджання:

- a) за выкарыстанне або за прадастаўленне права выкарыстання любога аўтарскага права на творы навукі, патэнта, гандлёвай маркі, дызайна або мадэлі, плана, сакрэтнай формулы або працэсу або за інфармацыю, што датычыцца прамысловага, камерцыйнага або навуковага вопыту; і
- b) за выкарыстанне або за прадастаўленне права выкарыстання любога аўтарскага права на творы літаратуры

Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk und Fernsehen oder für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung jeder Art von Ausrüstung und Transportfahrzeugen.

(4) Vorstehende Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsbe-rechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne von Artikel 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, oder Vermögen – außer unbeweglichem Vermögen –, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

або мастацтва, уключаючы кінафільмы і фільмы або плёнкі для радыё або тэлебачання, або за выкарыстанне або за прадастаўленне права выкарыстання ўсіх відаў абсталявання і транспартных сродкаў.

4. Палажэнні пунктаў 1 і 2 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік роялці як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, у якой узнікаюць роялці, праз размешчанае ў ёй пастаяннае прадстаўніцтва, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, што размешчана там, і права або маёмасць, у дачыненні да якіх выплачваюцца роялці, сапраўды звязаны з такім пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

5. Лічыцца, што роялці ўзнікаюць у Дагаворнай Дзяржаве, калі плацельшчыкам з'яўляецца сама гэта Дзяржава, Зямля, мясцовы орган улады або рэзідэнт гэтай Дзяржавы. Калі, аднак, асоба, якая выплачвае роялці, незалежна ад таго, з'яўляецца яна рэзідэнтам Дагаворнай Дзяржавы ці не, мае ў Дагаворнай Дзяржаве пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянную базу, у сувязі з якімі ўзнікла абавязальнасць выплачваць роялці, і такія роялці выплачваюцца гэтым пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай, тады лічыцца, што такія роялці ўзнікаюць у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой знаходзіцца пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база.

6. Калі па прычыне асаблівых адносін паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам роялці або паміж імі або двума і якой-небудзь трэцяй асобай сума роялці, што адносіцца да выкарыстання, права або інфармацыі, на падставе якіх яны выплачваюцца, перавышае суму, якая была б узгоднена паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам роялці пры адсутнасці такіх адносін, палажэнні гэтага артыкула прымяняюцца толькі да апошняй названай сумы. У такім выпадку зашліхны частка плацяжу па-ранейшаму падлягае падаткаабкладанню ў адпаведнасці з заканадаўствам кожнай Дагаворнай Дзяржавы з належным улікам іншых палажэнняў дадзенага Пагаднення.

Артыкул 13

Даходы ад адчужэння маёмасці

1. Даходы, што атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ад адчужэння нерухомай маёмасці, аб якой гаворыцца ў артыкуле 6, што размешчана ў другой Дагаворнай Дзяржаве, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Даходы ад адчужэння маёмасці, што складае частку камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, або маёмасці, што адносіцца да пастаяннай базы, даступнай рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы ў другой Дагаворнай Дзяржаве для аказання незалежных асабістых паслуг, уключаючы такія даходы ад адчужэння такога пастаяннага прадстаўніцтва (асобна або ў сукупнасці з цэлым прадпрыемствам) або такой пастаяннай базы, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

3. Даходы ад адчужэння марскіх або паветраных суднаў, што эксплуатаюцца ў міжнародных перавозках, суднаў рачнога транспарта або маёмасці, іншай, чым нерухомая маёмасць, што адносіцца да эксплуатацыі такіх марскіх, паветраных або рачных суднаў, абкладаюцца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

4. Даходы ад адчужэння любой маёмасці, акрамя пералічанай у пунктах 1 – 3, абкладаюцца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца асоба, якая адчувае маёмасць.

Artikel 14**Selbständige Arbeit**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15**Unselbständige Arbeit**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt werden, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

(4) Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

Artikel 16**Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Артыкул 14**Незалежныя асабістыя паслугі**

1. Даход, які атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да прафесіянальных паслуг або іншай дзейнасці незалежнага характару, абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, за выключэннем выпадкаў, калі ён мае рэгулярна даступную пастаянную базу ў другой Дагаворнай Дзяржаве для ажыццяўлення сваёй дзейнасці. Калі ён мае такую пастаянную базу, даход можа абкладацца падаткам у другой Дзяржаве, але толькі па даходу, які адносіцца да гэтай пастаяннай базы.

2. Тэрмін «прафесіянальныя паслугі» уключае, у прыватнасці, незалежную навуковую, літаратурную, артыстычную, адukaцыйную або выкладчыцкую дзейнасць, таксама як і незалежную дзейнасць урачоў, зубных урачоў, адвакатаў, інжынераў, архітэктараў і бухгалтараў.

Артыкул 15**Залежныя асабістыя паслугі**

1. З улікам палажэнняў артыкулаў 16-19 заробатная плата і іншыя падобныя ўзнагароджанні, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да работы па найму, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, калі толькі работа па найму не ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве. Калі работа па найму ажыццяўляецца такім чынам, узнагароджанні, што атрыманы ў сувязі з гэтым, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, узнагароджанне, якое атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да работы па найму, што ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, абкладаецца падаткам толькі ў першай названай Дзяржаве, калі:

- a) атрымальнік знаходзіцца ў другой Дзяржаве на працягу перыяду або перыядаў, якія не перавышаюць увогуле 183 дні ў любым дванаццацімесячным перыядзе, які пачынаецца або заканчваецца ў адпаведным падатковым годзе, і
- b) узнагароджанне выплачваецца наймальнікам або ад імя наймальніка, які не з'яўляецца рэзідэнтам другой Дзяржавы, і
- c) расходы па выплаце ўзнагароджання не нясе пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база, якія наймальнік мае ў другой Дзяржаве.

3. Нягледзячы на папярэднія палажэнні гэтага артыкула, узнагароджанне, якое атрымліваецца ў дачыненні да работы па найму, што ажыццяўляецца на борце марскога або паветранага судна, якія эксплуатаюцца ў міжнародных перавозках, або на борце рачнога судна, можа абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства, якое эксплуатае марское, рачное або паветранае судна.

4. Палажэнні пункта 2 не прымяняюцца да ўзнагароджання за работу па найму ў рамках прафесіянальнай пераўступкі наёмнага работніка другому работадаўцу.

Артыкул 16**Ганарары дырэктараў**

Ганарары дырэктараў і іншыя падобныя выплаты, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў якасці члена савета дырэктараў кампаніі, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткам і ў гэтай другой Дзяржаве.

Artikel 17**Künstler und Sportler**

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Diese Einkünfte werden jedoch in dem im vorstehenden Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert, wenn die Tätigkeit bei einem Aufenthalt in diesem Staat durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgeübt wird, und der Aufenthalt unmittelbar oder mittelbar von dem anderen Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18**Ruhegehälter, Renten
und ähnliche Zahlungen**

(1) Erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, so können diese Bezüge nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von vorstehendem Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung oder des Wehr- oder Zivildienstes entstanden ist (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen), können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(5) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

Artikel 19**Öffentlicher Dienst**

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer

Артыкул 17**Артысты і спартсмены**

1. Нягледзячы на палажэнні артыкулаў 7, 14 і 15, даход, які атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў якасці работніка мастацтваў, такога, як артыст тэатра, кіно, радыё або тэлебачання, або музыканта, або ў якасці спартсмена ад яго асабістай дзейнасці як такой, што ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. У выпадку, калі даход у дачыненні да асабістай дзейнасці, што ажыццяўляецца работнікам мастацтваў або спартсменам у такой яго якасці, налічваецца не самому работніку мастацтваў або спартсмену, а другой асобе, гэты даход, нягледзячы на палажэнні артыкулаў 7, 14 і 15, можа абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой ажыццяўляецца дзейнасць работніка мастацтваў або спартсмена.

3. Аднак, такі даход не абкладаецца падаткам у той Дзяржаве, аб якой гаворыцца ў пункце 1, калі дзейнасць ажыццяўляецца ў час знаходжання ў гэтай Дзяржаве рэзідэнта другой Дагаворнай Дзяржавы і калі такое знаходжанне фінансуецца прамі або ўскосна гэтай другой Дзяржавай, Зямлёй або яе мясцовым органам улады або арганізацыяй, якая прызнаецца ў якасці дабрачыннай арганізацыі ў гэтай другой Дзяржаве. У такім выпадку такі даход абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца артыст або спартсмен.

Артыкул 18**Пенсіі, рэнта
і падобныя выплаты**

1. Пенсіі і падобныя выплаты або рэнта, якія выплачваюцца рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

2. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, выплаты, што атрымлівае фізічная асоба, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, па сацыяльнаму забеспячэнню, якое прадугледжана заканадаўствам другой Дагаворнай Дзяржавы, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай другой Дзяржаве.

3. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, перыядычныя або непэрыядычныя выплаты, што ажыццяўляюцца адной з Дагаворных Дзяржаў, Зямлёй або мясцовым органам улады асобе, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, за страты, што панесены ў выніку вайны або палітычнага праследавання, або ваеннай або грамадзянскай службы (уключаючы пакрыццё страты), абкладаюцца падаткам толькі ў першай названай Дзяржаве.

4. Тэрмін «рэнта» абазначае пэўную суму, якая перыядычна выплачваецца праз пэўны час на працягу жыцця або на працягу агаворанага або ўстаноўленага перыяду часу ў адпаведнасці з абавязацельствам выканаць выплаты за адпаведнае і поўнае грашовае або эквівалентнае ўзнагароджанне.

5. Выплаты на ўтрыманне, уключаючы прызначаныя для дзяцей, што выконвае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, вызваляюцца ад падаткаў у гэтай другой Дзяржаве. Гэта палажэнне не прымяняецца, калі такія выплаты на ўтрыманне падлягаюць вылічэнням у першай названай Дзяржаве пры вылічэнні падаткаабкладаемага даходу плацельшчыка; падатковыя льготы па аслабленню сацыяльнага цяжару не разглядаюцца ў якасці вылічэнняў для мэт гэтага пункта.

Артыкул 19**Дзяржаўная служба**

1. Узнагароджанні, іншыя, чым пенсіі, якія выплачваюцца Дагаворнай Дзяржавай, Зямлёй або яе мясцовым органам

Гієтскіткпсрштфтн ан еіне натуірліче Персон фїр діесем Стат, еінем сеінер Лїдер одер еінер іхрер Гієтскіткпсрштфтн геіестете Діенсте геахтл верден, кїттен нур ін діесем Стат бестеуерт верден. Діесе Вергїтунген кїттен іедох нур ім андерен Вертрагсстат бестеуерт верден, венн діе Діенсте ін діесем Стат геіестет верден унд діе натуірліче Персон ін діесем Стат ансїссіг іст унд

- a) еін Статсангеіїрер діесес Статес іст; одер
- b) нїхт ауссчлієшліх дешалб ін діесем Стат ансїссіг ге-
ворден іст, ум діе Діенсте зу іеістен.

(2) Ругегеіїлтер, діе вон еінем Вертрагсстат, еінем сеінер Лїдер одер еінер іхрер Гієтскіткпсрштфтн ан еіне натуірліче Персон фїр діе діесем Стат, еінем сеінер Лїдер одер еінер іхрер Гієтскіткпсрштфтн геіестете Діенсте геахтл верден, кїттен абвеіхенд вон Арікел 18 нур ім андерен Вертрагсстат бестеуерт верден, венн діе натуірліче Персон ін діесем Стат ансїссіг унд еін Статсангеіїрер діесес Статес іст.

(3) Ауф Вергїтунген фїр Діенстлеістунген унд Ругегеіїлтер, діе ім Зусамменханг мїт еінер геверблїхен Тїтїкеіт еінес Вертрагсстатс, еінес сеінер Лїдер одер еінер іхрер Гієтскіткпсрштфтн ербрахт верден, сінд діе Арікел 15, 16 унд 18 анзуwenden.

(4) Востехендер Абсатц 1 гїлт ентспрехенд фїр Вергїтунген, діе ім Рахмен еінес Ентвїклунгсхїлфепрограммс еінес Вертрагсстатс, еінес сеінер Лїдер одер еінер іхрер Гієтскіткпсрштфтн аус Мїттелн, діе ауссчлієшліх вон діесем Стат, дем Ланд одер дер Гієтскіткпсрштфт бекїстеллст верден, ан Факхкрїфте одер фреївїлліге Хелфер геахтл верден, діе ін ден андерен Вертрагсстат мїт дессен Зу-
стїммунг ентсандт ворден сінд.

(5) Абсатц 1 гїлт ентспрехенд фїр Вергїтунген, діе вом одер фїр дас Гоетхе-Інстїтут дер Бундесрепублїк Десчлеланд геахтл верден. Еіне ентспрехенде Беклїдлунг дер Вергїтунген андерер вергїлехbarer Енрїхтунген дер Вертрагсстатен кїттен ім Верстїдїгунгсверфїhren дурч діе зустандїген Бекїїрден герегелт верден. Верден діесе Вергїтунген нїхт ін дем Стат бестеуерт, ін дем діе Енрїхтунг гегїїндет ворде, сінд діе Бекстїммуngen вон Арікел 15 анзуwenden.

Арікел 20

Гастпрофессорен, Лерер унд Студентен

(1) Еіне натуірліче Персон, діе сїх ауф Енлїдунг еінес Вертрагсстатс одер еінер Унїверсітїт, Хохсчule, Schule, еінес Museums одер еінер андерен културеллн Енрїхтунг діесес Вертрагсстатс одер ім Рахмен еінес амтлїхен култураустauschs ін діесем Вертрагсстат хїхстенс зуеї Яhre ланг ледїгліх зу Аусїбунг еінер Лертїтїкеіт, зу Халтен вон Vorlesungen одер зу Аусїбунг еінер Forschungstїтїкеіт бек діесер Енрїхтунг ауфхїлт унд діе ім андерен Вертрагсстат ансїссіг іст одер dort unmittelbar vor der Einreise ін ден ертгенанnten Staat ансїссіг вар, іст ін дем ертгенанnten Staat мїт іхрен фїр діесе Тїтїкеіт бекзегенен Вергїтунген вон дер Steuer бекфреїт, vorausgesetzt, dass діесе Вергїтунген вон ауссерhalb діесес Statес бекзеген верден.

(2) Zahlungen, діе еін Student, Praktikant одер Lehrling, дер сїх ін еінем Вертрагсстат ауссчлієшліх зу Studium одер зу Ausbildung ауфхїлт унд дер ім андерен Вертрагсстат ансїссіг іст одер dort unmittelbar vor der Einreise ін ден ертгенанnten Staat ансїссіг вар, фїр сеінен Unterhalt, сеїн Studium одер сеїне Ausbildung ерхїлт, дїрфен ім ертгенанnten Staat нїхт бестеуерт верден, sofern діесе Zahlungen аус Quellen ауссерhalb діесес Statес stammen.

улады фізічнай асобе ў дачыненні да паслуг, якія аказваюцца гэтай Дзяржаве, Зямлі або мясцоваму органу ўлады, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве. Аднак, такое ўзнагароджанне абкладаецца падаткам толькі ў другой Дагаворнай Дзяржаве, калі паслугі аказваюцца ў гэтай Дзяржаве і калі фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам гэтай Дзяржавы і

- a) з'яўляецца грамадзянінам гэтай Дзяржавы; або
- b) не стала рэзідэнтам гэтай Дзяржавы толькі з мэтай аказання паслуг.

2. Нягледзячы на палажэнні артыкула 18, пенсіі, якія выплачваюцца Дагаворнай Дзяржавай, Зямлї або яе мясцовым органам улады фізічнай асобе ў дачыненні да паслуг, што аказаны гэтай Дзяржаве, Зямлі або яе мясцоваму органу ўлады, абкладаюцца падаткам толькі ў другой Дагаворнай Дзяржаве, калі фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам гэтай Дзяржавы і яе грамадзянінам.

3. Палажэнні артыкулаў 15, 16 і 18 прымяняюцца да ўзнагароджання і пенсій у дачыненні да паслуг, якія аказваюцца ў сувязі з камерцыйнай дзейнасцю, што ажыццяўляецца адной з Дагаворных Дзяржаў, Зямлї або мясцовым органам улады.

4. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца таксама ў дачыненні да ўзнагароджання, што выплачваецца па праграме аказання дапамогі па развіццю адной Дагаворнай Дзяржавы, Зямлі або яе мясцовага органа ўлады з фондаў, якія прадастаўляюцца выключна гэтай Дзяржавай, Зямлї або мясцовым органам улады спецыялісту або добраахвотніку, які адкамандазїраваны ў другую Дагаворную Дзяржаву са згоды гэтай другой Дзяржавы.

5. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца таксама ў дачыненні да ўзнагароджання, што выплачваецца Інстытутам імя Гїтэ Федэратыўнай Рэспублїкі Германія або для яго. Кампетэнтныя органы па ўзаемнай згодзе могуць дамовіцца аб аналагічнай трактоўцы ўзнагароджання іншых параўнальных устаноў Дагаворных Дзяржаў. Калі такое ўзнагароджанне не абкладаецца падаткам у той Дзяржаве, у якой заснавана такая ўстанова, прымяняюцца палажэнні артыкула 15.

Артыкул 20

Выкладчыкі і студэнты

1. Фїзічная асоба, якая знаходзїцца ў адной Дагаворнай Дзяржаве па запрашэнню гэтай Дзяржавы або ўнїверсітэта, каледжа, школы, музея або іншай установы культуры гэтай Дзяржавы або ў адпаведнасці з афіцыйнай праграмай културнага абмену на працягу перыяду, які не перавышае двух гадоў, выключна з мэтай выкладання, чытання лекцый або правядзення навуковых даследаванняў у такой установе, і якая з'яўляецца або з'яўлялася непасрэдна да гэтага прыездз рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, вызваляецца ад падаткаў у першай названай Дзяржаве ў дачыненні да яе ўзнагароджання за такую дзейнасць, пры ўмове, што такое ўзнагароджанне атрымана ёю з крыніц за межамі гэтай Дзяржавы.

2. Выплаты, якія студэнт або навучэнец, які з'яўляецца або з'яўляўся непасрэдна перад прыездам у адну Дагаворную Дзяржаву рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы і які знаходзїцца ў першай названай Дзяржаве выключна з мэтай атрымання адукацыі або праходжання практыкі, атрымлівае для мэт яго утрымання, адукацыі або практыкі, не абкладаюцца падаткам у гэтай Дзяржаве, пры ўмове, што такія выплаты ўзнікаюць з крыніц за межамі гэтай Дзяржавы.

Artikel 21**Andere Einkünfte**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22**Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe oder Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe, Luftfahrzeuge oder Schiffe dient, ausgenommen unbewegliches Vermögen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23**Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat**

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die aus der Republik Belarus stammenden Einkünfte sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Republik Belarus besteuert werden können, ausgenommen, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Belarus ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Артыкул 21**Іншыя даходы**

1. Віды даходаў рэзідэнта Дагаворнай Дзяржавы, незалежна ад месца іх узнікнення, не названыя ў папярэдніх артыкулах дадзенага Пагаднення, падлягаюць падаткаабкладанню толькі ў гэтай Дзяржаве.

2. Палажэнні пункта 1 не прымяняюцца да даходаў, іншых, чым даходы ад нерухомай маёмасці, вызначанай у пункце 2 артыкула 6, калі атрымальнік такіх даходаў як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, што размешчана там, або аказвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая там знаходзіцца, і права або маёмасць, у дачыненні да якіх выплачваецца даход, сапраўды звязаны з такім пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

Артыкул 22**Маёмасць**

1. Маёмасць, якая прадстаўлена нерухомай маёмасцю, што належыць рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы і размешчана ў другой Дагаворнай Дзяржаве, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Маёмасць, якая прадстаўлена маёмасцю, што з'яўляецца часткай камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, або маёмасцю, што адносіцца да пастаяннай базы, даступнай рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы ў другой Дагаворнай Дзяржаве з мэтай аказання незалежных асабістых паслуг, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

3. Маёмасць, што прадстаўлена марскімі і паветранымі суднамі, якія эксплуатауюцца ў міжнародных перавозках, і суднамі рачнога транспарта і маёмасцю, іншай, чым нерухомае маёмасць, што адносіцца да эксплуатацыі такіх марскіх, паветраных і рачных суднаў, абкладаецца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчаны фактычны кіруючы орган прадпрыемства.

4. Усе іншыя часткі маёмасці рэзідэнта Дагаворнай Дзяржавы абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

Артыкул 23**Пазбягання двойнога падаткаабкладання ў дзяржаве пастаяннага месцазнаходжання**

1. У выпадку рэзідэнта Федэратыўнай Рэспублікі Германія падатак вызначаецца наступным чынам:

- a) За выключэннем, калі крэдыт па падатку, які аплачаны за мяжой, дапускаецца ў адпаведнасці з падпунктам b), выключаецца з базісу для вылічэння германскага падатку любы від даходу, што ўзнікае ў Рэспубліцы Беларусь, і любы від маёмасці, што знаходзіцца ў Рэспубліцы Беларусь, якія ў адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем могуць абкладацца падаткам у Рэспубліцы Беларусь. Аднак, Федэратыўная Рэспубліка Германія захоўвае права прыняць да ўвагі пры вызначэнні сваёй стаўкі падатку віды даходу і маёмасці, такім чынам вызваленай. У выпадку відаў даходу ад дывідэндаў папярэдняе палажэнне прымяняецца толькі да такіх дывідэндаў, якія выплачваюцца кампаніі (не ўключаючы таварыствы), што з'яўляецца рэзідэнтам Федэратыўнай Рэспублікі Германія, кампаніяй, што з'яўляецца рэзідэнтам Рэспублікі Беларусь, не менш 10 працэнтаў капіталу якой належыць непасрэдна германскай кампаніі, і якія не вылічваліся пры вызначэнні прыбытку кампаніі, што размяркоўвае гэтыя дывідэнды.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die belarussische Steuer angerechnet, die nach belarussischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Belarus besteuert werden können;
- ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 4 in der Republik Belarus besteuert werden können;
- ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- gg) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

- c) Statt der Bestimmungen des vorstehenden Buchstabens a sind die Bestimmungen des vorstehenden Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Belarus ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient (Artikel 6 Abs. 4), sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Abs. 1) und des Vermögens – außer unbeweglichem Vermögen –, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Abs. 2).

- d) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Belarus zur Ausschüttung, so schließt Buchstabe a die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder
- bb) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Vorausset-

Павінна выключацца з базісу вылічэння падаткаў на маёмасць любое валоданне акцыямі, дывідэнды па якіх, у выпадку выплаты, выключаліся б у адпаведнасці з папярэднімі сказамі.

- b) З улікам палажэнняў германскага падатковага заканадаўства адносна крэдыту па падатку, што аплачаны за мяжой, дапускаецца ў якасці крэдыту па германскаму падаходнаму падатку, які аплачваецца ў дачыненні да наступных відаў даходу, падатак Рэспублікі Беларусь, што аплачваецца па заканадаўству Рэспублікі Беларусь і ў адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем:

- aa) дывідэндаў, якія не агавораны ў падпункце а);
- bb) працэнтаў;
- cc) роялці;
- dd) відаў даходаў, якія могуць абкладацца падаткам у Рэспубліцы Беларусь у адпаведнасці з пунктам 2 артыкула 13;
- ee) відаў даходаў, якія могуць абкладацца падаткам у Рэспубліцы Беларусь у адпаведнасці з пунктам 4 артыкула 15;
- ff) ганарараў дырэктараў;
- gg) відаў даходу артыстаў і спартсменаў.

- c) Палажэнні падпункта b) прымяняюцца замест палажэнняў падпункта a) да відаў даходу, як вызначана ў артыкулах 7 і 10, і да актываў, ад якіх такі даход атрыманы, калі рэзідэнт Федэратыўнай Рэспублікі Германія не прадстаўляе доказаў, што валавы даход пастаяннага прадстаўніцтва ў камерцыйным годзе, у якім прыбытак быў рэалізаваны, або кампаніі, што з'яўляецца рэзідэнтам Рэспублікі Беларусь, у камерцыйным годзе, за які выплачваліся дывідэнды, быў атрыманы выключна або амаль выключна ад дзейнасці ў значэнні раздзела 8, пункта 1, пазіцый 1-6 Германскага закона па знешніх падатковых сувязях (Ausßensteuergesetz); тое ж самае прымяняецца да нерухомай маёмасці, якая выкарыстоўваецца пастаянным прадстаўніцтвам (артыкул 6, пункт 4), і да прыбытку ад адчужэння такой нерухомай маёмасці (артыкул 13, пункт 1), і маёмасці, іншай чым нерухомай маёмасць, што складае частку камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва (артыкул 13, пункт 2).

- d) У выпадку, калі кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам Федэратыўнай Рэспублікі Германія, размяркоўвае даходы, што атрыманы з крыніц у Рэспубліцы Беларусь, падпункт a) не павінен перашкаджаць кампенсатыўнаму спананню карпаратыўнага падатку з такіх размеркаванняў у адпаведнасці з палажэннямі германскага падатковага заканадаўства.

- e) Нягледзячы на палажэнні падпункта a), двойное падаткаабкладанне ўстараняецца прадастаўленнем падатковага крэдыту, як адзначана ў падпункце b):

- aa) калі ў Дагаворных Дзяржавах віды даходу або маёмасці размешчаны пад рознымі палажэннямі Пагаднення або адносяцца да розных асоб (за выключэннем, згодна з артыкулам 9) і гэты канфлікт не можа быць вырашаны ў парадку, што прадугледжаны артыкулам 25, пункт 3, і калі ў выніку такой розніцы ў размяшчэнні або аднясенні гэты даход або маёмасць застаецца неабкладаемым або мала абкладаемым, або
- bb) калі пасля адпаведнай кансультацыі і з улікам абмежаванняў свайго нацыянальнага заканадаўства адна Дагаворная Дзяржава паведамляе другой Дагаворнай Дзяржаве па дыпламатычных каналах аб іншым даходзе, да якога яна мае намер прымяніць палажэнні гэтага пункта. Паведамленне не прымяняецца да першага дня календарнага года, наступнага за годам, у якім было зроблена паве-

зungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(2) Bei einer in der Republik Belarus ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Bezieht eine in der Republik Belarus ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so rechnet die Republik Belarus

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch keinesfalls den Teil der ermittelten Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf die Einkünfte oder Vermögensteile, die von der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, vor der Anrechnung entfällt.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

дамленне, і да выканання ўсіх прававых патрабаванняў, што неабходны па нацыянальнаму заканадаўству той Дзяржавы, якая паведамляе, для ўваходжання ў дзеянне паведамлення.

2. У выпадку рэзідэнта Рэспублікі Беларусь падатак вызначаецца наступным чынам:

Калі рэзідэнт Рэспублікі Беларусь атрымлівае даход або валодае маёмасцю, якія ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення могуць абкладацца падаткам у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія, тады Рэспубліка Беларусь дазваляе:

- a) у якасці вылічэння з падатку на даход гэтага рэзідэнта суму, роўную падатку на даход, які аплачаны ў Федэратыўнай Рэспубліцы Германія;
- b) у якасці вылічэння з падатку на маёмасць гэтага рэзідэнта суму, роўную падатку на маёмасць, які аплачаны ў Федэратыўнай Рэспубліцы Германія.

Аднак, такое вылічэнне ў любым выпадку не павінна перавышаць тую частку падатку з даходу або падатку на маёмасць, як было падлічана да прадастаўлення вылічэння, якая адносіцца, у залежнасці ад абставін, да даходу або маёмасці, якія могуць абкладацца падаткам у Федэратыўнай Рэспубліцы Германія.

Артыкул 24

Недыскрымінацыя

1. Грамадзяне адной Дагаворнай Дзяржавы не падлягаюць у другой Дагаворнай Дзяржаве іншаму або больш цяжкаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падлягаюць або могуць падлягаць грамадзяне гэтай другой Дзяржавы пры тых жа абставінах, у прыватнасці, у дачыненні да пастаяннага месцазнаходжання. Гэта палажэнне таксама прымяняецца, нягледзячы на палажэнні артыкула 1, да асоб, якія не з'яўляюцца рэзідэнтамі адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў.

2. Асобы без грамадзянства, якія з'яўляюцца рэзідэнтамі адной Дагаворнай Дзяржавы, не павінны падвяргацца ні ў якой з Дагаворных Дзяржаў ніякаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, іншаму або больш цяжкаму, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падвяргаюцца або могуць падвяргацца грамадзяне гэтай Дзяржавы пры тых жа абставінах.

3. Падаткаабкладанне пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, не павінна быць менш спрыяльным у гэтай другой Дзяржаве, чым падаткаабкладанне прадпрыемстваў гэтай другой Дзяржавы, якія ажыццяўляюць падобную дзейнасць. Гэта палажэнне не павінна тлумачыцца як тое, якое абавязвае адну Дагаворную Дзяржаву прадастаўляць рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы якія-небудзь асабістыя льготы, вызваленні і скідкі ў падаткаабкладанні, якія яна прадастаўляе толькі сваім уласным рэзідэнтам.

4. За выключэннем выпадкаў, калі прымяняюцца палажэнні пункта 1 артыкула 9, пункта 7 артыкула 11 або пункта 6 артыкула 12, працэнты, роялці і іншыя выплаты, якія выконвае прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, падлягаюць у мэтах вызначэння падаткаабкладаемага прыбытку такога прадпрыемства вылічэнням на тых жа ўмовах, як калі б яны былі выплачаны рэзідэнту першай названай Дзяржавы. Падобным чынам любыя даўгі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы падлягаюць у мэтах вызначэння падаткаабкладаемай маёмасці такога прадпрыемства вылічэнням на тых жа ўмовах, што і даўгі рэзідэнту першай названай Дзяржавы.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die

5. Прадпрыемствы адной Дагаворнай Дзяржавы, маёмасць якіх поўнасю або часткова, прама ці ўскосна належыць або кантралюецца адным або некалькімі рэзідэнтамі другой Дагаворнай Дзяржавы, не падлягаюць у першай названай Дзяржаве іншаму або больш цяжкаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падвяргаюцца або могуць падвяргацца падобныя прадпрыемствы першай названай Дзяржавы.

6. Палажэнні гэтага артыкула, нягледзячы на палажэнні артыкула 2, прымяняюцца да падаткаў любога роду і віду.

Артыкул 25

Працэдура ўзаемнага пагаднення

1. Калі асоба лічыць, што дзеянні адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў прыводзяць або прывядуць да падаткаабкладання яе не ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення, яна можа, незалежна ад сродкаў абароны, якія прадугледжаны нацыянальным заканадаўствам гэтых Дзяржаў, прадставіць сваю справу для разгляду ў кампетэнтны орган Дагаворнай Дзяржавы, рэзідэнтам якой яна з'яўляецца, або, калі яе выпадак падпадае пад дзеянне пункта 1 артыкула 24, той Дагаворнай Дзяржавы, грамадзянінам якой яна з'яўляецца. Заява павінна быць прадстаўлена на працягу трох гадоў з даты першага паведамлення аб дзеяннях, што прыводзяць да падаткаабкладання не ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення.

2. Кампетэнтны орган імкнецца, калі ён палічыць заяву абгрунтаванай і калі ён сам не ў стане прыйсці да здавальняючага рашэння, вырашыць пытанне па ўзаемнай згодзе з кампетэнтным органам другой Дагаворнай Дзяржавы з мэтай пазбягання падаткаабкладання, якое не адпавядае дадзенаму Пагадненню. Любая дасягнутая дамоўленасць выконваецца, нягледзячы на якія-небудзь абмежаванні па часу, што маюцца ў нацыянальным заканадаўстве Дагаворных Дзяржаў.

3. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў імкнуцца вырашаць па ўзаемнай згодзе любыя цяжкасці або сумненні, якія ўзнікаюць пры тлумачэнні або прымяненні дадзенага Пагаднення. Яны могуць таксама кансультавацца адзін з адным з мэтай устаранення двайнога падаткаабкладання ў выпадках, якія не прадугледжаны Пагадненнем.

4. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў могуць уступаць у прамыя кантакты адзін з адным у мэтах дасягнення згоды ў разуменні папярэдніх пунктаў.

Артыкул 26

Абмен інфармацыяй

1. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў абменьваюцца такой інфармацыяй, якая неабходна для выканання палажэнняў дадзенага Пагаднення або нацыянальных заканадаўстваў Дагаворных Дзяржаў, што датычацца падаткаў, на якія распаўсюджваецца Пагадненне, у той ступені, у якой падаткаабкладанне па гэтаму заканадаўству не супярэчыць Пагадненню. Абмен інфармацыяй не абмяжоўваецца артыкулам 1. Любая інфармацыя, што атрымана Дагаворнай Дзяржавай, лічыцца канфідэнцыяльнай таксама як і інфармацыя, што атрымана па нацыянальнаму заканадаўству гэтай Дзяржавы і раскрываецца толькі асобам або органам (уключаючы суды і адміністрацыйныя органы), якія звязаны з падлічэннем або сысканнем, прымусовым спганнем або судовым праследаваннем, або разглядам заяў у дачыненні да падаткаў, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне. Такія асобы або органы павінны

Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichtet er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Erstattung der Abzugssteuern

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg an der Quelle erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg an der Quelle erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des dritten auf das Kalenderjahr der Einbehaltung der Abzugssteuer auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit in dem anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder einer ständigen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

выкарыстоўваць інфармацыю толькі для такіх мэт. Яны могуць раскрываць інфармацыю ў ходзе адкрытых судовых пасяджэнняў або пры прыняцці судовых рашэнняў.

2. Ні ў якім выпадку палажэнні пункта 1 не павінны тлумачыцца як тыя, што абавязваюць адну Дагаворную Дзяржаву:

- a) праводзіць адміністрацыйныя меры, якія супярэчаць заканадаўству або адміністрацыйнай практыцы гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;
- b) прадастаўляць інфармацыю, якую нельга атрымаць па заканадаўству або ў ходзе звычайнай адміністрацыйнай практыкі гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;
- c) прадастаўляць інфармацыю, якая раскрывала б якую-небудзь гандлёвую, дзелавую, прамысловую, камерцыйную або прафесійную тайну або гандлёвы працэс або інфармацыю, раскрыццё якой супярэчыла б дзяржаўнай палітыцы.

Артыкул 27

Вяртанне падатку, які спаганяецца з крыніцы

1. Калі ў адной з Дагаворных Дзяржаў падаткі на дывідэнды, працэнты, роялці або іншыя віды даходу, што атрымлівае асоба, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, спаганяюцца шляхам утрымання з крыніцы, права першай названай Дзяржавы спаганяць падатак з крыніцы па стаўцы, што прадугледжана яе нацыянальным заканадаўствам, не закранаецца палажэннямі дадзенага Пагаднення. Падатак, які ўтрыманы з крыніцы, вяртаецца па заяве падаткаплацельшчыка, калі ён зніжаецца дадзеным Пагадненнем або перастае спаганяцца, і ў той ступені, у якой ён зніжаецца або перастае спаганяцца.

2. Заявы на вяртанне павінны быць прадстаўлены да канца трэцяга года, наступнага за каляндарным годам, у якім падатак з крыніцы быў утрыманы з дывідэндаў, працэнтаў, роялці або іншых відаў даходу.

3. Дагаворная Дзяржава, у якой узнікаюць віды даходу, можа патрабаваць пацвярджэння кампетэнтнага органа аб пастаянным месцазнаходжанні ў другой Дагаворнай Дзяржаве.

4. Кампетэнтныя органы могуць па ўзаемнай згодзе выконваць палажэнні гэтага артыкула і ў выпадку неабходнасці ўстанаўліваць іншы парадак ажыццяўлення падатковых скідак або льгот, што прадугледжаны дадзеным Пагадненнем.

Артыкул 28

Члены дыпламатычных прадстаўніцтваў і консульскіх устаноў

1. Ніякія палажэнні дадзенага Пагаднення не закранаюць падатковых прывілей членаў дыпламатычнага прадстаўніцтва або консульскай установы, што прадастаўлены агульнымі нормамі міжнароднага права або палажэннямі спецыяльных пагадненняў.

2. Пастолькі, паколькі ў сувязі з падатковымі прывілеямі, што прадастаўлены дыпламатычным прадстаўнікам або консульскім работнікам агульнымі нормамі міжнароднага права або палажэннямі спецыяльных міжнародных пагадненняў, віды даходу або маёмасці не падлягаюць падаткаабкладанню ў Дзяржаве, якая прымае, і ў той ступені, у якой яны не падлягаюць яму, Дзяржава, якая накіроўвае, мае права абкладаць падаткам такія віды даходу або маёмасці.

3. Нягледзячы на палажэнні артыкула 4, фізічная асоба, якая з'яўляецца членам дыпламатычнага прадстаўніцтва, консульскай установы або пастаяннай місіі адной Дагаворнай Дзяржавы, што размешчана ў другой Дагаворнай Дзяржаве або ў трэцяй Дзяржаве, лічыцца рэзідэнтам Дзяржавы, якая накіроўвае, для мэт дадзенага Пагаднення, калі:

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie in diesem Staat ansässige Personen.

Artikel 29

Nebenurkunden

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 30

Registrierung gemäß Artikel 102 der VN-Charta

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Republik Belarus veranlasst. Der andere Vertragsstaat wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 24. November 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft und ist nicht mehr anzuwenden.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

- a) у адпаведнасці з міжнародным правам яна не падлягае падаткаабкладанню ў Дзяржаве, якая прымае, у дачыненні да відаў даходу з крыніц за межамі гэтай Дзяржавы, і
- b) яна падлягае ў Дзяржаве, якая накіроўвае, тым жа абавязальствам у дачыненні да падатку на яе агульны даход або маёмасць, як і рэзідэнты гэтай Дзяржавы.

Артыкул 29

Дадатковыя пратаколы

Пратакол, які прыкладаецца, з'яўляецца састаўной часткай дадзенага Пагаднення.

Артыкул 30

Рэгістрацыя згодна з артыкулам 102 Статута ААН

Рэгістрацыя дадзенага Пагаднення ў Сакратарыяце Арганізацыі Аб'яднаных Нацый згодна з артыкулам 102 Статута Арганізацыі Аб'яднаных Нацый ажыццяўляецца Рэспублікай Беларусь неадкладна пасля ўваходжання ў сілу. Дзяржава, якая рэгіструе, інфармуе другую Дагаворную Дзяржаву аб правядзенні рэгістрацыі з указаннем рэгістрацыйнага нумара Арганізацыі Аб'яднаных Нацый пасля пацвярджэння рэгістрацыі Сакратарыятам Арганізацыі Аб'яднаных Нацый.

Артыкул 31

Уваходжанне ў сілу

1. Дадзенае Пагадненне ратыфікуецца і выконваецца абмен ратыфікацыйнымі граматамі ў магчыма кароткі тэрмін у Берліне.

2. Дадзенае Пагадненне ўваходзіць у сілу ў дзень абмену ратыфікацыйнымі граматамі і прымяняецца ў абедзвюх Дагаворных Дзяржавах:

- a) у выпадку падаткаў, што ўтрыманы з крыніцы з дывідэндаў, працэнтаў і роялці, у дачыненні да сум, якія выплачваюцца першага або пасля першага студзеня календарнага года, наступнага за годам, у якім Пагадненне ўвайшло ў сілу;
 - b) у выпадку іншых падаткаў, у дачыненні да падаткаў, што спганяюцца за перыяды, якія пачынаюцца першага або пасля першага студзеня календарнага года, наступнага за годам, у якім Пагадненне ўвайшло ў сілу.
3. З уваходам у сілу гэтага Пагаднення спыняе дзеянне і больш не выкарыстоўваецца ў адносінах паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь Пагадненне ад 24 лістапада 1981 года паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Саюзам Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік аб пазбяганні двайнога падаткаабкладання даходаў і маёмасці.

Артыкул 32

Спыненне дзеяння

Дзеянне дадзенага Пагаднення прадаўжаецца на працягу няпэўнага перыяду, аднак кожная з Дагаворных Дзяржаў можа трыццатага або да трыццатага чэрвеня любога календарнага года, які пачынаецца пасля сканчэння пяці гадоў з даты яго ўваходжання ў сілу, накіраваць другой Дагаворнай Дзяржаве па дыпламатычных каналах пісьмовае паведамленне аб спыненні дзеяння, і ў такім выпадку дадзенае Пагадненне спыняе сваё дзеянне:

- a) у выпадку падаткаў, што ўтрыманы з крыніцы з дывідэндаў, працэнтаў і роялці, у дачыненні да сум, што выплачваюцца першага або пасля першага студзеня календарнага года, наступнага за годам, у якім дадзенае паведамленне аб спыненні дзеяння;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Minsk am 30. September 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

b) у выпадку іншых падаткаў, у дачыненні да падаткаў, што спаганяюцца за перыяды, якія пачынаюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім дадзена паведамленне аб спыненні дзеяння.

Вызначаючай датай адліку тэрміну з'яўляецца дзень атрымання паведамлення аб спыненні дзеяння другой Дагаворнай Дзяржавы.

Здзейснена ў г. Мінску 30 верасня 2005 года ў двух сапраўдных экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федэратыўную Рэспубліку Германія

Martin Hecker

Für die Republik Belarus
За Рэспубліку Беларусь

Anna Dejko

Protokoll

Пратакол

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Belarus

Федэратыўная Рэспубліка Германія

і

Рэспубліка Беларусь

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 30. September 2005 in Minsk die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu den Artikeln 2, 11, 17, 18 und 19:

Der in dem Abkommen verwendete Ausdruck „Land“ gilt nur in der Bundesrepublik Deutschland.

2. Zu den Artikeln 3, 8, 13, 15 und 22:

Bei der Ermittlung des „Ortes der tatsächlichen Geschäftsführung“ gehören zu den Umständen, die berücksichtigt werden, u. a. der Ort, von dem aus ein Unternehmen tatsächlich geleitet und beherrscht wird, sowie der Ort, an dem auf höchster Ebene Entscheidungen getroffen werden, die für die Leitung des Unternehmens von grundsätzlicher Bedeutung sind.

3. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats Güter oder Waren durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat oder übt es über eine solche eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage der Vergütung ermittelt, die der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.
- b) Einer Bauausführung oder Montage können in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebsstätte liegt, nur die Gewinne aus dieser Tätigkeit selbst zugerechnet werden. Gewinne aus der Lieferung von Waren im Zusammenhang mit oder unabhängig von dieser Tätigkeit durch die Hauptbetriebsstätte oder eine andere Betriebsstätte des Unternehmens oder durch einen Dritten sind dieser Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.
- d) Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen für unselbstständige Arbeit, die aufgrund eines Arbeitsverhältnisses von einem Unternehmen eines Vertragsstaats gezahlt werden, das ganz oder teilweise einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person gehört, werden bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns des Unternehmens zum Abzug zugelassen. Das Gleiche gilt für Betriebsstätten.

пры падпісанні ў г. Мінску 30 верасня 2005 года Пагаднення паміж дзвюма Дзяржавамі аб пазбяганні двойнога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць пагадзіліся аб наступных палажэннях, якія складаюць неад'ёмную частку названага Пагаднення.

1. У дачыненні да артыкулаў 2, 11, 17, 18 і 19

Разумеецца, што ў выпадку, калі ў дадзеным Пагадненні выкарыстоўваецца тэрмін «Зямля», гэты тэрмін прымяняецца толькі да Федэратыўнай Рэспублікі Германія.

2. У дачыненні да артыкулаў 3, 8, 13, 15 і 22

Разумеецца, што пры ўстанаўленні «фактычнага кіруючага органа» абставінамі, якія акрамя ўсяго іншага могуць быць прыняты да ўвагі, з'яўляюцца: месца, адкуль ажыццяўляецца фактычнае кіраванне і кантроль кампаніі, месца, дзе прымаюцца рашэнні на вышэйшым узроўні па важных пытаннях, істотных для кіравання кампаніяй.

3. У дачыненні да артыкула 7

- a) У выпадку, калі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы прадае тавары або вырабы або ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, якое там размешчана, прыбытак гэтага пастаяннага прадстаўніцтва вызначаецца не на аснове агульнай сумы, што атрымана прадпрыемствам, а толькі на аснове ўзнагароджання, якое адносіцца да сапраўднай дзейнасці пастаяннага прадстаўніцтва, за такі продаж або камерцыйную дзейнасць.
- b) У Дагаворнай Дзяржаве, у якой размешчана пастаяннае прадстаўніцтва, ніякі прыбытак не адносіцца да будаўнічай пляцоўкі, будаўнічага, мантажнага або зборачнага аб'екта за выключэннем таго, які з'яўляецца вынікам самой такой дзейнасці. Прыбытак, што атрымліваецца ад пастайкі тавараў, якая звязана з такой дзейнасцю, або незалежнай ад яе, і якая ажыццяўляецца асноўным пастаянным прадстаўніцтвам або любым іншым пастаянным прадстаўніцтвам прадпрыемства або трэцім бокам, не адносіцца да гэтай будаўнічай пляцоўкі, будаўнічага, мантажнага або зборачнага аб'екта.
- c) Выплаты, што атрыманы ў якасці ўзнагароджання за тэхнічныя паслугі, уключаючы даследаванні або пошукі навуковага, геалагічнага або тэхнічнага характару або за тэхнічныя кантракты, уключаючы звязаныя з імі праекты, або за кансультацыйныя або назіральныя паслугі, разглядаюцца ў якасці выплат, да якіх прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14 дадзенага Пагаднення.
- d) Заработная плата і іншае ўзнагароджанне за залежныя асабістыя паслугі, што фактычна выплачваюцца ў дачыненні да работы па найму прадпрыемствам адной Дагаворнай Дзяржавы, якое поўнасю або часткова належыць рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, дапускаюцца ў якасці вылічэння пры вызначэнні падаткаабкладаемага прыбытку гэтага прадпрыемства. Тое ж самае прымяняецца да пастаяннага прадстаўніцтва.

4. Zu den Artikeln 7 und 9:

Es gilt als vereinbart, dass Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, an der eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person beteiligt ist, unabhängig davon, ob diese Zinsen an eine Bank oder eine andere Person gezahlt werden, und unabhängig von der Laufzeit des Darlehens bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns dieser Gesellschaft im erstgenannten Staat unbeschränkt abzugsfähig sind. Der abzugsfähige Betrag darf aber nicht den Betrag übersteigen, den unabhängige Unternehmen miteinander unter vergleichbaren Umständen vereinbaren würden. Diese Bestimmung gilt auch für Zinsen, die von einer Betriebsstätte gezahlt werden.

5. Zu den Artikeln 10, 11, 12, 13, 14, 15, 21 und 22:

Für die Zwecke dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „feste Einrichtung“ einen bestimmten Ort, von dem aus eine natürliche Person eine selbständige Arbeit ganz oder teilweise ausübt.

6. Zu den Artikeln 10 und 11:

Der Ausdruck „Dividenden“ schließt auch die Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder von partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen oder ähnlichen Zahlungen sowie die Ausschüttungen auf Anteilsscheine an einem Investmentvermögen ein.

Zur Information der Republik Belarus werden die Ausdrücke „stille Gesellschaft“, „partiarisches Darlehen“ und „Gewinnobligationen“ zur Klarstellung wie folgt erklärt:

- Eine „stille Gesellschaft“ ist laut §§ 230 bis 237 Handelsgesetzbuch eine Personengesellschaft, an der sich eine Person, der stille Gesellschafter, an einem Unternehmen (des aktiven Gesellschafters) mit einer Vermögenseinlage beteiligt, die in das Vermögen des aktiven Gesellschafters übergeht. Der stille Gesellschafter ist am Gewinn beteiligt.
- „Partiarisches Darlehen“ ist ein Darlehen mit Gewinnbeteiligung.
- „Gewinnobligationen“ sind im Allgemeinen Wertpapiere, die je nach Höhe der Ausschüttung des Schuldners mit dem Recht auf zusätzliche Zinsforderungen verbunden und nicht mit Bezugsrechten auf Aktien verbunden sind.

7. Zu Artikel 26:

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch den empfangenden Staat ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch den übermittelnden Staat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der empfangende Staat unterrichtet den übermittelnden Staat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staats erfolgen.
- d) Der übermittelnde Staat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem

4. У дачыненні да артыкулаў 7 і 9

Разумеецца, што працэнты, якія выплачвае прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы, якое з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, і ў якім рэзідэнт другой Дагаворнай Дзяржавы прымае ўдзел, поўнасьцю падлягаюць вылічэнням для мэт вызначэння падаткаабкладальнага прыбытку гэтага прадпрыемства ў першай названай Дзяржаве незалежна ад таго, выплачваюцца працэнты банку або іншай асобе, і незалежна ад працягласці пазыкі. Аднак, сума, якая падлягае вылічэнню, не павінна перавышаць суму, якая была б узгоднена паміж незалежнымі асобамі ў падобных абставінах. Дадзенае палажэнне таксама прымяняецца да працэнтаў, што выплачваюцца пастаянным прадстаўніцтвам.

5. У дачыненні да артыкулаў 10, 11, 12, 13, 14, 15, 21 і 22

Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін «пастаянная база» абазначае пастаяннае месца, праз якое поўнасьцю або часткова ажыццяўляецца дзейнасць фізічнай асобы, якая прадастаўляе незалежныя асабістыя паслугі.

6. У дачыненні да артыкулаў 10 і 11

Разумеецца, што тэрмін «дывідэнды» уключае таксама даход, які атрыманы пасіўным удзельнікам («stiller Gesellschafter») ад яго ўдзелу як такога або ад «partiarisches Darlehen», «Gewinnobligationen» або падобных выплатаў і размеркаванні па сертыфікатах інвестыцыйнага фонду або інвестыцыйнага трэста.

Да ведама беларускага боку тэрміны «stille Gesellschaft», «partiarisches Darlehen» і «Gewinnobligationen» можна растлумачыць наступным чынам:

- «stille Gesellschaft» (пасіўнае таварыства) з'яўляецца ў адпаведнасці з параграфамі 230 – 237 Гандлёвага кодэкса (Handelsgesetzbuch) таварыствам, у якім адна асоба, пасіўны ўдзельнік, удзельнічае ў прадпрыемстве (актыўнага партнёра) з дапамогай укладу, які становіцца часткай актываў актываў партнёра. Пасіўны ўдзельнік удзельнічае ў прыбытку.
- «Partiarisches Darlehen» – пазыка, якая звязана з прыбыткам.
- «Gewinnobligationen» – гэта, увогуле, аблігацыі, якія даюць права на атрыманне дадатковых працэнтаў у залежнасці ад узроўню размеркавання прыбытку даўжніка і не даюць права на атрыманне акцый.

7. У дачыненні да артыкула 26

У той ступені, у якой у адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем і ўнутранымі прававымі палажэннямі адбываецца абмен асабістай інфармацыяй, прымяняюцца наступныя дадатковыя палажэнні з улікам прававых палажэнняў, што прымяняюцца да адпаведнага Дагаворнага боку:

- a) Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, можа выкарыстоўваць такую інфармацыю толькі для названай мэты і павінна падпарадкоўвацца ўмовам, што названы Дзяржавай, якая прадастаўляе інфармацыю.
- b) Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, павінна па запыту інфармаваць Дзяржаву, якая прадастаўляе інфармацыю, аб выкарыстанні інфармацыі, што прадстаўлена, і дасягнутых такім чынам вынікаў.
- c) Асабістая інфармацыя можа прадастаўляцца толькі адказным органам. Любое наступнае прадастаўленне інфармацыі другім органам можа ажыццяўляцца толькі з папярэдняга адабрэння Дзяржавы, якая прадастаўляе інфармацыю.
- d) Дзяржава, якая прадастаўляе інфармацыю, абавязана гарантаваць, што інфармацыя, якая прадастаўляецца, будзе дакладнай і што яна будзе неабходнай і адпавядаючай мэце, для якой яна прадастаўляецца. Павін-

jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem empfangenden Staat unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der empfangende Staat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch den übermittelnden Staat verursacht worden ist.
- g) Soweit das für den übermittelnden Staat geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist dieser Staat den empfangenden Staat darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Der übermittelnde Staat und der empfangende Staat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

8. Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen:

- a) Dieses Abkommen ist nicht dahingehend auszulegen, dass
 - aa) ein Vertragsstaat gehindert ist, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden;
 - bb) die Bundesrepublik Deutschland daran gehindert wird, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind.
- b) Wenn die vorstehenden Bestimmungen zur Doppelbesteuerung führen, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

ны выконвацца любыя забароны на прадастаўленне інфармацыі, якія прадугледжаны адпаведным нацыянальным заканадаўствам. Калі высвятляецца, што была прадастаўлена недакладная інфармацыя або інфармацыя, якая не павінна была прадастаўляцца, аб гэтым неадкладна паведамляецца Дзяржаве, якая атрымлівае інфармацыю. Гэта Дзяржава абавязана выправіць або знішчыць такую інфармацыю.

- e) Па заяве зацікаўленай асобе паведамляецца аб інфармацыі, якая прадастаўляецца, што адносіцца да яе, і яе прымяненні. Не павінна быць абавязальства прадастаўляць гэту інфармацыю, калі ў выніку аказваецца, што дзяржаўныя інтарэсы ў адмове ў выдачы перавышаюць інтарэсы зацікаўленай асобы ў яе атрыманні. Ва ўсіх іншых адносінах права зацікаўленай асобы быць інфармаванай аб існуючай інфармацыі, што адносіцца да яе, павінна вызначацца нацыянальным заканадаўствам той Дагаворнай Дзяржавы, на суверэннай тэрыторыі якой зроблена заява на атрыманне інфармацыі.
- f) Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, нясе адказнасць у адпаведнасці са сваім нацыянальным заканадаўствам у дачыненні да любой асобы, якой нанесены незаконныя страты ў выніку прадастаўлення інфармацыі згодна абмену інфармацыяй у адпаведнасці з дадзеным Пагадненнем. У адносінах да пацярпеўшай асобы Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, не павінна спасылацца ў сваё апраўданне, што страты былі выкліканы Дзяржавай, якая прадастаўляе інфармацыю.
- g) Калі ў нацыянальным заканадаўстве Дзяржавы, якая прадастаўляе інфармацыю, прадугледжаны спецыяльныя палажэнні па знішчэнню асабістай інфармацыі, што прадастаўляецца, гэта Дзяржава інфармуе Дзяржаву, якая атрымлівае інфармацыю, адпаведным чынам. Незалежна ад такога заканадаўства асабістая інфармацыя, што прадастаўляецца, знішчаецца, як толькі яна становіцца непатрэбнай для мэты, для якой яна была прадастаўлена.
- h) Дагаворныя Дзяржавы абавязаны весці афіцыйныя запісы аб прадастаўленні і атрыманні асабістай інфармацыі.
- i) Дзяржава, якая прадастаўляе інфармацыю, і Дзяржава, якая атрымлівае інфармацыю, абавязаны прымаць эфектыўныя меры для абароны асабістай інфармацыі, што прадастаўляецца, ад неправамоцнага доступу, неправамоцнага змянення і неправамоцнага раскрыцця.

8. Прымяненне Пагаднення ў асаблівых выпадках

- a) Дадзенае Пагадненне не павінна тлумачыцца як тое, якое перашкаджае
 - aa) Дагаворнай Дзяржаве прымяняць свае ўнутраныя прававыя палажэнні па папярэджанню законнага або незаконнага ўхілення ад аплаты падаткаў;
 - bb) Федэратыўнай Рэспубліцы Германія спаганяць падаткі з сум, якія павінны быць уключаны ў віды даходу рэзідэнта Федэратыўнай Рэспублікі Германія згодна Чацвёртай частцы Германскага закона па знешніх падатковых сувязях (Aussensteuergesetz).
- b) Калі вышэйназваныя палажэнні прыводзяць да дваінога падаткаабкладання, кампетэнтныя органы павінны пракансультавацца згодна з пунктам 3 артыкула 25 аб тым, як пазбегнуць дваінога падаткаабкладання.

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2005
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Kirgisischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom 2. Dezember 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bischkek am 1. Dezember 2005 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 2. Dezember 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Kirgisischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Соглашение
между Федеративной Республикой Германия
и Кыргызской Республикой
об избежании двойного налогообложения
и предотвращении уклонения от налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Kirgisische Republik –

Федеративная Республика Германия
и
Кыргызская Республика,

von dem Wunsch geleitet, zur weiteren Entwicklung und Stärkung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen zu schließen –

желая заключить в целях развития и укрепления экономического, научно-технического и культурного сотрудничества между обоими Государствами Соглашение об избежании двойного налогообложения и предотвращении уклонения от налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество,

sind wie folgt übereingekommen:

согласились о нижеследующем:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Статья 1

Лица, к которым применяется

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zuzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
- die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Gewerbesteuer und
 - die Vermögensteuer

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и имущество, взимаемым от имени Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, независимо от способа и метода их взимания.

2. Налогами на доходы и имущество считаются все налоги, взимаемые с общей суммы дохода, совокупного имущества или с отдельных элементов дохода или имущества, включая налоги с доходов от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги, взимаемые с фонда заработной платы, выплачиваемой предприятиями, а также налоги, взимаемые с доходов от прироста имущества.

3. Существующими налогами, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, являются, в частности:

- a) в Федеративной Республике Германия:
- подходный налог,
 - налог с корпораций
 - промышленный налог и
 - налог на имущество,

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Kirgisischen Republik:

die Steuer von Gewinnen und Einkünften juristischer Personen und

die Einkommensteuer natürlicher Personen

(im Folgenden als „kirgisische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Kirgisische Republik“ im geographischen Sinne das Hoheitsgebiet der Kirgisischen Republik, auf dem die Kirgisische Republik in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt und auf dem das Steuerrecht der Kirgisischen Republik gilt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und der „andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Kirgisische Republik;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Per-

inkludierend steuerliche Zuschläge zu ihnen

(далее именуемые «германские налоги»);

b) в Кыргызской Республике:

налог на прибыль и доходы с юридических лиц,

подходный налог физических лиц

(далее именуемые «кыргызские налоги»).

4. Настоящее Соглашение применяется также к любым идентичным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после даты подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга о любых существенных изменениях, которые будут внесены в их соответствующие налоговые законодательства.

Статья 3

Общие определения

1. Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

- a) термин «Кыргызская Республика» означает в географическом смысле территорию Кыргызской Республики, на которой Кыргызская Республика осуществляет суверенные права и юрисдикцию в соответствии с международным правом и на которой действует налоговое законодательство Кыргызской Республики;
- b) термин «Федеративная Республика Германия» означает территорию Федеративной Республики Германия, а также прилегающий к территориальному морю район морского дна, его недр, а также расположенной над ними водной толщи, в котором Федеративная Республика Германия в соответствии с международным правом и национальным законодательством осуществляет суверенные права и юрисдикцию в целях разведки, разработки и сохранения природных ресурсов, как живых, так и неживых, а также в целях управления ими;
- c) термины «Договаривающееся Государство» и «другое Договаривающееся Государство» означают Федеративную Республику Германия или Кыргызскую Республику, в зависимости от контекста;
- d) термин «лицо» означает физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;
- e) термин «компания» означает юридическое лицо или правовой субъект, который для целей налогообложения рассматривается как юридическое лицо;
- f) термины «предприятие Договаривающегося Государства» и «предприятие другого Договаривающегося Государства» означают соответственно предприятие, управляемое резидентом Договаривающегося Государства, и предприятие, управляемое резидентом другого Договаривающегося Государства;
- g) термин «международные перевозки» означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием Договаривающегося Государства, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договаривающемся Государстве;
- h) термин «национальное лицо» означает:
 - aa) применительно к Федеративной Республике Германия:

любого немца в понимании Основного закона Федеративной Республики Германия, а также любое юридическое лицо, партнерство и иное объединение лиц,

sonenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf die Kirgisische Republik

alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Kirgisischen Republik besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Vereinigungen, die ihre Rechtsstellung nach dem geltenden Recht der Kirgisischen Republik erlangt haben;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in der Kirgisischen Republik das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsführung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

учрежденные в соответствии с действующим в Федеративной Республике Германия законодательством;

bb) применительно к Кыргызской Республике:

любое физическое лицо, имеющее гражданство Кыргызской Республики, а также любое юридическое лицо, партнерство или любую другую ассоциацию, получившие свой статус в соответствии с законодательством Кыргызской Республики;

i) термин «компетентный орган» означает:

aa) применительно к Федеративной Республике Германия Федеральное министерство финансов или орган, которому оно передало свои полномочия;

bb) применительно к Кыргызской Республике Министерство экономики и финансов или его уполномоченный представитель.

2. Если из контекста не вытекает иное, то при применении Договаривающимся Государством настоящего Соглашения любой не определенный в Соглашении термин имеет то значение, которое в период действия настоящего Соглашения ему придает законодательство этого Государства о налогах, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, причем значение согласно применяемому в этом Государстве налоговому законодательству преобладает над каким-либо значением, которое данный термин имеет согласно другому законодательству данного Государства.

Статья 4

Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения термин «резидент Договаривающегося Государства» означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основе своего местожительства, своего постоянного местопребывания, места нахождения своего руководящего органа или иного аналогичного критерия, включая также само это Государство и его административно-территориальные образования. Указанный термин не распространяется, однако, на лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении имущества, расположенного в этом Государстве.

2. В случае если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, применяются следующие положения:

- a) Лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом только того Государства, в котором оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
- b) в случае, если не может быть определено, в каком Государстве лицо имеет центр жизненных интересов, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно обычно проживает;
- c) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, гражданином которого оно является;
- d) если лицо является гражданином обоих Государств или ни одного из них, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Der Begriff „Betriebsstätte“ umfasst ebenfalls eine Bauausführung oder Montage oder damit zusammenhängende Aufsichtstätigkeiten, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten

3. В случае если в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи лицо, иное, чем физическое лицо, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположено место нахождения его фактического руководящего органа.

Статья 5

Постоянное учреждение

1. Для целей настоящего Соглашения термин «постоянное учреждение» означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое полностью или частично осуществляется деятельность предприятия.

2. Термин «постоянное учреждение», в частности, включает:

- a) место управления;
- b) филиал;
- c) офис;
- d) фабрику;
- e) мастерскую и
- f) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место добычи природных ресурсов.

3. Термин «постоянное учреждение» также включает строительную площадку либо монтажный или сборочный объект, а также связанную с ними надзорную деятельность, если они существуют в течение более 12 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, постоянным учреждением не считаются:

- a) объекты, используемые исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;
- b) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки;
- c) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях обработки или переработки их другим предприятием;
- d) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях закупки для предприятия изделий или товаров либо сбора информации для него;
- e) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления для предприятия любых иных видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;
- f) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления нескольких видов деятельности, перечисленных в подпунктах а) – е) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого совокупная деятельность данного постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 6 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договаривающемся Государстве полномочие на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет в нем данное полномочие, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как имеющее постоянное учреждение в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в

Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

interessen des Unternehmens, wenn diese Tätigkeit nicht durch eine Betriebsstätte des Unternehmens in einem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird, wird durch die Betriebsstätte des Unternehmens in einem anderen Vertragsstaat ausgeübt, wenn diese Tätigkeit nicht durch eine Betriebsstätte des Unternehmens in einem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird.

6. Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

7. Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доходы от предприятий сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Термин «недвижимое имущество» имеет то значение, которое он имеет по законодательству того Договаривающегося Государства, в котором расположено данное имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства о земельной собственности, права пользования недвижимым имуществом и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов; морские и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, предназначенного для целей оказания независимых личных услуг.

Статья 7

Прибыль от предпринимательской деятельности

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства облагается налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет свою деятельность упомянутым образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая может быть отнесена к этому постоянному учреждению.

2. В случае если предприятие Договаривающегося Государства осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному учреждению относятся суммы прибыли, которые оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuern Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt

unternehmen und действующ полностью независимо в отношениях с предприятием, постоянным учреждением которого оно является.

3. При исчислении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, понесенных для нужд такого постоянного учреждения, включая управленческие и общедминистративные расходы, независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное учреждение, или где-либо в другом месте.

4. Если в Договаривающемся Государстве определение прибыли, относящейся к постоянному учреждению, на основе пропорционального распределения суммы прибыли предприятия по его различным подразделениям является обычной практикой, ничто в пункте 2 настоящей статьи не запрещает Договаривающемуся Государству определять налогооблагаемую прибыль посредством такого распределения, как это обычно принято; выбранный метод распределения должен давать результаты, соответствующие принципам, содержащимся в настоящей статье.

5. Никакая прибыль не относится к постоянному учреждению на основании лишь закупки этим постоянным учреждением товаров или изделий для предприятия.

6. Для целей предыдущих пунктов настоящей статьи прибыль, относящаяся к постоянному учреждению, определяется ежегодно одним и тем же методом, если только не имеется веской и достаточной причины для его изменения.

7. В случае, когда прибыль включает виды доходов, о которых говорится отдельно в других статьях настоящего Соглашения, положения этих статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Морской и воздушный транспорт

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства от эксплуатации морских или воздушных судов в международных перевозках может облагаться налогом только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также к прибыли от участия в пуле, совместном предприятии или в международной организации по эксплуатации транспортных средств.

Статья 9

Ассоциированные предприятия

1. В случае, когда:

- a) предприятие Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства, или
- b) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договаривающегося Государства, и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в этих случаях между двумя предприятиями в их коммерческих и финансовых взаимоотношениях создаются или устанавливаются условия, отличные от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то тогда любая прибыль, которая могла бы быть начислена одному из них, но из-за наличия этих условий не была ему начислена, может быть включена в прибыль этого предприятия и соответственно обложена налогом.

2. В случае, когда Договаривающееся Государство включает в прибыль предприятия этого Государства – и соответственно облагает налогом – прибыль, в отношении которой предприятие другого Договаривающегося Государства было подвергнуто налогообложению в этом другом Государстве, и прибыль, включенная таким образом, явля-

hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden

etwa derart erzielt werden, dass die Dividenden dem ersten Vertragsstaat, dem das Unternehmen zugeordnet ist, zuzurechnen sind. Der zweite Vertragsstaat führt eine entsprechende Korrektur der Summe der Einkünfte vor, die dem ersten Vertragsstaat zuzurechnen sind, um die Einkünfte des ersten Vertragsstaats zu korrigieren. Bei dieser Korrektur sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Статья 10 Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные дивиденды могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором компания, выплачивающая дивиденды, является резидентом, в соответствии с его законодательством; если, однако, фактическим владельцем дивидендов является резидент другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать:

- a) 5 процентов от валовой суммы дивидендов, если фактическим владельцем является компания (за исключением партнерства), которая непосредственно располагает не менее чем 25 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании;
- b) 15 процентов от валовой суммы дивидендов во всех иных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении сумм прибыли, из которых выплачиваются дивиденды.

3. Термин «дивиденды» при использовании в настоящей статье означает доход от акций, акций «жуиссанс» или прав «жуиссанс», акций горнодобывающей промышленности, акций учредителей или других прав, дающих право на участие в прибыли, за исключением долговых требований, а также другие доходы, которые в соответствии с законодательством того Государства, резидентом которого является компания, распределяющая доход, подлежат такому же налогообложению, как доход от акций, а также суммы, распределяемые по сертификатам паевого инвестиционного фонда.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если фактический владелец, будучи резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через находящееся там постоянное учреждение, или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связан с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения, в зависимости от обстоятельств.

5. В случае если компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, получает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией, за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связан с расположенными в этом другом Государстве постоянным учреждением или постоянной базой, ни под-

oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt Folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Kirgisischen Republik oder die kirgisische Nationalbank gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Kirgisischen Republik stammen und für ein durch Gewährleistungen der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen oder an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft gezahlt werden, sind von der kirgisischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

vergåть суммы прибыли такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Статья 11

Проценты

1. Проценты, возникшие в Договариваемом Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договариваемого Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные проценты могут, однако, также облагаться налогом в том Договариваемом Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; если, однако, фактическим владельцем процентов является резидент другого Договариваемого Государства, то налог не должен превышать 5 процентов от валовой суммы процентов.

3. Несмотря на положения пункта 2 настоящей статьи действуют следующие положения:

- a) суммы процентов, которые возникли в Федеративной Республике Германия и выплачиваются Правительству Кыргызской Республики или Национальному Банку Кыргызской Республики, освобождаются от германских налогов;
- b) суммы процентов, которые возникли в Кыргызской Республике и выплачиваются по кредитам (займам), гарантированным Федеративной Республикой Германия в связи с экспортом или прямыми иностранными инвестициями, или выплачиваются Правительству Федеративной Республики Германия, Немецкому федеральному банку, Кредитанштальту фюр видерауфбау, Германскому обществу по инвестициям и развитию, освобождаются от кыргызских налогов.

4. Термин «проценты» при использовании в настоящей статье означает доход от долговых требований любого вида, вне зависимости от ипотечного обеспечения и от владения правом на участие в прибыли должника, и, в частности, доход от правительственных ценных бумаг и облигаций или долговых обязательств, включая премии и выигрыши по этим ценным бумагам, облигациям или долговым обязательствам. Штрафы за несвоевременную выплату не рассматриваются в качестве процентов для целей настоящей статьи.

5. Положения пунктов 1 – 3 настоящей статьи не применяются, если фактический владелец, будучи резидентом Договариваемого Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договариваемом Государстве, в котором возникают проценты, через находящееся там постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и долговое требование, на основании которого выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному учреждению или к такой постоянной базе. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14, в зависимости от обстоятельств.

6. Проценты считаются возникшими в Договариваемом Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство или одно из его административно-территориальных образований, либо резидент этого Государства. Если, однако, плательщик процентов, независимо от того, является ли он резидентом Договариваемого Государства или нет, имеет в Договариваемом Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, и если задолженность, по которой выплачиваются проценты, возникла для нужд постоянного учреждения или постоянной базы, и если расходы по выплате процентов несут постоянное учреждение или постоянная база, то проценты счита-

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenz-

gebühren in dem Staat, in dem das dauerhafte Unternehmen oder die dauerhafte Basis.

7. Wenn aufgrund besonderen Beziehungen zwischen Zahlungsberechtigtem und faktischem Eigentümer oder zwischen jedem aus ihnen und irgendeinem drittem Individuum Summe Zinsen auf Forderung, auf Grundlage derer sie bezahlt wird, übersteigt Summe, die hätte vereinbart werden können, wenn diese Beziehungen nicht bestanden, dann wird dieser Artikel nur auf letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Статья 12

Роялти

1. Роялти, возникшие в Договариваемом Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договариваемого Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные роялти могут, однако, также облагаться налогом в том Договариваемом Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; если, однако, фактическим владельцем роялти является резидент другого Государства, то налог не должен превышать 10 процентов от валовой суммы роялти.

3. Употребляемый в настоящей статье термин «роялти» означает вознаграждения любого вида, которые выплачиваются за использование либо предоставление права использования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, патенты, торговые знаки, образцы или модели, схемы, секретные формулы или технологии, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта. Термин «роялти» также включает вознаграждения любого вида за использование либо предоставление права использования имен, портретов либо иных аналогичных личных прав, а также выплаты за запись представлений артистов и спортсменов, произведенную радио- или телекомпаниями.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если фактический владелец, будучи резидентом Договариваемого Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договариваемом Государстве, в котором возникают роялти, через находящееся там постоянное учреждение, или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базой, и права или имущество, в отношении которых выплачиваются роялти, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14, в зависимости от обстоятельств.

5. Роялти считаются возникшими в Договариваемом Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство или его территориально-административное образование, либо резидент этого Государства. Если, однако, плательщик роялти, независимого от того, является ли он резидентом Договариваемого Государства или нет, имеет в Договариваемом Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, и если обязательство выплачивать такие роялти было принято для нужд постоянного учреждения или постоянной базы, и если постоянное учреждение или постоянная база несут расходы по выплате роялти, то такие роялти считаются возникшими в том Государстве, в котором расположены постоянное учреждение или постоянная база.

6. Если вследствие особых отношений между плательщиком и фактическим владельцем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма роялти относи-

gebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen – direkt oder indirekt – überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird

telles Volumen von Leistungen, die in ihrer Basis, übersteigt die Summe, die zwischen Zahlungseinzugsnehmer und faktischem Eigentümer bei Abwesenheit solcher Beziehungen, die Bestimmungen dieser Artikel nur auf die letzte erwähnte Summe. In diesem Fall kann die übersteigende Summe nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Статья 13

Доходы от отчуждения имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, как оно определено в статье 6 настоящего Соглашения, расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Доходы от отчуждения акций и прочих долей участия в компании, активы которой прямо или косвенно состоят преимущественно из недвижимого имущества, расположенного в Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом Государстве.

3. Доходы от отчуждения движимого имущества, составляющего часть коммерческого имущества постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или движимого имущества, относящегося к постоянной базе в распоряжении резидента Договаривающегося Государства для целей оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, включая доходы от отчуждения такого постоянного учреждения (отдельно или в совокупности с целым предприятием), или такой постоянной базы, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

4. Доходы предприятия Договаривающегося Государства от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках, а также от отчуждения движимого имущества, предназначенного для эксплуатации таких морских или воздушных судов, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

5. Доходы от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 – 4 настоящей статьи, могут облагаться налогом только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее это имущество.

Статья 14

Независимые личные услуги

1. Доход, получаемый резидентом Договаривающегося Государства от оказания профессиональных услуг или другой деятельности независимого характера, облагается налогом только в этом Государстве, за исключением случая, когда он располагает регулярно доступной ему постоянной базой в другом Договаривающемся Государстве для целей осуществления этой деятельности. Если у него имеется такая постоянная база, доход может облагаться в другом Государстве, но только в той части, которая относится к этой постоянной базе.

2. Термин «профессиональные услуги» включает, в частности, независимую научную, литературную, артистическую, образовательную или преподавательскую деятельность, а также независимую деятельность врачей, юристов, инженеров, архитекторов, стоматологов и экспертов в области бухгалтерского дела.

Статья 15

Зависимые личные услуги

1. С учетом положений статей 16, 18 и 19 настоящего Соглашения вознаграждение, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от работы по найму, облагаются нало-

im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

gom только в этом Государстве, если только работа не выполняется в другом Договаривающемся Государстве. Если работа выполняется в нем, то полученные в этой связи вознаграждения могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, облагаются налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

- a) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и
- b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства, и
- c) расходы по выплате вознаграждений не несут постоянное учреждение или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществляется на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого предприятием Договаривающегося Государства в международных перевозках, могут облагаться налогом в этом Государстве.

Статья 16

Вознаграждения директорам

Вознаграждения членам наблюдательных советов или советов директоров и аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 17

Артисты и спортсмены

1. Независимо от положений статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доход, получаемый резидентом Договаривающегося Государства в качестве работника искусств, такого как артист театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, или в качестве спортсмена от его личной деятельности, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. В случае если доходы от деятельности, лично осуществляемой артистом или спортсменом в этом его качестве, начисляются не самому артисту или спортсмену, а иному лицу, то эти доходы, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором артист или спортсмен осуществляет свою деятельность.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляемой артистами или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их пребывание в этом Государстве полностью или преимущественно финансируется за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства или его административно-территориальных образований, либо организацией, признанной в этом другом Государстве общественно полезной (благотворительной). В таком случае доходы могут облагаться только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является артист или спортсмен.

Artikel 18**Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter oder ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „ähnliche Vergütungen“ im Sinne von Absatz 1 umfasst auch Renten. Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel 19**Öffentlicher Dienst**

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland der anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland der anderen juristischen Person des

Статья 18**Пенсии и аналогичные выплаты**

1. С учетом положений пункта 2 статьи 19 настоящего Соглашения пенсии или аналогичные выплаты, которые получает резидент Договаривающегося Государства из другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве.

2. Выплаты, которые получает физическое лицо, являющееся резидентом Договаривающегося Государства, за счет фонда обязательного социального страхования другого Договаривающегося Государства, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

3. Периодические и единовременные вознаграждения, которые выплачивает Договаривающееся Государство или одно из его административно-территориальных образований резиденту другого Договаривающегося Государства в возмещение ущерба, понесенного вследствие политического преследования, в возмещение противозаконности или ущерба вследствие военных действий (включая компенсационные выплаты и пособия), обязательной военной или альтернативной гражданской службы, или преступления, прививки или аналогичных событий, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи.

4. Термин «аналогичные выплаты» в понимании пункта 1 настоящей статьи включает в том числе и аннуитет. Термин «аннуитет» означает определенную сумму, которая регулярно выплачивается в установленные сроки, пожизненно или на протяжении определенного либо определимого периода времени, на основании обязательства, предусматривающего эти выплаты в качестве возмещения за адекватную услугу, предоставленную деньгами или материальными ценностями.

Статья 19**Государственная служба**

1.

a) Жалованье, заработная плата и другие подобные вознаграждения, за исключением пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его административно-территориальных образований, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иным юридическим лицом публично-правового статуса физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства или административно-территориального образования, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

b) Однако, такое жалованье, заработная плата и другие подобные вознаграждения могут облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если служба осуществляется в этом Государстве и физическое лицо является резидентом этого Государства, которое:

aa) является национальным лицом этого Государства или

bb) стало резидентом данного Государства не только лишь в целях осуществления службы.

2.

a) Пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством или одним из его административно-территориальных образований, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иным юридическим лицом публично-правового статуса физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства или администра-

öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften oder im Falle der Bundesrepublik Deutschland einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts erbracht werden, ist Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Haushaltsmitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Vergütungen, die vom Goethe-Institut oder vom Deutschen Akademischen Austauschdienst der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 15.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden,

ktivno-territориального образования, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

- b) Указанные пенсии могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого другого Государства.

3. В отношении вознаграждений и пенсий за услуги, оказываемые в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, а в отношении Федеративной Республики Германия – и иного юридического лица публично-правового статуса, применяются положения статьи 15, 16, 17 или 18 настоящего Соглашения.

4. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках программы технического сотрудничества Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований за счет бюджетных средств, выделяемых исключительно этим Государством или этим административно-территориальным образованием, специалистам или добровольным помощникам, направленным в другое Договаривающееся Государство с его согласия.

5. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым Институтом имени Гете или Германской службой академических обменов Федеративной Республики Германия. Компетентные органы, по взаимному согласию, могут обусловить о применении соответствующего подхода к вознаграждениям иных аналогичных учреждений Договаривающихся Государств. Если указанные вознаграждения не облагаются налогом в государстве-учредителе учреждения, то действуют положения статьи 15 настоящего Соглашения.

Статья 20

Преподаватели, учителя и студенты

1. Физическое лицо, находящееся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшего учебного заведения, школы, музея или какого-либо иного учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рамках официального культурного обмена в этом Договаривающемся Государстве не более двух лет исключительно с целью осуществления преподавательской деятельности, чтения лекций или осуществления исследовательской деятельности в указанном учреждении и являющееся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшееся таковым, освобождается от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения получены из источников за пределами этого Государства.

2. Выплаты, предназначенные для проживания, учебы или подготовки, которые получает студент, практикант или учащийся, находящийся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью учебы или подготовки и являющийся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшийся таковым, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Другие доходы

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые не рассматривались в предыдущих

können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Kirgisischen Republik sowie die in der Kirgisischen Republik gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Kirgisischen Republik besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Kirgisischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls

statistischer Erhebungen, unabhängig von ihrer Herkunft können nur in diesem Staat besteuert werden.

2. Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieser Artikel sind nicht auf Einkünfte aus dem Vermögen, das dem Empfänger aus dem anderen Vertragsstaat zufließt, anzuwenden, wenn der Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Статья 22

Имущество

1. Недвижимое имущество, упомянутое в статье 6 настоящего Соглашения, принадлежащее резиденту Договаривающегося Государства и расположенное в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом Государстве.

2. Движимое имущество, представляющее собой коммерческое имущество постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом Государстве.

3. Морские или воздушные суда, эксплуатируемые предприятием Договаривающегося Государства в международных перевозках, а также движимое имущество, предназначенное для эксплуатации таких морских или воздушных судов, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

4. Все иные элементы имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 23

Устранение двойного налогообложения в государстве резидентства

1. Применительно к резиденту Федеративной Республики Германия налоги устанавливаются следующим образом.

- a) Из налоговой базы германских налогов исключаются доходы из Кыргызской Республики, а также расположенные в Кыргызской Республике имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут облагаться налогом в Кыргызской Республике и не подпадают под действие подпункта b) настоящего пункта.

Применительно к доходам от дивидендов предыдущие положения применяются только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компании (за исключением партнерства), являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Кыргызской Республики, капитал которой принадлежит не менее чем на 25 процентов непосредственно германской компании, и если они не были вычтены при исчислении прибыли компании, выплачивающей дивиденды.

Для целей налогообложения имущества из налоговой базы германских налогов исключаются также долевые участия, дивиденды по которым, если бы они выпла-

solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die kirgisische Steuer angerechnet, die nach kirgischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Kirgisischen Republik besteuert werden können;
- ee) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- ff) Einkünfte im Sinne des Artikels 17.

- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Kirgisischen Republik ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.

- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

chivalis, подлежали бы исключению из налоговой базы согласно положениям предыдущих частей настоящего подпункта.

- b) С учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов при обложении германскими налогами, взимаемыми с дохода, применительно к нижеприведенным доходам производится зачет киргизских налогов, уплаченных по этим доходам согласно законодательству Кыргызской Республики и в соответствии с настоящим Соглашением:

- aa) дивидендам, не подпадающим под действие подпункта а) настоящего пункта;
- bb) процентам;
- cc) роялти;
- dd) доходам, которые согласно пункту 2 статьи 13 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Кыргызской Республике;
- ee) вознаграждениям членам наблюдательных советов и советов директоров;
- ff) доходам в понимании статьи 17 настоящего Соглашения.

- c) В отношении доходов в понимании статей 7 и 10 настоящего Соглашения и имущественных ценностей, лежащих в их основе, вместо положений подпункта а) настоящего пункта применяются положения подпункта б) настоящего пункта, если резидент Федеративной Республики Германия не представляет подтверждения о том, что постоянное учреждение в хозяйственном (отчетном) году, в котором оно извлекло прибыль, или компания, являющаяся резидентом Кыргызской Республики, в хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получали свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 – 6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах; то же положение действует в отношении недвижимого имущества, предназначенного для нужд постоянного учреждения, и доходов, извлеченных из него (пункт 4 статьи 6 настоящего Соглашения), а также в отношении сумм прибыли от отчуждения данного недвижимого имущества (пункт 1 статьи 13 настоящего Соглашения) и движимого имущества, представляющего собой коммерческое имущество постоянного учреждения (пункт 3 статьи 13 настоящего Соглашения).

- d) Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать доходы или имущественные ценности, изъятые из обложения германскими налогами, при установлении налоговой ставки, применяемой в Германии.

- e) Несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом б) настоящего пункта,

- aa) если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям настоящего Соглашения или причисляются разным лицам (кроме случаев согласно статье 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения, и когда ввиду такого различного отнесения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не были бы подвергнуты налогообложению или были бы подвергнуты меньшему налогообложению, чем при отсутствии такого конфликта, либо

bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vom ersten Tag des Kalenderjahrs vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) Bei einer in der Kirgisischen Republik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Bezieht eine in der Kirgisischen Republik ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögenswerte, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so gestattet die Kirgisische Republik:

aa) von der Steuer auf die Einkünfte dieser ansässigen Person einen Abzug in Höhe der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Einkommensteuer;

bb) von der Steuer auf das Vermögen dieser ansässigen Person einen Abzug in Höhe der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer auf das Vermögen.

Diese Abzüge dürfen jedoch in keinem Fall den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

b) Sind Einkünfte oder Vermögen einer in der Kirgisischen Republik ansässigen Person nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der Steuer in der Kirgisischen Republik befreit, kann die Kirgisische Republik gleichwohl die von der Steuer befreiten Einkünfte oder Vermögenswerte bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der ansässigen Person berücksichtigen.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen personenbezogene Steuerbefreiungen, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

bb) если Федеративная Республика Германия после консультаций уведомляет по дипломатическим каналам об иных доходах, к которым она предполагает применять метод налогового зачета согласно подпункту b). Двойное налогообложение в отношении указанных доходов устраняется путем налогового зачета согласно подпункту b) с первого дня календарного года, следующего за календарным годом, в котором было передано уведомление.

2. Применительно к резиденту Кыргызской Республики налоги устанавливаются следующим образом.

a) Если резидент Кыргызской Республики получает доход или владеет имуществом, которые в соответствии с положениями настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, Кыргызская Республика позволит:

aa) вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную подоходному налогу, уплаченному в Федеративной Республике Германия.

bb) вычесть из налога на имущество этого резидента сумму, равную налогу на имущество, выплаченную в Федеративной Республике Германия.

Эти вычеты в любом случае не должны превышать часть налога на доход или на имущество, которая была исчислена в Кыргызской Республике до предоставления вычета, относящегося к доходу или имуществу, который, соответственно, может облагаться налогом в Федеративной Республике Германия.

b) Если согласно любым положениям настоящего Соглашения полученный доход или имущество резидента Кыргызской Республики освобождается от налога в Кыргызской Республике, Кыргызская Республика может, тем не менее, при подсчете суммы налога на остальную часть дохода или имущества этого резидента принять во внимание освобожденный от налога доход или имущество.

Статья 24

Недискриминация

1. Национальные лица Договаривающегося Государства не подвергаются в другом Договаривающемся Государстве иному или более обременительному налогообложению, или связанному с ним обязательству, чем налогообложению или связанным с ним обязательствам, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица этого другого Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства. Несмотря на положения статьи 1 настоящего Соглашения, данное положение применяется также к лицам, не являющимся резидентами ни одного из Договаривающихся Государств.

2. Лица без гражданства, являющиеся резидентами Договаривающегося Государства, не подвергаются ни в каком из Договаривающихся Государств иному или более обременительному налогообложению, или связанному с ним обязательству, чем налогообложению или связанным с ним обязательствам, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица данного Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства.

3. Налогообложение постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, не должно быть менее благоприятным, чем налогообложение предприятий этого другого Государства, осуществляющих подобную деятельность в этом другом Государстве. Это положение не должно истолковываться как обязывающее Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства какие-либо личные льготы, вычеты и скидки для целей налогообложения на основе их гражд-

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander ver-

danского статуса или семейных обязательств, которые оно предоставляет своим собственным резидентам.

4. За исключением случаев, когда применяются положения пункта 1 статьи 9, пункта 7 статьи 11 или пункта 6 статьи 12, проценты, роялти и другие выплаты, производимые предприятием Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, должны для целей определения налогооблагаемой прибыли такого предприятия подлежать вычету на тех же самых условиях, как если бы они выплачивались резиденту первого упомянутого Государства. Аналогично любая задолженность предприятия Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства должна для целей определения налогооблагаемого имущества этого предприятия подлежать вычету на тех же самых условиях, что и задолженность резиденту первого упомянутого Государства.

5. Предприятия Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично принадлежит одному или нескольким резидентам либо прямо или косвенно контролируется одним или несколькими резидентами другого Договаривающегося Государства, не подвергаются в первом упомянутом Государстве иному или более обременительному налогообложению, или связанному с ним обязательству, чем налогообложению или связанным с ним обязательствам, которым подвергаются или могут подвергаться другие подобные предприятия этого первого упомянутого Государства.

6. Несмотря на положения статьи 2 настоящего Соглашения, положения настоящей статьи применяются к налогам любого рода и вида.

Статья 25

Процедура взаимного согласования

1. Если лицо считает, что действия Договаривающегося Государства или обоих из них приводят или приведут к налогообложению по отношению к нему, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, без ущерба для правовых средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, а в случае, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 24 настоящего Соглашения, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действии, приведшем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

2. Если указанный компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии прийти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутое путем согласования урегулирование должно выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранять по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также консультироваться о том, как избежание двойного налогообложения может быть достигнуто в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств могут вступать в прямые контакты друг с другом, включая создание совместной комиссии, членами которой могут

kehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für die Zwecke dieses Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

быть сами компетентные органы или их представители, в целях достижения согласования в понимании предыдущих пунктов настоящей статьи.

Статья 26

Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статьи 1 настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимся Государством информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, принудительным взысканием или уголовным преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

2. Ни в каком случае положения пункта 1 настоящего Соглашения не должны толковаться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- a) проводить для предоставления информации административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) предоставлять информацию, которую нельзя получить по законодательству или в ходе обычной административной практики этого или другого Договаривающегося Государства;
- c) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, предпринимательскую, промышленную или профессиональную тайну либо торговый процесс, или информацию, раскрытие которой противоречило бы государственной политике (общественному порядку).

Статья 27

Сотрудники дипломатических представительств и работники консульских учреждений

1. Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

2. Если доходы или имущество в Государстве пребывания не облагаются налогом в силу налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений, то право налогообложения имеет аккредитующее Государство.

3. Несмотря на положения статьи 4 настоящего Соглашения, физическое лицо, являющееся сотрудником дипломатического представительства или работником консульского учреждения Договаривающегося Государства, расположенного в другом Договаривающемся Государстве или в третьем Государстве, считается резидентом аккредитующего Государства, если оно:

a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht steuerpflichtig ist und

b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie die in diesem Staat ansässigen Personen.

(4) Dieses Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamten und für Personen, die Mitglieder einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines dritten Staates sind und die sich in einem Vertragsstaat aufhalten und in keinem der Vertragsstaaten für die Zwecke der Steuern vom Einkommen oder Vermögen als ansässig gelten.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden:

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens ist das Abkommen vom 24. November 1981 der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik nicht mehr anzuwenden auf die Steuern, für die dieses Abkommen nach Absatz 2 anzuwenden ist.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Als Kündigungsdatum gilt der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

a) согласно международному праву в Государстве пребывания не подлежит налогообложению в отношении доходов из источников за пределами этого Государства или имущества, расположенного за пределами этого Государства, и

b) в аккредитующем Государстве подвергается тем же обязанностям в отношении налогообложения его совокупного дохода или его имущества, как лица, являющиеся резидентами этого Государства.

4. Настоящее Соглашение не применяется ни к международным организациям, их органам или должностным лицам, ни к лицам, которые являются сотрудниками дипломатических представительств или работниками консульских учреждений третьего Государства и пребывают в Договариваемом Государстве, и которые для целей налогообложения доходов и имущества не считаются резидентами ни одного из Договаривающихся Государств.

Статья 28

Вступление в силу

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами состоится в возможно короткие сроки.

2. Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах:

a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу;

b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу.

3. С вступлением настоящего Соглашения в силу Соглашение Союза Советских Социалистических Республик и Федеративной Республики Германии об избежании двойного налогообложения доходов и имущества, подписанное 24 ноября 1981 года, в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Кыргызской Республикой перестает применяться по отношению к налогам, к которым согласно положениям статьи 2 применяется настоящее Соглашение.

Статья 29

Прекращение действия

Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года. Датой денонсации считается день получения другим Договаривающимся Государством такого уведомления. В таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;

b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

Geschehen zu Bischkek am 1. Dezember 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher, kirgisischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des kirgisischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Совершено в г. Бишкеке 1 декабря 2005 года в двух экземплярах, каждый на немецком, кыргызском и русском языках, причем все тексты являются аутентичными. При различном толковании немецкого и кыргызского текстов текст на русском языке будет считаться определяющим.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Franz Eichinger

Für die Kirgisische Republik
За Кыргызскую Республику
A. Shaparow

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Kirgisischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
vom 1. Dezember 2005

Протокол
к соглашению
между Федеративной Республикой Германия
и Кыргызской Республикой
об избежании двойного налогообложения
и предотвращении уклонения от налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество
от 1 декабря 2005 года

Die Bundesrepublik Deutschland und die Kirgisische Republik haben ergänzend zum Abkommen vom 1. Dezember 2005 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

1.

Der Ausdruck „Gebietskörperschaften“ umfasst in der Bundesrepublik Deutschland auch die Länder.

2. Zu den Artikeln 6 bis 22:

- a) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch das Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.
- b) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des dritten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugssteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.
- c) Ungeachtet des Buchstabens a wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach dem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.
- d) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.
- e) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieser Bestimmungen regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Федеративная Республика Германия и Кыргызская Республика в дополнение к Соглашению об избежании двойного налогообложения и предотвращении уклонения от налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество от 1 декабря 2005 года согласовали следующие положения:

1.

Применительно к Федеративной Республике Германия термин «административно-территориальные образования» включает федеральные земли.

2. К статьям 6 – 22

- a) Если в Договаривающемся Государстве налоги с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов, получаемых резидентом другого Договаривающегося Государства, взимаются путем удержания, то право первого упомянутого Государства на производство удержания налога по ставке согласно его национальному законодательству Соглашением не затрагивается. Налог, взимаемый путем удержания, по заявлению налогоплательщика подлежит возврату тогда и постольку, когда и поскольку он в силу Соглашения уменьшается либо отпадает.
- b) Заявления на налоговый возврат подаются до истечения третьего года, следующего за календарным годом, в котором устанавливаются налоги, удерживаемые у источника с дивидендов, процентов, роялти или иных доходов.
- c) Несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, каждое Договаривающееся Государство будет создавать процедуры для того, чтобы выплата доходов, согласно Соглашению не подлежащих налогообложению в государстве-источнике доходов или подлежащих в нем уменьшенному налогообложению, будут осуществляться без удержания налога или с удержанием лишь налога, предусмотренного в соответствующей статье Соглашения.
- d) Договаривающееся Государство, в котором возникли доходы, может потребовать подтверждения компетентного органа о резидентстве в другом Договаривающемся Государстве.
- e) Компетентные органы по взаимному согласию могут урегулировать применение настоящих положений и, по необходимости, устанавливать иные процедуры по реализации налоговых снижений или освобождений, предусмотренных Соглашением.

3. Zu den Artikeln 6 bis 23:

- a) Das Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es
 - aa) einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden;
 - bb) die Bundesrepublik Deutschland, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind.
- b) Führen die Bestimmungen des Buchstabens a zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

4. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine Geschäftstätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist;
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.
- d) Kein Abzug wird für Beträge zugelassen, die von der Betriebsstätte (außer zur Erstattung tatsächlicher Ausgaben) an das Stammhaus oder an eine andere Betriebsstätte dieses Unternehmens gezahlt werden oder der Betriebsstätte vom Stammhaus oder von einer anderen Betriebsstätte dieses Unternehmens in Rechnung gestellt werden in Form von
 - aa) Lizenzgebühren oder ähnlichen Vergütungen für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten,
 - bb) Vergütungen für besondere Dienstleistungen oder Managementleistungen oder

3. К статьям 6 – 23

- a) Соглашение нельзя истолковывать, будто оно препятствует:
 - aa) применению Договаривающимся Государством его национальных правовых актов по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов;
 - bb) налогообложению Федеративной Республикой Германия сумм, которые согласно Четвертой части Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах подлежат включению в доходы резидента Федеративной Республики Германия.
- b) Если положения подпункта а) настоящего пункта ведут к двойному налогообложению, то компетентные органы в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 Соглашения вступают во взаимные консультации о методах избежания такого двойного налогообложения.

4. К статье 7

- a) Если предприятие Договаривающегося Государства продает изделия или товары через постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве или осуществляет в нем коммерческую деятельность, то суммы прибыли данного постоянного учреждения исчисляются не на основе вырученной предприятием при этом совокупной суммы, а лишь на основе той суммы, которая может быть отнесена к фактической продажной или коммерческой деятельности постоянного учреждения.
- b) Если предприятие имеет постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве, то суммы прибыли данного постоянного учреждения, полученные либо в связи с контрактами, в частности, о проектировании, поставке, монтаже или строительстве промышленного, коммерческого или научного оборудования или объекта, либо в связи с государственным заказами, исчисляются не на основе совокупной цены контракта, а лишь на основе той части контракта, которая фактически выполняется постоянным учреждением в том Договаривающемся Государстве, в котором оно расположено. Суммы прибыли от поставки промышленного, коммерческого или научного оборудования постоянному учреждению или суммы прибыли в связи с той частью контракта, которая выполняется в том Договаривающемся Государстве, в котором находится местонахождение головного подразделения предприятия, могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- c) Вознаграждения за технические услуги, включая аналитические разработки или проекты научного, геологического либо технического характера, за контракты о конструкции, включая принадлежащие к ним чертежи, или за деятельность по консультированию или надзору (мониторингу) считаются вознаграждениями, к которым применяются положения статьи 7 или статьи 14 Соглашения.
- d) Не допускается вычет сумм (за исключением сумм возмещения фактических расходов), которые постоянным учреждением выплачиваются головному подразделению или другому постоянному учреждению данного предприятия или которые головным подразделением или другим постоянным учреждением этого предприятия начисляются постоянному учреждению в виде:
 - aa) роялти и подобных вознаграждений за пользование патентами или другими правами,
 - bb) вознаграждений за оказание специальных услуг или услуг по менеджменту либо

- cc) Zinsen für ein der Betriebsstätte gewährtes Darlehen, sofern es sich nicht um Bankunternehmen handelt.

5. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen, nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

6. Zu Artikel 26:

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund des Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnden Stelle verursacht worden ist.

- сс) процентов за кредиты (займы), предоставленные постоянному учреждению, в тех случаях, когда речь не идет о банковских предприятиях.

5. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения статей 10 и 11 Соглашения, дивиденды и проценты, возникшие в Федеративной Республике Германия, могут облагаться налогом в соответствии с законодательством Федеративной Республики Германия, если они:

- a) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли, включая доходы негласного участника, получаемые им от своего долевого участия в качестве негласного участника, доходы от кредитов (займов), наделенных правом на участие в прибыли, а также от облигаций с правом на участие в прибыли в понимании налогового законодательства Федеративной Республики Германия, и
- b) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика сумм дивидендов или процентов.

6. К статье 26

Если в соответствии с национальным законодательством на основании Соглашения передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых актов каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения.

- a) Использование сведений принимающим учреждением допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением.
- b) Принимающее учреждение ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- c) Сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения.
- d) Передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежавшие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.
- e) По заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его сведений, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не является обязательной, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказывать в выдаче справки превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в ее получении. В остальном права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка.
- f) Если кому-либо противоправно причиняется ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по Соглашению, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться на оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждение.

- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
 - h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
 - i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- g) Если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.
 - h) Передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
 - i) Передающее и принимающее учреждения обязаны действительно охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 3. Mai 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 2. Dezember 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Ljubljana am 3. Mai 2006 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 2. Dezember 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Slowenien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Slovenia
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to Taxes on Income and on Capital

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Slowenien –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Gewerbesteuer und
die Vermögensteuer

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Slowenien:

die Steuer auf Gewinne juristischer Personen (Davek od dobička pravnih oseb),

die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen einschließlich der Gehälter und Löhne, der Einkünfte aus land-

The Federal Republic of Germany

and

the Republic of Slovenia,

Desiring to promote their mutual economic relations by removing fiscal obstacles,

Have agreed as follows:

Article 1

Personal Scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes Covered

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of a Land or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

a) in the Federal Republic of Germany:

the income tax (Einkommensteuer),
the corporation tax (Körperschaftsteuer),
the trade tax (Gewerbesteuer), and
the capital tax (Vermögensteuer)
including the supplements levied thereon
(hereinafter referred to as “German tax”);

b) in the Republic of Slovenia:

the tax on profits of legal persons (Davek od dobička pravnih oseb),

the tax on income of individuals, including wages and salaries, income from agricultural activities, income from busi-

wirtschaftlicher Tätigkeit, der Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit, der Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, der Einkünfte aus unbeweglichem und beweglichem Vermögen (Dohodnina), und

die Steuer vom Vermögen (Davek od premoženja)

(im Folgenden als „slowenische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, soweit für die Abkommensanwendung erforderlich, die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Slowenien sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit der betreffende Staat dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ eine natürliche Person oder eine Gesellschaft oder jede andere Personenvereinigung;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in Bezug auf die Republik Slowenien
alle natürlichen Personen, die die slowenische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Slowenien geltenden Recht errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
 - bb) in der Republik Slowenien das Ministerium der Finanzen oder sein bevollmächtigter Vertreter.

ness, capital gains and income from immovable and movable property (Dohodnina), and

the tax on property (Davek od premoženja)

(hereinafter referred to as “Slovenian tax”).

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall – if necessary for the application of the Agreement – notify each other of changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the territory of the Federal Republic of Germany or the Republic of Slovenia, as the context requires, as well as the area of the sea-bed, its subsoil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, wherein the State concerned exercises sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources;
- b) the term “person” means an individual and a company and any other body of persons;
- c) the term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- d) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State or an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- e) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- f) the term “national” means:
 - aa) in respect of the Federal Republic of Germany
any German within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the laws in force in the Federal Republic of Germany;
 - bb) in respect of the Republic of Slovenia
any individual possessing the nationality of the Republic of Slovenia and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the laws in force in the Republic of Slovenia;
- g) the term “competent authority” means:
 - aa) in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its powers;
 - bb) in the case of the Republic of Slovenia the Ministry of Finance or its authorised representative.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die Artikel 6 bis 22 gelten jedoch nur insoweit für die Einkünfte und das Vermögen der Personengesellschaft, als sie in dem Vertragsstaat, in dem die Personengesellschaft als ansässig gilt, der Besteuerung unterliegen.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(2) As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

Resident

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State, a Land and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

(4) A partnership is deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated. However, Articles 6 to 22 apply only to the income or the capital of the partnership that is subject to tax in the Contracting State of which it is deemed to be a resident.

Article 5

Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from Immovable Property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to

das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business Profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs of this Article, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and Air Transport

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene

(3) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated Enterprises

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares or other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident and distributions on certificates of an investment fund or investment trust.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a

Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt Folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Slowenien, die Bank von Slowenien oder die Slowenische Exportgesellschaft gezahlt werden, und Zinsen für ein durch Gewährleistungen der Slowenischen Exportgesellschaft gedecktes Darlehen sowie Zinsen für ein durch Gewährleistungen der Republik Slowenien für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Slowenien stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) gezahlt werden, sowie Zinsen für ein durch Gewährleistungen der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen sind von der slowenischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder

permanent establishment situated therein, or performs in that other State, independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- a) interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Government of the Republic of Slovenia, the Bank of Slovenia or the Slovenian Export Corporation and interest paid in consideration of a loan guaranteed by the Slovenian Export Corporation and interest paid in consideration of a loan guaranteed by the Republic of Slovenia in respect of export or foreign direct investment shall be exempt from German tax;
- b) interest arising in the Republic of Slovenia and paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) and interest paid in consideration of a loan guaranteed by the Federal Republic of Germany in respect of export or foreign direct investment shall be exempt from Slovenian tax.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent estab-

nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung, Übertragung oder Verbreitung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den

lishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematographic films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience. The term “royalties” shall also include payments of any kind for the use or the right to use a person’s name, picture or any other similar personality rights and on payments received as consideration for the recording, broadcasting or distribution of entertainers’ or sportsmen’s performances by radio or television.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the pro-

letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 4 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht eingeschlossen.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

visions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

Capital Gains

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

(5) Where an individual was a resident of a Contracting State for a period of 5 years or more and has become a resident of the other Contracting State, paragraph 4 shall not prevent the first-mentioned State from taxing under its domestic law the capital appreciation of shares in a company resident in the first-mentioned State for the period of residency of that individual in the first-mentioned State. In such case, the appreciation of capital taxed in the first-mentioned State shall not be included in the determination of the subsequent appreciation of capital by the other State.

Article 14

Independent Personal Services

(1) Income derived by an individual who is a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, dentists, lawyers, engineers, architects and accountants.

Article 15

Dependent Personal Services

(1) Subject to the provisions of Articles 16 to 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahrs beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung getragen wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildiensts oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise which operates the ship or aircraft is situated.

Article 16

Directors' Fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and Sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Paragraphs 1 and 2 shall not apply to income accruing from the exercise of activities by artistes or sportsmen in a Contracting State where the visit to that State is supported entirely or mainly from public funds of the other State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or by an organisation which in that other State is recognised as a charitable organisation. In such a case the income may be taxed only in the Contracting State of which the individual is a resident.

Article 18

Pensions, Annuities and Similar Payments

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and similar payments or annuities paid to a resident of a Contracting State from the other Contracting State shall only be taxable in the first-mentioned State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, recurrent or non-recurrent payments made by one of the Contracting States or a political subdivision thereof to a person resident in the other Contracting State as compensation for political persecution or for an injury or damage sustained as a result of war (including restitution payments) or of military or civil alternative service or of a crime, vaccination or a similar event shall be taxable only in the first-mentioned State.

(3) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(4) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieses Absatzes.

Artikel 19 Öffentlicher Dienst

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

- aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates beziehungsweise aus einem von diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 15 bis 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die vom oder für das Goethe-Institut beziehungsweise vom oder für den Deutschen Akademischen Austauschdienst der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden. Werden diese Vergütungen

(3) The term “annuities” means certain amounts payable periodically at stated times, for life or for a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money’s worth.

(4) Maintenance payments, including those for children, made by a resident of one Contracting State to a resident of the other Contracting State shall be exempted from tax in that other State. This shall not apply where such maintenance payments are deductible in the first-mentioned State in computing the taxable income of the payer; tax allowances in mitigation of social burdens are not deemed to be deductions for the purposes of this paragraph.

Article 19 Government Service

(1)

a) Salaries, wages and other similar remunerations, other than a pension, paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to an individual in respect of services rendered to that State, a Land, a political subdivision or a local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.

b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and if the individual is a resident of that State and

- aa) is a national of that State or
- bb) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2)

a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to an individual in respect of services rendered to that State, a Land, a political subdivision or a local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15 to 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State.

(4) The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, Land, political subdivision or local authority, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

(5) The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid by or for the Goethe Institute or the German Academic Exchange Service (“Deutscher Akademischer Austauschdienst”) of the Federal Republic of Germany. Corresponding treatment of the remuneration of other comparable institutions of the Contracting States may be arranged by the competent authorities by mutual agreement. If such remuneration

gen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 15.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

tion is not taxed in the State where the institution was founded, the provisions of Article 15 shall apply.

Article 20

Visiting Professors, Teachers and Students

(1) An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

(2) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21

Other Income

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

Capital

(1) Capital represented by immovable property, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

Avoidance of Double Taxation in the State of Residence

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Republik Slowenien sowie die in der Republik Slowenien gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Slowenien besteuert werden können, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Slowenien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die slowenische Steuer angerechnet, die nach dem Recht der Republik Slowenien und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:
- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - bb) Zinsen;
 - cc) Lizenzgebühren;
 - dd) Einkünfte, die nach Nummer 4 des Protokolls in der Republik Slowenien besteuert werden können;
 - ee) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
 - ff) Einkünfte im Sinne des Artikels 17.
- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Slowenien ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient, und für Einkünfte aus diesem Vermögen (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 2).
- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

- a) Unless foreign tax credit is to be allowed under sub-paragraph b), there shall be exempted from the assessment basis of the German tax any item of income arising in the Republic of Slovenia and any item of capital situated within the Republic of Slovenia which, according to this Agreement, may be taxed in the Republic of Slovenia.

In the case of items of income from dividends the preceding provisions shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the Republic of Slovenia at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company and which were not deducted when determining the profits of the company distributing these dividends.

There shall be exempted from the assessment basis of the taxes on capital any shareholding the dividends of which if paid, would be exempted, according to the foregoing sentences.

- b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German tax on income payable in respect of the following items of income the Slovenian tax paid under the laws of the Republic of Slovenia and in accordance with this Agreement:
- aa) dividends not dealt with in sub-paragraph a);
 - bb) interest;
 - cc) royalties;
 - dd) items of income that may be taxed in the Republic of Slovenia according to number 4 of the Protocol;
 - ee) directors' fees;
 - ff) items of income within the meaning of Article 17.
- c) The provisions of sub-paragraph b) shall apply instead of the provisions of sub-paragraph a) to items of income as defined in Articles 7 and 10 and to the assets from which such income is derived if the resident of the Federal Republic of Germany does not prove that the gross income of the permanent establishment in the business year in which the profit has been realised or of the company resident in the Republic of Slovenia in the business year for which the dividends were paid was derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of nos. 1 to 6 of paragraph 1 of section 8 of the German Law on External Tax Relations (Aussensteuergesetz); the same shall apply to immovable property used by a permanent establishment and to income from such property (paragraph 4 of Article 6) and to profits from the alienation of such immovable property (paragraph 1 of Article 13) and of the movable property forming part of the business property of the permanent establishment (paragraph 2 of Article 13).
- d) The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital, which under the provisions of this Agreement are exempted from German tax.
- e) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph a) double taxation shall be avoided by allowing a tax credit as laid down in sub-paragraph b)
- aa) if in the Contracting States items of income or capital are placed under differing provisions of the Agreement or attributed to different persons (except pursuant to Article 9) and this conflict cannot be settled by a procedure in accordance with paragraph 3 of Article 25 and if as a result of this difference in placement or attribution the relevant income or capital would remain untaxed or be taxed lower than without this conflict or

bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation der Republik Slowenien auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die sie Absatz b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung der notifizierten Einkünfte wird daraufhin durch Steueranrechnung ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde, vermieden.

(2) Bei einer in der Republik Slowenien ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Bezieht eine in der Republik Slowenien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so rechnet die Republik Slowenien
 - aa) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - bb) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch keinesfalls den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf die in der Bundesrepublik Deutschland besteuerten Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt.

- b) Bei Einkünften oder Vermögen einer in der Republik Slowenien ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in der Republik Slowenien auszunehmen sind, kann die Republik Slowenien dessen ungeachtet bei der Festsetzung der Steuer für die übrigen Einkünfte und Vermögenswerte der Person die ausgenommenen Einkünfte oder Vermögenswerte berücksichtigen.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen in anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erst-

bb) if after proper consultation the Federal Republic of Germany notifies the Republic of Slovenia through diplomatic channels of other items of income to which it intends to apply the provisions of sub-paragraph b). Double taxation is then avoided for the notified income by allowing a tax credit from the first day of the calendar year next following that in which the notification was made.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of the Republic of Slovenia as follows:

- a) Where a resident of the Republic of Slovenia derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in the Federal Republic of Germany, the Republic of Slovenia shall allow:
 - aa) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in the Federal Republic of Germany;
 - bb) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in the Federal Republic of Germany.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that portion of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or capital which may be taxed in the Federal Republic of Germany.

- b) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived or capital owned by a resident of the Republic of Slovenia is exempt from tax in the Republic of Slovenia, the Republic of Slovenia may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

Article 24

Non-discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, especially with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they

genannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dem entsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behör-

had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

Mutual Agreement Procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26

Exchange of Information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by the Agreement insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes and only in accordance with the restrictions imposed by the compe-

den dürfen die Informationen nur für diese Zwecke und nur mit den von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vorgeschriebenen Einschränkungen verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen, vorausgesetzt, dass die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats keine Einwendungen erhebt. Die Informationen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats an andere Stellen weitergeleitet werden.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg (an der Quelle) erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugssteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

- (1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es
 - a) einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden;
 - b) die Bundesrepublik Deutschland, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind.

(2) Führt Absatz 1 zu einer Doppelbesteuerung, beraten die zuständigen Behörden gemeinsam nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 29

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer

tent authority of the other Contracting State. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions provided that the competent authority of the other Contracting State raises no objection. They may transmit the information to other agencies only with the prior consent of the competent authority of the other Contracting State.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures for the supply of information at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27

Procedural Rules for Taxation at Source

(1) If in one of the Contracting States the taxes on dividends, interest, royalties or other items of income derived by a person who is a resident of the other Contracting State are levied by withholding at source, the right of the first-mentioned State to apply the withholding of tax at the rate provided under its domestic law shall not be affected by the provisions of this Agreement. The tax withheld at source shall be refunded on application by the taxpayer if and to the extent that it is reduced by this Agreement or ceases to apply.

(2) Refund applications must be submitted by the end of the fourth year following the calendar year in which the withholding tax was applied to the dividends, interest, royalties or other items of income.

(3) The Contracting State in which the items of income arise may ask for a certificate by the competent authority on the residence in the other Contracting State.

(4) The competent authorities may by mutual agreement implement the provisions of this Article and if necessary establish other procedures for the implementation of tax reductions or exemptions provided for under this Agreement.

Article 28

Application of the Agreement in Special Cases

- (1) This Agreement shall not be interpreted to mean that
 - a) a Contracting State is prevented from applying its domestic legal provisions on the prevention of tax evasion or tax avoidance;
 - b) the Federal Republic of Germany is prevented from levying taxes on amounts which are to be included in the items of income of a resident of the Federal Republic of Germany under the Fourth Part of the German Law on External Tax Relations (Aussensteuergesetz).

(2) If the provisions of paragraph 1 result in double taxation, the competent authorities shall consult each other pursuant to paragraph 3 of Article 25 on how to avoid double taxation.

Article 29

Members of Diplomatic Missions and Consular Posts

(1) Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission or a consular post under the

Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder einer ständigen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die in einem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie in diesem Staat ansässige Personen.

(4) Das Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamten sowie für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates und mit ihnen verwandte Personen, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie dort ansässige Personen behandelt werden.

Artikel 30

Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Das am 26. März 1987 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen tritt hinsichtlich der Steuern, die nach Absatz 2 unter das vorliegende Abkommen fallen, für die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Slowenien außer Kraft.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) Insofar as, due to fiscal privileges granted to diplomatic agents or consular officers under the general rules of international law or under the provisions of special international agreements, items of income or capital are not subject to tax in the receiving State, the sending State shall have the right to tax such items of income or capital.

(3) Notwithstanding the provisions of Article 4, an individual who is a member of a diplomatic mission, a consular post or a permanent mission of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of this Agreement to be a resident of the sending State if:

- a) in accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of items of income from sources outside that State, and
- b) he is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his total income or on capital as are residents of that State.

(4) This Agreement shall not apply to international organisations, to organs or officials thereof, and to members of a diplomatic mission or consular post of a third State and persons related to them, being present in a Contracting State but not being treated in either Contracting State for purposes of taxes on income and on capital as residents are treated.

Article 30

Protocol

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 31

Entry into Force

(1) This Agreement shall be ratified, and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Berlin.

(2) This Agreement shall enter into force on the day of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force.

(3) The Agreement between the Federal Republic of Germany and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital signed at Bonn on 26th March 1987 shall cease to have effect between the Federal Republic of Germany and the Republic of Slovenia as regards the taxes to which this Agreement applies in accordance with the provisions of paragraph 2.

Article 32

Termination

This Agreement shall continue in effect for an unlimited period, but either of the Contracting States may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to have effect:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Festsetzung der Frist ist das Datum des Eingangs der Kündigung beim anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Ljubljana am 3. Mai 2006 in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher, slowenischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des slowenischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given.

The date of receipt of such notice by the other Contracting State shall be definitive for the determination of the deadline.

Done at Ljubljana on 3rd day of May 2006 in duplicate, each in the German, Slovenian and English languages, all three texts being authentic. In the case of divergent interpretations of the German and the Slovenian texts the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Hans Jochen Peters
Peer Steinbrück

Für die Republik Slowenien
For the Republic of Slovenia

Andrej Bajuk

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Slowenien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
vom 3. Mai 2006

Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Slovenia
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to Taxes on Income and on Capital
signed on May 3rd 2006

Anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten zusätzlich die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Slovenia for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital the signatories being duly authorised thereto, have in addition agreed on the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement:

1. Zu Artikel 7

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.

2. Zu Artikel 8

Für die Zwecke von Artikel 8 beinhaltet der Begriff „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ auch die Gewinne aus der

- a) gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

1. With reference to Article 7

- a) Where an enterprise of a Contracting State sells goods or merchandise or carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, the profits of that permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount received therefore by the enterprise but only on the basis of the amount which is attributable to the actual activity of the permanent establishment for such sales or business.
- b) In the case of contracts, in particular for the survey, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or premises, or of public works, where the enterprise has a permanent establishment in the other Contracting State, the profits of such permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount of the contract, but only on the basis of that part of the contract which is effectively carried out by the permanent establishment in the Contracting State in which it is situated. Profits derived from the supply of goods to that permanent establishment or profits related to the part of the contract which is carried out in the Contracting State in which the head office of the enterprise is situated shall be taxable only in that State.
- c) Payments received as a consideration for technical services, including studies or surveys of a scientific, geological or technical nature, or for engineering contracts including blue prints related thereto, or for consultancy or supervisory services shall be deemed to be payments to which the provisions of Article 7 or Article 14 of the Agreement apply.

2. With reference to Article 8

For the purposes of Article 8 the terms “profits from the operation of ships or aircraft in international traffic” shall include profits from

- a) the occasional rental of ships or aircraft on a bare-boat basis and
- b) the use or rental of containers (including trailers and ancillary equipment used for transporting the containers),

if these activities pertain to the operation of ships or aircraft in international traffic.

3. Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

4. Zu Artikel 15

Artikel 15 Absatz 2 findet keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

5. Zu Artikel 26

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und die erzielten Ergebnisse.
- b) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Angemessenheit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem geltenden innerstaatlichen Recht bestehenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.
- c) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- d) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- e) Die übermittelten personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- f) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

3. With reference to Articles 10 and 11

Notwithstanding the provisions of Articles 10 and 11 of this Agreement, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State,

- a) if they are derived from rights or debt claims carrying a right to participate in profits (including income derived by a "stiller Gesellschafter" from his participation as such, from a "partiarisches Darlehen" and from "Gewinnobligationen" within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany) and
- b) under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

4. With reference to Article 15

The provisions of paragraph 2 of Article 15 shall not apply to remuneration for employment within the framework of professional hiring out of labour.

5. With reference to Article 26

If in accordance with domestic law personal data are exchanged under this Agreement, the following additional provisions shall apply subject to the legal provisions in effect for each Contracting State:

- a) The recipient shall on request inform the supplying agency about the use of the supplied data and the results achieved.
- b) The supplying agency shall be obliged to ensure that the data to be supplied are accurate and that they are necessary for and commensurate with the purpose for which they are supplied. Any bans on data supply prescribed under applicable domestic law shall be observed. If it emerges that inaccurate data, or data which should not have been supplied, have been supplied, the recipient shall be informed of this without delay. That recipient shall be obliged to correct or delete such data.
- c) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. There shall be no obligation to furnish this information if on balance it turns out that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it. In all other respects, the right of the person concerned to be informed of the existing data relating to him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for the information is made.
- d) The receiving agency shall bear liability in accordance with its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage as a result of supply under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged person, the receiving agency may not plead to its discharge that the damage had been caused by the supplying agency.
- e) The personal data supplied shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were supplied.
- f) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data.
- g) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 6. Februar 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kroatien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 2. Dezember 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 6. Februar 2006 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 2. Dezember 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kroatien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Republike Hrvatske
o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja
porezima na dohodak i na imovinu

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Kroatien –

Savezna Republika Njemačka
i
Republika Hrvatska –

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

želeći sklopiti Ugovor o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja porezima na dohodak i na imovinu –

sind wie folgt übereingekommen:

sporazumjele su se kako slijedi:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Članak 1.

Osobe na koje se primjenjuje Ugovor

Ovaj Ugovor primjenjuje se na osobe koje su rezidenti jedne ili objiju država ugovornica.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Republik Kroatien:
die Gewinnsteuer,
die Einkommensteuer und
der Hebezuschlag auf die Einkommensteuer,
einschließlich sonstiger auf diese Steuern erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „kroatische Steuer“ bezeichnet);

Članak 2.

Porezi na koje se primjenjuje Ugovor

(1) Ovaj se Ugovor primjenjuje na poreze na dohodak i imovinu koji su uvedeni za račun jedne od država ugovornica, jedne od njezinih pokrajina ili jednog od njezinih lokalnih tijela, neovisno o načinu na koji se ubiru.

(2) Porezima na dohodak i na imovinu smatraju se svi porezi koji se ubiru na ukupni dohodak, ukupnu imovinu, ili na dijelove dohotka ili imovine, uključujući i poreze na dobit od otuđenja pokretne ili nepokretne imovine, te poreze na ukupne iznose plaća kao i poreze na porast imovine.

(3) Trenutno postojeći porezi na koje se primjenjuje ovaj Ugovor posebno su:

- a) u Republici Hrvatskoj:
porez na dobit,
porez na dohodak i
prirez porezu na dohodak,
uključujući prireze koji se uvedu na te poreze
(u daljnjem tekstu „hrvatski porez”);

b) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer,
einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3**Allgemeine Begriffsbestimmungen**

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Kroatien. Die Ausdrücke „Bundesrepublik Deutschland“ und „Republik Kroatien“ umfassen das Hoheitsgebiet des betreffenden Vertragsstaats sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, seines Untergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, in dem der betreffende Vertragsstaat in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“:
 - aa) in Bezug auf die Republik Kroatien
alle natürlichen Personen, die die kroatische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Kroatien geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:
 - aa) in der Republik Kroatien der Minister der Finanzen oder sein bevollmächtigter Vertreter;

b) u Saveznoj Republici Njemačkoj:

porez na dohodak,
korporacijski porez,
porez na imovinu i
porez na obavljanje djelatnosti,
uključujući ostale prireze koji se uvedu na te poreze

(u daljnjem tekstu „njemački porez“).

(4) Ovaj se Ugovor primjenjuje i na sve iste ili bitno slične poreze koji budu uvedeni nakon dana potpisivanja ovog Ugovora uz navedene poreze ili umjesto njih. Nadležna tijela država ugovornica priopćavat će jedna drugima sve bitne promjene u svojim poreznim zakonima.

Članak 3.**Opće definicije**

(1) Za potrebe ovog Ugovora, ako iz sadržaja ne proizlazi drukčije:

- a) izrazi „država ugovornica“ i „druga država ugovornica“ označavaju, ovisno o sadržaju, Saveznu Republiku Njemačku ili Republiku Hrvatsku. Izrazi „Savezna Republika Njemačka“ i „Republika Hrvatska“ označavaju državno područje dotične države ugovornice kao i područje mora koje se nastavlja na vanjsku granicu teritorijalnog mora, uključujući morsko dno i podzemlje te vođeni stup koji se nalazi iznad, a na kojima dotična država ugovornica u skladu s međunarodnim pravom i svojim unutarnjim propisima vrši suverena prava i jurisdikciju u svrhu istraživanja, iskorištavanja, održavanja i gospodarenja živim i neživim prirodnim bogatstvima;
- b) izraz „osoba“ označava fizičke osobe i društva;
- c) izraz „društvo“ označava svaku pravnu osobu ili nositelja prava koji se u svrhu oporezivanja smatra pravnom osobom;
- d) izrazi „društvo države ugovornice“ i „društvo druge države ugovornice“ označavaju, ovisno o sadržaju, trgovačko društvo kojim upravlja rezident jedne države ugovornice ili trgovačko društvo kojim upravlja rezident druge države ugovornice;
- e) izraz „međunarodni promet“ označava svaki prijevoz brodom ili zrakoplovom koji je pod upravom društva sa sjedištem stvarne uprave u jednoj od država ugovornica, osim ako se taj prijevoz brodom ili zrakoplovom obavlja isključivo između mjesta u drugoj državi ugovornici;
- f) izraz „državljanin“ označava:
 - aa) u odnosu na Republiku Hrvatsku:
sve fizičke osobe koje imaju hrvatsko državljanstvo kao i sve pravne osobe, društva osoba i druga udruženja osoba koja su osnovana prema važećim zakonima Republike Hrvatske;
 - bb) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:
sve Nijemce u smislu Ustava Savezne Republike Njemačke kao i sve pravne osobe, društva osoba i druga udruženja osoba koja su osnovana prema važećim zakonima Savezne Republike Njemačke;
- g) izraz „nadležno tijelo“ znači:
 - aa) u slučaju Republike Hrvatske ministra financija ili njegova ovlaštenog predstavnika;

- bb) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, auf die es seine Befugnisse delegiert hat.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach dem anderen Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- einen Ort der Leitung,
- eine Zweigniederlassung,
- eine Geschäftsstelle,
- eine Fabrikationsstätte,
- eine Werkstätte und
- ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

- bb) u slučaju Savezne Republike Njemačke Savezno ministarstvo financija ili državno tijelo na koje je Ministarstvo prenijelo svoje ovlasti;

(2) U svrhu primjene ovoga Ugovora od strane država ugovornica, svaki izraz koji u njemu nije definiran imat će, ako sadržaj ne zahtijeva drukčije, značenje koje u tom trenutku ima prema propisima te države za potrebe poreza na koje se ovaj Ugovor primjenjuje, s tim da će značenje prema poreznim propisima koji se primjenjuju u toj državi ugovornici imati prednost u odnosu na značenje koje taj izraz ima prema drugim propisima te države ugovornice.

Članak 4.

Rezident

(1) U ovome Ugovoru izraz „rezident države ugovornice“ označava osobu koja prema zakonima te države u njoj podliježe oporezivanju na temelju svoga prebivališta, boravišta, mjesta uprave ili nekoga drugog obilježja sličnoga značenja te obuhvaća i tu državu, njezine pokrajine i njezina lokalna tijela. Ovaj izraz, međutim, ne obuhvaća osobu koja u toj državi podliježe oporezivanju samo s dohotkom iz izvora u toj državi ili imovinom koja se nalazi u toj državi.

(2) Ako je prema odredbama stavka 1. fizička osoba rezident obiju država ugovornica, tada vrijedi sljedeće:

- osoba se smatra rezidentom one države u kojoj ima prebivalište; a ako ima prebivalište u objema državama, smatrat će se da je rezident one države s kojom ima najuže osobne i gospodarske veze (središte životnih interesa);
- ako se ne može odrediti u kojoj državi ima središte životnih interesa ili ako ni u jednoj državi nema prebivalište, smatrat će se rezidentom one države ugovornice u kojoj ima uobičajeno boravište;
- ako osoba ima uobičajeno boravište u objema državama ili ga nema ni u jednoj od njih, smatrat će se rezidentom one države čiji je državljanin;
- ako je osoba državljanin obiju država ili nije državljanin ni jedne od njih, nadležna tijela država ugovornica riješit će pitanje dogovorno.

(3) Kad je zbog odredaba stavka 1. neko društvo rezident obiju država ugovornica, tada će se smatrati rezidentom one države ugovornice u kojoj se nalazi mjesto njegove stvarne uprave.

(4) Društvo osoba smatra se rezidentom one države ugovornice u kojoj se nalazi njegovo mjesto stvarne uprave.

Članak 5.

Stalna poslovna jedinica

(1) Za svrhe ovoga Ugovora, izraz „stalna poslovna jedinica“ označava stalno mjesto poslovanja preko kojega se poslovanje društva obavlja u cijelosti ili djelomično.

(2) Izraz „stalna poslovna jedinica“ uključuje posebno:

- mjesto uprave,
- podružnicu,
- ured,
- tvornicu,
- radionicu i
- rudnik, naftni ili plinski izvor, kamenolom ili neko drugo mjesto iskorištavanja prirodnih bogatstava.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den vorstehenden Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Građevinski radovi ili montaža smatraju se stalnom poslovnom jedinicom samo ako traju dulje od 12 mjeseci.

(4) Neovisno o prethodnim odredbama ovoga članka, stalnom poslovnom jedinicom ne smatra se:

- a) korištenje objekata isključivo za uskladištenje, izlaganje ili isporuku dobara ili robe koji pripadaju društvu;
- b) održavanje zaliha dobara ili robe koje pripadaju društvu isključivo u svrhu uskladištenja, izlaganja ili isporuke;
- c) održavanje zaliha dobara ili robe koje pripadaju društvu isključivo u svrhu obrade ili prerade koje obavlja drugo društvo;
- d) održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo u svrhu kupnje dobara ili robe ili za prikupljanje podataka za društvo;
- e) održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo u svrhu obavljanja pripremnih ili pomoćnih djelatnosti za društvo;
- f) održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo zbog kombinacije djelatnosti spomenutih u podstavcima od a) do e), pod uvjetom da cjelokupna djelatnost stalnog mjesta poslovanja, koja je posljedica te kombinacije, ima pripremno ili pomoćno značenje.

(5) Neovisno o odredbama stavaka 1. i 2., kad osoba – koja nije zastupnik sa samostalnim statusom, na koju se odnosi stavak 6. – djeluje u ime društva te ima ovlaštenje da u jednoj državi ugovornici zaključuje ugovore u ime toga društva, i to tamo uobičajeno čini, smatra se da to društvo ima stalnu poslovnu jedinicu u toj državi ugovornici u odnosu na sve aktivnosti koje ta osoba poduzima za društvo, osim ako su njezine djelatnosti ograničene na djelatnosti navedene u stavku 4. koje, ako bi se obavljale preko stalnog mjesta poslovanja, ne bi to stalno mjesto poslovanja činile stalnom poslovnom jedinicom prema odredbama navedenog stavka.

(6) Ne smatra se da društvo ima stalnu poslovnu jedinicu u jednoj državi ugovornici samo zato što svoje poslovanje u toj državi obavlja preko posrednika, generalnog komisionara ili drugog predstavnika sa samostalnim statusom ako te osobe rade u okviru svoje redovite poslovne djelatnosti.

(7) Činjenica da društvo koje je rezident države ugovornice kontrolira ili je u većinskom vlasništvu društva koje je rezident druge države ugovornice, ili koje obavlja svoju djelatnost u toj drugoj državi (preko stalne poslovne jedinice ili na drugi način), sama po sebi ne znači da se jedno društvo smatra stalnom poslovnom jedinicom drugoga društva.

Članak 6.

Dohodak od nekretnina

(1) Dohodak koji rezident jedne države ugovornice ostvari od nekretnina (uključujući dohodak od poljoprivrede ili šumarstva), koje se nalaze u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u drugoj državi ugovornici.

(2) Izraz „nekretnina“ ima značenje prema propisima države ugovornice u kojoj se predmetna imovina nalazi. Taj izraz u svakom slučaju uključuje imovinu koja pripada uz nekretninu, stoku i opremu koje se koriste u poljoprivredi i šumarstvu, prava na koja se primjenjuju odredbe propisa privatnog prava o zemljištu, pravo plodouživanja nekretnine, te prava na isplate promjenjivih ili fiksnih naknada za iskorištavanje ili pravo na iskorištavanje rudnih nalazišta, izvora i drugih prirodnih bogatstava; brodovi i zrakoplovi ne smatraju se nekretninama.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Für Zwecke dieses Artikels beinhalten die Begriffe „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ und „Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen“, auch die Gewinne aus der

(3) Odredbe stavka 1. primjenjuju se na dohodak koji se ostvaruje od izravnog korištenja, davanja u zakup ili najam te od svakog drugog oblika korištenja nekretnine.

(4) Odredbe stavaka 1. i 3. primjenjuju se i na dohodak od nekretnina društva i na dohodak od nekretnina koje se koriste za obavljanje samostalne djelatnosti.

Članak 7.

Dobit od poslovanja

(1) Dobit od poslovanja društva jedne države ugovornice oporezuje se samo u toj državi, osim ako društvo posluje u drugoj državi ugovornici preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi. Ako društvo posluje na taj način, dobit društva može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici, ali samo onaj iznos dobiti koji se može pripisati toj stalnoj poslovnoj jedinici.

(2) U skladu s odredbama stavka 3. ovoga članka, ako društvo države ugovornice posluje u drugoj državi ugovornici preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi, u svakoj se državi ugovornici smatra da stalna poslovna jedinica svojom djelatnošću ostvaruje dobit koju bi mogla ostvariti kad bi bila zasebno i nezavisno društvo koje se bavi istim ili sličnim poslovanjem pod istim ili sličnim uvjetima te kad bi poslovala potpuno samostalno s društvom čija je stalna poslovna jedinica.

(3) Pri utvrđivanju dobiti stalne poslovne jedinice, kao odbici se priznaju troškovi nastali za potrebe stalne poslovne jedinice, uključujući upravne i opće administrativne troškove, bilo da su nastali u državi u kojoj se nalazi stalna poslovna jedinica ili drugdje.

(4) Ako je u državi ugovornici uobičajeno utvrđivati dobit stalne poslovne jedinice na temelju raspodjele ukupne dobiti društva na njezine različite dijelove, stavak 2. ne sprječava tu državu ugovornicu da uobičajenom raspodjelom odredi oporezivu dobit. Odabran način raspodjele dobiti mora biti takav da rezultat bude u skladu s načelima sadržanima u ovom članku.

(5) Neće se smatrati da stalna poslovna jedinica ostvaruje dobit samo zbog toga što kupuje dobra ili robu za društvo.

(6) U primjeni prethodnih odredaba ovoga članka, dobit stalne poslovne jedinice određuje se na isti način svake godine, osim ako postoji opravdan i dovoljan razlog da se postupi drukčije.

(7) Ako dobit uključuje i dijelove dohotka koji su na poseban način uređeni u drugim člancima ovoga Ugovora, odredbe ovoga članka ne utječu na odredbe tih članaka.

Članak 8.

Pomorski, riječni i zračni promet

(1) Dobit od korištenja pomorskih brodova ili zrakoplova u međunarodnom prometu oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj je sjedište stvarne uprave društva.

(2) Dobit od korištenja riječnih brodova na unutarnjim plovim putevima oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj je sjedište stvarne uprave društva.

(3) Za potrebe ovoga članka, izrazi „dobit od korištenja pomorskih brodova i zrakoplova u međunarodnom prometu“ i „dobit od korištenja riječnih brodova na unutarnjim plovim putevima“ sadrže i dobit ostvarenu od

- a) gelegentlichen Vercharterung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen oder Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und
- b) Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailer und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dient),

wenn diese Tätigkeiten in Ergänzung zu dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr oder von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, erfolgen.

(4) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(5) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

- (1) Wenn
- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

a) povremenog davanja u zakup praznih pomorskih brodova, zrakoplova ili riječnih brodova na unutarnjim plovim putovima, te

b) korištenja ili davanja u zakup kontejnera (uključujući prikolice i odgovarajuću opremu koja služi za prijevoz kontejnera),

ako se te djelatnosti obavljaju uz korištenje pomorskih brodova ili zrakoplova u međunarodnom prometu ili riječnih brodova na unutarnjim plovim putevima.

(4) Ako je sjedište stvarne uprave društva koje se bavi međunarodnim pomorskim prometom ili društva koje se bavi prometom na unutarnjim plovim putevima na pomorskom ili riječnom brodu, smatra se da se nalazi u državi ugovornici u kojoj je matična luka pomorskog ili riječnog broda ili ako nema matične luke, u državi ugovornici, čiji je rezident korisnik pomorskog ili riječnog broda.

(5) Odredba stavka 1. primjenjuje se i na dobit od udjela u nekom poslu (pool), zajedničkom poslovanju ili u međunarodnoj poslovnoj agenciji.

Članak 9.

Povezana društva

- (1) Ako:
- a) društvo države ugovornice sudjeluje izravno ili neizravno u upravi, kontroli ili kapitalu društva druge države ugovornice, ili
- b) iste osobe sudjeluju izravno ili neizravno u upravi, kontroli ili kapitalu društva države ugovornice i društva druge države ugovornice,

i ako su u tim slučajevima između ta dva društva u njihovim trgovačkim ili financijskim odnosima utvrđeni ili određeni uvjeti različiti od onih koji bi bili određeni između samostalnih društava, dobit koja bi se ostvarila kad takvi uvjeti ne bi postojali, a zbog tih uvjeta nije ostvarena, može se pripisati dobiti tog društva i prema tome oporezivati.

(2) Ako država ugovornica u dobit društva te države uključi – i prema tome oporezuje – dobit na koju je društvo druge države ugovornice već bilo oporezivano u toj drugoj državi, a takva dobit je ona koju bi prvo društvo ostvarilo da su uvjeti dogovoreni između ta dva društva bili jednaki onima koje bi međusobno dogovorila samostalna društva, tada će ta druga država na odgovarajući način prilagoditi iznos poreza koji je u njoj utvrđen na tu dobit. Pri toj prilagodbi trebaju se uzeti u obzir druge odredbe ovoga Ugovora, a ako je potrebno, nadležna tijela država ugovornica međusobno će se savjetovati.

Članak 10.

Dividende

(1) Dividende koje društvo rezident države ugovornice plaća rezidentu druge države ugovornice mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takve dividende mogu se oporezivati i u državi ugovornici čiji je rezident društvo koje plaća dividende, i to prema zakonima te države, ali ako je stvarni korisnik dividendi rezident druge države ugovornice, tada porez ne smije biti veći od:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genuss-scheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden,

a) 5% od bruto-iznosa dividendi ako je stvarni korisnik društvo (ali ne društvo osoba) koje izravno posjeduje najmanje 10% kapitala društva koje isplaćuje dividende;

b) 15% od bruto-iznosa dividendi u svim ostalim slučajevima.

Odredbe ovoga stavka ne utječu na oporezivanje dobiti društva iz koje se isplaćuju dividende.

(3) Izraz „dividenda“ upotrijebljen u ovome članku označava dohodak od dionica ili „jouissance“ dionica ili „jouissance“ prava, rudarskih dionica, osnivačkih udjela ili druge vrste dohotka koji podliježe istom poreznom postupku kao i dohodak od dionica te isplata na temelju isprava o udjelu u investicijskoj imovini prema zakonima države čiji je rezident društvo koje obavlja raspodjelu.

(4) Odredbe stavaka 1. i 2. ovog članka ne primjenjuju se ako stvarni korisnik dividendi, koji je rezident države ugovornice, posluje u drugoj državi ugovornici čiji je rezident društvo koje isplaćuje dividende preko stalne poslovne jedinice koja se nalazi u toj državi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta, a udio na osnovi kojega se dividende isplaćuju stvarno je povezan sa stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

(5) Ako društvo koje je rezident jedne države ugovornice ostvaruje dobit ili dohodak iz druge države ugovornice, ta druga država ne smije oporezivati dividende koje isplaćuje to društvo, osim ako su te dividende isplaćene rezidentu te druge države ili ako je udio zbog kojega se dividende isplaćuju stvarno povezan sa stalnom poslovnom jedinicom ili sa stalnim sjedištem u toj drugoj državi, niti može oporezivati neraspodijeljenu dobit društva, pa čak ni onda ako se isplaćene dividende ili neraspodijeljena dobit u cijelosti ili djelomično sastoje od dobiti ili dohotka nastalog u toj drugoj državi.

Članak 11.

Kamate

(1) Kamate nastale u državi ugovornici, a isplaćene rezidentu druge države ugovornice, mogu se oporezivati samo u toj drugoj državi ugovornici, ako je ta osoba stvarni korisnik.

(2) Izraz „kamate“ za potrebe ovoga članka označava prihod od potraživanja bilo koje vrste, čak i kada su potraživanja osigurana založnim pravom na zemljištu, a posebice prihode od državnih vrijednosnica, obveznica ili zadužnica, uključujući s time povezane premije i nagrade u svezi s lutrijskim obveznicama. Zatezne kamate zbog zakašnjela plaćanja ne smatraju se kamata u smislu ovoga članka.

(3) Odredbe stavka 1. ovoga članka ne primjenjuju se ako stvarni korisnik prava, koji je rezident jedne države ugovornice, u drugoj državi ugovornici, u kojoj su te kamate nastale, posluje preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta, a potraživanje na koje se plaćaju kamate stvarno je povezano s takvom stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

(4) Smatra se da kamate nastaju u državi ugovornici kad je isplatiatelj ta država, njezina pokrajina, lokalno tijelo ili rezident te države. Međutim, ako isplatiatelj kamata, bez obzira na to je li rezident države ugovornice ili nije, u državi ugovornici ima stalnu poslovnu jedinicu ili stalno sjedište u vezi s kojima je nastalo dugovanje na koje se kamate plaćaju, a takve kamate snosi stalna poslovna jedinica ili stalno sjedište, tada se smatra da kama-

für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich Filme, Tonbänder oder anderer Träger für Rundfunk- oder Fernsehübertragungen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

te nastaju u državi u kojoj se nalazi poslovna jedinica ili stalno sjedište.

(5) Ako je zbog posebnog odnosa između isplatitelja i stvarnog korisnika kamate, ili između svakog od njih i neke treće osobe, iznos kamata, uzimajući u obzir potraživanja na koja se kamate plaćaju, veći od iznosa koji bi bio ugovoren između isplatitelja i stvarnog korisnika kamate da nema takva odnosa, odredbe ovoga članka primjenjuju se samo na zadnje spomenuti iznos. U tom se slučaju više plaćeni iznos oporezuje prema zakonima svake države ugovornice, uzimajući u obzir druge odredbe ovoga Ugovora.

Članak 12.

Autorske naknade

(1) Autorske naknade nastale u državi ugovornici i isplaćene rezidentu druge države ugovornice mogu se oporezivati samo u drugoj državi, ako je ta osoba stvarni korisnik.

(2) Izraz „autorske naknade“ za potrebe ovoga članka označava sve naknade koje se plaćaju za korištenje ili za pravo korištenja bilo kojega autorskog prava na književno, umjetničko ili znanstveno djelo, uključujući i filmove, vrpce ili druga sredstva za emitiranje na radiju ili televiziji, svakog patenta, zaštitnog znaka, uzorka ili modela, plana, tajnih formula ili postupaka, ili za obavijesti koje se odnose na industrijsko, trgovačko ili znanstveno iskustvo.

(3) Odredbe stavka 1. ovoga članka ne primjenjuju se ako stvarni korisnik prava, koji je rezident države ugovornice, posluje u drugoj državi ugovornici, u kojoj su nastale autorske naknade, preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta koje se u njoj nalazi, a prava ili imovina zbog kojih su plaćene autorske naknade stvarno su povezana s takvom stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

(4) Smatra se da autorske naknade nastaju u državi ugovornici kad je isplatitelj sama ta država, njezina pokrajina, lokalno tijelo ili rezident te države ugovornice. Međutim, ako osoba koja plaća autorske naknade, bilo da je rezident države ugovornice ili nije, u državi ugovornici ima stalnu poslovnu jedinicu ili stalno sjedište u svezi s kojim je nastala obveza isplate autorske naknade, a takve naknade snosi ta stalna poslovna jedinica ili stalno sjedište, tada se smatra da takve naknade nastaju u državi ugovornici u kojoj se nalazi stalna poslovna jedinica ili stalno sjedište.

(5) Ako je zbog posebnog odnosa između isplatitelja i stvarnog korisnika autorske naknade, ili između svakog od njih i neke treće osobe, iznos autorskih naknada, uzimajući u obzir iznos koji je za njih plaćen, veći od iznosa koji bi bio ugovoren između isplatitelja i stvarnog korisnika autorske naknade da nema takva odnosa, odredbe ovoga članka primjenjuju se samo na zadnji iznos. U tom se slučaju više plaćeni iznos oporeziv prema propisima svake države ugovornice, uzimajući u obzir druge odredbe ovoga Ugovora.

Članak 13.

Dobit od otuđenja imovine

(1) Dobit koju rezident države ugovornice ostvari od otuđenja nekretnina u smislu članka 6., a koje se nalaze u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen unmittelbar oder mittelbar überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(2) Dobit od otuđenja dionica i ostalih udjela u društvu, čija se aktivna imovina izravno ili neizravno sastoji uglavnom od nekretnina koje se nalaze u državi ugovornici, može se oporezivati u toj državi ugovornici.

(3) Dobit od otuđenja pokretne imovine koja čini dio poslovne imovine stalne poslovne jedinice koju društvo države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici, ili pokretne imovine koja pripada stalnom sjedištu rezidenta države ugovornice u drugoj državi ugovornici za svrhe obavljanja samostalne djelatnosti, uključujući dobit od otuđenja takve stalne poslovne jedinice (same ili zajedno s cijelim društvom) ili takva stalnog sjedišta, može se oporezivati u toj drugoj državi.

(4) Dobit od otuđenja pomorskih brodova ili zrakoplova koji se koriste u međunarodnom prometu ili riječnih brodova koji se koriste u prometu na unutarnjim plovim putevima ili od pokretne imovine koja služi za korištenje pomorskih ili riječnih brodova ili zrakoplova oporezuje se samo u onoj državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave društva.

(5) Dobit od otuđenja imovine na koju se ne odnose stavci od 1. do 4. oporezuje se amo u državi ugovornici u kojoj je otuđitelj rezident.

Članak 14.

Samostalna djelatnost

(1) Dohodak koji ostvari fizička osoba koja je rezident države ugovornice od profesionalnih djelatnosti ili drugih sličnih samostalnih djelatnosti oporezuje se samo u toj državi, osim ako u drugoj državi ugovornici ima stalno sjedište koje mu redovito stoji na raspolaganju za obavljanje njegovih djelatnosti. U tom se slučaju u toj drugoj državi može oporezivati samo onaj dio dohotka koji se može pripisati tom stalnom sjedištu.

(2) Izraz „profesionalne djelatnosti“ uključuje posebno samostalne znanstvene, književne, umjetničke, obrazovne ili nastavne djelatnosti te samostalne djelatnosti liječnika, zubara, odvjetnika, inženjera, arhitekata i knjigovođa.

Članak 15.

Nesamostalni rad

(1) U skladu s odredbama članaka od 16. do 19., plaće i slična primanja koje rezident države ugovornice ostvaruje od nesamostalnog rada oporezuju se samo u toj državi, osim kada se radi o nesamostalnom radu u drugoj državi ugovornici. Ako se radi o takvom nesamostalnom radu, primanje koje se od toga ostvaruje može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici.

(2) Neovisno o odredbama stavka 1., primanje koje rezident države ugovornice ostvaruje od nesamostalnog rada u drugoj državi ugovornici, oporezuje se samo u prvoimenutoj državi:

- a) ako primatelj u drugoj državi ne boravi duže od ukupno 183 dana u razdoblju od 12 mjeseci koje počinje ili završava za vrijeme dotične porezne godine, i
- b) ako primanja isplati poslodavac koji nije rezident druge države ugovornice ili se ona isplate u njegovo ime, i
- c) ako primanje ne tereti stalnu poslovnu jedinicu ili stalno sjedište koje poslodavac ima u toj drugoj državi.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes im Binnenverkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

(5) Beiträge, die für eine in einem Vertragsstaat unselbständig tätige Person im anderen Vertragsstaat gemäß den dort geltenden Vorschriften zur gesetzlichen Sozialversicherung geleistet werden, sind in dem erstgenannten Staat bei der Ermittlung des von der Person zu versteuernden Einkommens in der gleichen Weise, unter den gleichen Bedingungen und in demselben Umfang zu behandeln wie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, die nach den Rechtsvorschriften des erstgenannten Vertragsstaats geleistet und steuerlich anerkannt werden, vorausgesetzt, dass

- a) die Person unmittelbar vor Aufnahme ihrer Tätigkeit nicht in diesem Staat ansässig war und bereits Beiträge an die Sozialversicherung im anderen Staat für diese Person entrichtet worden sind, und
- b) die zuständigen Behörden des erstgenannten Staates festgestellt haben, dass die Einrichtungen, an die die Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, allgemein denjenigen Einrichtungen entsprechen, die in diesem Staat als solche für steuerliche Zwecke anerkannt sind.

Für die Zwecke dieses Absatzes bedeutet der Ausdruck „gesetzliche Sozialversicherung“:

- aa) für die Republik Kroatien: Krankenversicherung, Renten- und Arbeitslosenversicherung, die an die gesetzlich bestimmten Sozialversicherungsanstalten geleistet werden;
- bb) für die Bundesrepublik Deutschland: Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung, die an die gesetzlich bestimmten Sozialversicherungsanstalten geleistet werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte im Sinne des Absatzes 1 nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Kassen des anderen Staates oder einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von

(3) Odredbe stavka 2. ovoga članka ne primjenjuju se na primanja u okviru ustupanja zaposlenika.

(4) Neovisno o prethodnim odredbama ovoga članka, primanja ostvarena od nesamostalnog rada na pomorskom brodu ili zrakoplovu koji se koriste u međunarodnom prometu ili na riječnom brodu u prometu na unutarnjim plovim putevima mogu se oporezivati u državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave društva pod čijom upravom se brod ili zrakoplov nalazi.

(5) Doprinosi koji se za osobu koja u državi ugovornici obavlja nesamostalan rad plaćaju za obvezno socijalno osiguranje drugoj državi ugovornici u skladu s njezinim pravnim propisima, u prvpomenutoj će se državi, pri utvrđivanju oporeziva dohotka te osobe, tretirati na isti način, pod istim uvjetima i u istom opsegu kao i doprinosi za obvezno socijalno osiguranje koji se plaćaju i porezno priznaju prema pravnim propisima prvpomenute države ugovornice pod uvjetima:

- a) da osoba neposredno prije početka obavljanja svoje djelatnosti nije bila rezident te države te da su za tu osobu u drugoj državi već plaćeni doprinosi za obvezno socijalno osiguranje, i
- b) da su nadležna tijela prvpomenute države utvrdila da ustanove kojima se plaćaju doprinosi za obvezno socijalno osiguranje općenito odgovaraju ustanovama koje su u toj državi porezno priznate kao takve.

Za potrebe ovog stavka, izraz "obvezno socijalno osiguranje" označava:

- aa) za Saveznu Republiku Njemačku: zdravstveno osiguranje, mirovinsko osiguranje, osiguranje za tuđu pomoć i njegu te osiguranje za slučaj nezaposlenosti, koji se plaćaju zakonom utvrđenim ustanovama socijalnog osiguranja;
- bb) za Republiku Hrvatsku: zdravstveno osiguranje, mirovinsko osiguranje i osiguranje za slučaj nezaposlenosti, koji se plaćaju zakonom utvrđenim ustanovama socijalnog osiguranja.

Članak 16.

Naknade članova nadzornih i upravnih odbora

Naknade članova nadzornih i upravnih odbora te druga slična plaćanja koja ostvari rezident države ugovornice u svojstvu člana nadzornog ili upravnog odbora društva koje je rezident druge države ugovornice mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

Članak 17.

Umjetnici i športaši

(1) Neovisno o odredbama članaka 7., 14. i 15., dohodak koji od svoje samostalne djelatnosti u drugoj državi ugovornici ostvari rezident države ugovornice kao umjetnik, primjerice kao kazališni, filmski, radijski i televizijski umjetnik te glazbenik, ili kao športaš, može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici.

(2) Ako dohodak u smislu stavka 1. ne pripadne samom umjetniku ili športašu, već nekoj drugoj osobi, taj se dohodak neovisno o odredbama članaka 7., 14. i 15. može oporezivati u državi ugovornici u kojoj umjetnik ili športaš obavlja svoju djelatnost.

(3) Odredbe stavaka 1. i 2. ne odnose se na dohodak od samostalne djelatnosti koju su umjetnici ili športaši obavili u državi ugovornici ako je boravak u toj državi u cijelosti ili pretežitito financiran iz državnih sredstava druge države, njezine pokrajine, lokalnih tijela, ili od ustanove za koju se u drugoj državi

einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten im Sinne von Absatz 4 aus dem anderen Vertragsstaat, so können diese Bezüge vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildiensts oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

smatra da je od opće koristi. U tom se slučaju prihodi mogu oporezivati samo u onoj državi ugovornici čija je ta osoba rezident.

Članak 18.

Mirovine, rente i slična primanja

(1) Prema odredbama članka 19. stavak 2., mirovine i druga slična primanja ili rente u smislu stavka 4., koja se rezidentu države ugovornice isplaćuju iz druge države ugovornice, oporezuju se samo u prvoispomenutoj državi.

(2) Primanja koja rezident jedne države ugovornice dobiva od zakonskog socijalnog osiguranja druge države ugovornice mogu se, neovisno o stavku 1., oporezivati samo u toj drugoj državi.

(3) Višekratne i jednokratne naknade koje država ugovornica ili lokalno tijelo isplaćuje rezidentu druge države ugovornice kao naknadu za politički progon ili za nepravdu ili štete uslijed ratnih djelovanja (uključujući i reparacijske naknade), ili na temelju vojne ili civilne službe ili zlodjela, cijepjenja ili sličnih događaja mogu se, neovisno o stavku 1., oporezivati samo u prvoispomenutoj državi.

(4) Izraz „renta“ znači određeni iznos koji se treba isplaćivati redovito u točno određeno vrijeme, i to doživotno ili tijekom određenog ili ustanovljenog vremenskog razdoblja, na temelju obveze kojom su ta isplaćivanja predviđena kao zamjena za odgovarajuću naknadu u novcu ili novčanoj vrijednosti.

Članak 19.

Državna služba

(1)

a) Plaće i slična primanja, osim mirovina, koje država ugovornica, njezina pokrajina ili lokalno tijelo isplaćuje fizičkoj osobi za rad u državnoj službi te države ugovornice, njezine pokrajine ili lokalnog tijela mogu se oporezivati samo u toj državi ugovornici.

b) Takve se plaće i slična primanja, međutim, mogu oporezivati samo u drugoj državi ugovornici ako se ta služba obavlja u toj državi i ako je fizička osoba rezident te države, te ako

aa) je državljanin te države ili

bb) nije postala rezidentom te države samo radi obavljanja te službe.

(2)

a) Mirovine koje fizičkoj osobi isplaćuje država ugovornica, pokrajina ili lokalno tijelo ili koje se isplaćuju iz posebne mirovine osnovane od te države, pokrajine ili lokalnih tijela, za rad u državnoj službi te države, pokrajine ili lokalnog tijela, mogu se oporezivati samo u toj državi.

b) Te se mirovine, međutim, mogu oporezivati samo u drugoj državi ugovornici ako je fizička osoba rezident i državljanin te druge države ugovornice.

(3) Odredbe članaka 15., 16., 17. ili 18. primjenjuju se na plaće i slična primanja te mirovine koje se odnose na službu u svezi s djelatnošću države ugovornice, njezine pokrajine ili lokalnog tijela.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind auch für Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen anzuwenden, die an natürliche Personen für Dienste gezahlt werden, die dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und anderen ähnlichen von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im gegenseitigen Einvernehmen zu bestimmenden Einrichtungen geleistet werden. Unterliegen diese Zahlungen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nicht der Besteuerung, so gilt Artikel 15.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung

(4) Stavak 1. ovoga članka primjenjuje se na odgovarajući način za naknade koje se u okviru programa gospodarske suradnje države ugovornice, njezine pokrajine ili lokalnih tijela isplaćuju stručnjacima ili dobrovoljcima koji su u drugu državu ugovornicu poslani uz njezinu suglasnost, i to iz sredstava koja je isključivo osigurala ta država, njezina pokrajina ili lokalno tijelo.

(5) Odredbe stavaka 1. i 2. primjenjuju se i na plaće i slična primanja koja se isplaćuju fizičkim osobama za njihov rad u Goethe institut, Njemačkoj akademskoj službi za razmjenu (Deutscher Akademischer Austauschdienst – DAAD) i drugim sličnim ustanovama koje će nadležna tijela država ugovornica utvrditi zajedničkim dogovorom. Ako ta primanja ne podliježu oporezivanju u državi ugovornici iz koje potječu, primjenjuje se članak 15.

Članak 20.

Gostujući profesori, nastavnici i studenti

(1) Fizička osoba koja na poziv države ugovornice ili sveučilišta, visokog učilišta, škole, muzeja ili neke druge kulturne ustanove te države ugovornice, ili u okviru službene kulturne razmjene, u toj državi ugovornici boravi najviše dvije godine isključivo sa svrhom podučavanja, održavanja predavanja ili istraživanja u toj ustanovi i rezident je druge države ugovornice ili je neposredno prije dolaska u prvo spomenutu državu bila rezident te države, u prvo spomenutoj državi je izuzeta od oporezivanja primitaka koje ostvari takvom djelatnošću, pod uvjetom da te naknade ne dobiva iz te države.

(2) Primici koje ostvari student, vježbenik ili naučnik za potrebe svoga studija ili obrazovanja, a koji jest ili je neposredno prije posjeta državi ugovornici bio rezident druge države ugovornice i koji se nalazi u prvo spomenutoj državi isključivo zbog svoga studija ili obrazovanja, ne oporezuju se u toj državi, uz uvjet da ti primici proizlaze iz izvora izvan te države.

Članak 21.

Ostali dohodak

(1) Dohodak rezidenta države ugovornice, koji nije naveden u prethodnim člancima ovoga Ugovora, oporezuje se samo u toj državi, bez obzira na to gdje je nastao.

(2) Odredbe stavka 1. ne primjenjuju se na dohodak, osim na dohodak od nekretnina definiran u članku 6. stavak 2., ako primatelj takvoga dohotka, koji je rezident države ugovornice, posluje u drugoj državi ugovornici preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta koje se u njoj nalazi, a pravo ili imovina zbog kojih se prihod isplaćuje su stvarno povezani s tom stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

Članak 22.

Imovina

(1) Imovina koju čini nepokretna imovina u smislu članka 6. stavka 2. koju posjeduje rezident države ugovornice, a koja se nalazi u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u drugoj državi ugovornici.

(2) Imovina koju čini pokretna imovina koja je dio poslovne imovine stalne poslovne jedinice, koju društvo države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici, ili pokretna imovina stalnog

gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe oder Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Republik Kroatien sowie die in der Republik Kroatien gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Kroatien besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen. Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Kroatien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die kroatische Steuer angerechnet, die nach kroatischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:
- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - bb) Zinsen;
 - cc) Lizenzgebühren;
 - dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Kroatien besteuert werden können;
 - ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 3 in der Republik Kroatien besteuert werden können;
 - ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen im Sinne des Artikels 16;
 - gg) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.
- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Kroatien ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden Tätigkeiten bezieht: Herstellung, Bearbeitung, Verarbeitung oder Verkauf von Gütern und Waren, Aufsuchen oder Gewinnung von Bodenschätzen, technische Beratung oder technische Dienstleis-

sjedišta koje je na raspolaganju rezidentu države ugovornice u drugoj državi ugovornici u svrhu obavljanja samostalne djelatnosti, može se oporezivati u toj drugoj državi.

(3) Imovina koju čine pomorski brodovi ili zrakoplovi u međunarodnom prometu i riječni brodovi koji se koriste u prometu na unutrašnjim vodama, te pokretna imovina vezana uz korištenje tih brodova ili zrakoplova, oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave društva.

(4) Svi ostali dijelovi imovine rezidenta države ugovornice oporezuju se samo u toj državi.

Članak 23.

Izbjegavanje dvostrukog oporezivanja u državi prebivališta

(1) Kod rezidenta Savezne Republike Njemačke porez će se utvrđivati kako slijedi:

- a) Iz porezne osnovice njemačkog poreza izuzet će se prihodi iz Republike Hrvatske kao i imovina koja se nalazi u Republici Hrvatskoj, koji se u skladu s ovim Ugovorom mogu oporezovati u Republici Hrvatskoj, a ne potpadaju pod točku b). Za prihode od dividenda prethodno navedene odredbe važe samo onda, ako se te dividende društvu (ali ne društvu osoba) rezidentu Savezne Republike Njemačke isplaćuju od društva rezidenta Republike Hrvatske, od čijeg je kapitala barem 10% neposredno u vlasništvu njemačkog društva i ako te dividende nisu odbijene kod utvrđivanja dobiti društva koje ih isplaćuje.

Za porez na imovinu od porezne se osnovice njemačkog poreza također izuzimaju udjeli, čije bi se isplate, kada bi se iste provodile prema prethodno navedenim rečenicama također morale izuzeti od porezne osnovice.

- b) Na njemački se porez na dohodak, uzimajući pritom u obzir propise njemačkih poreznih propisa o uračunavanju inozemnih poreza, za sljedeće prihode uračunava hrvatski porez koji je za te prihode plaćen prema hrvatskim zakonima i u skladu s ovim Ugovorom:

- aa) dividende koje nisu navedene u točki a);
- bb) kamate;
- cc) autorske naknade;
- dd) prihodi koji se prema članku 13. stavak 2. mogu oporezivati u Republici Hrvatskoj;
- ee) prihodi koji se prema članku 15. stavak 3. mogu oporezivati u Republici Hrvatskoj;
- ff) naknade članova nadzornih i upravnih odbora u smislu članka 16.;
- gg) prihodi umjetnika i sportaša.

- c) Na prihode u smislu članaka 7. i 10. i imovinu na kojima se ti prihodi temelje primjenjuju se, umjesto točke a), odredbe točke b), ako rezident Savezne Republike Njemačke ne dokaže da je stalna poslovna jedinica u onoj gospodarstvenoj godini u kojoj je ostvarila dobit ili društvo – rezident Republike Hrvatske u poslovnoj godini za koju je obavljena isplata, svoje bruto prihode ostvarila isključivo ili gotovo isključivo na temelju sljedećih djelatnosti: proizvodnja, obrada, prerada ili prodaja dobara ili roba, pronalaženje ili iskorištavanje ruda, tehničko savjetovanje ili tehničke usluge, ili poslovi banaka ili osiguranja. Isto vrijedi i za nekretnine koje služe stalnoj poslovnoj jedinici (članak 6. stavak 4.) kao i za dobit od otuđenja tih nekretnina (članak 13. stavak 1.) i

tung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte. Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation der Republik Kroatien auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die sie diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung der notifizierten Einkünfte wird daraufhin durch Steueranrechnung ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde, vermieden.

- (2) Bei Personen, die in der Republik Kroatien ansässig sind, wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte – mit Ausnahme der unter Buchstabe b fallenden Einkünfte –, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden können, sind in der Republik Kroatien von der Steuer befreit. Für Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Republik Kroatien ansässige Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der kroatischen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

- b) Für die folgenden Einkünfte wird die von der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit diesem Abkommen erhobene Steuer auf die hierauf entfallende kroatische Steuer nach den Regeln des kroatischen Steuerrechts angerechnet:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, sofern es sich nicht um eine Beteiligung handelt, deren Dividenden unter Buchstabe a fallen;
- ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 3 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können;
- ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen im Sinne des Artikels 16;
- gg) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, können gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

- (1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen in anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängen-

pokretne imovine koja predstavlja poslovnu imovinu stalne poslovne jedinice (članak 13. stavak 3.).

- d) Neovisno o odredbama točke a) dvostruko se oporezivanje izbjegava uračunavanjem poreza prema točki b),

aa) ako se u državama ugovornicama prihodi ili imovina definiraju prema različitim odredbama Ugovora ili se pripisuju različitim osobama (osim prema članku 9.) te se taj konflikt ne uspije riješiti postupkom iz članka 25. stavak 3., i ako se na temelju te različite definicije ili pripisivanja predmetni prihodi ili imovina ne oporezuju ili se oporezuju niže nego što bi se oporezivali da nema toga konflikta, ili

bb) ako Savezna Republika Njemačka nakon odgovarajuće konzultacije s Republikom Hrvatskom diplomatskim putem notificira druge prihode na koje namjerava primjenjivati ovaj stavak. Dvostruko oporezivanje notificiranih prihoda izbjegavat će se nakon toga uračunavanjem poreza od prvoga dana kalendarske godine koja slijedi nakon kalendarske godine u kojoj je notifikacija proslijeđena.

- (2) U slučaju rezidenata Republike Hrvatske, porez će se utvrđivati kako slijedi:

- a) Prihod koji potječe iz Savezne Republike Njemačke – osim dohotka navedenog pod točkom b) – a koji se u skladu s prethodnim člancima može oporezivati u toj državi, u Republici Hrvatskoj bit će oslobođen od poreza. Prethodne odredbe će se na dividende primijeniti samo ako se te dividende isplaćuju društvu sa sjedištem u Republici Hrvatskoj, od strane društva sa sjedištem u Saveznoj Republici Njemačkoj, čiji kapital neposredno pripada hrvatskom društvu u visini od najmanje 10%, te ako iste pri utvrđivanju dobiti društva koje isplaćuje dividendu nisu odbijene.

- b) Glede hrvatskog poreza na dohodak, prema propisima hrvatskog poreznog sustava, a u skladu s ovim Ugovorom, porez plaćen u Saveznoj Republici Njemačkoj uračunat će se u hrvatski porez za sljedeće prihode:

- aa) dividende koje ne potpadaju pod a);
- bb) kamate;
- cc) autorske naknade;
- dd) prihode koji se sukladno članku 13. stavak 2. mogu oporezivati u Saveznoj Republici Njemačkoj, ako se ne radi o udjelu čije dividende potpadaju pod a);
- ee) prihode koji se sukladno članku 15. stavak 3. mogu oporezivati u Saveznoj Republici Njemačkoj;
- ff) naknade za članove nadzornih i upravnih odbora u smislu članka 16.;
- gg) prihode športaša i umjetnika.

(3) Prihodi ili imovina rezidenta jedne od država ugovornica koji se prema Ugovoru izuzimaju od oporezivanja u toj državi, mogu se unatoč tomu u toj državi uračunati pri utvrđivanju poreza na preostali dohodak ili imovinu te osobe.

Članak 24.

Jednako postupanje

- (1) Državljeni države ugovornice u drugoj državi ugovornici ne smiju biti podvrgnuti oporezivanju ili s tim povezanim obveza-

den Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 5 oder Artikel 12 Absatz 5 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht ent-

ma koje su drukčije ili predstavljaju veći teret od oporezivanja i s tim povezanim obvezama kojima podliježu ili mogu podliježati državljani te druge države u istim okolnostima, osobito u svezi s rezidentnošću. Neovisno o odredbama članka 1., ova se odredba primjenjuje i na osobe koje nisu rezidenti jedne ili objiju država ugovornica.

(2) Osobe bez državljanstva koje su rezidenti jedne od država ugovornica, u državama ugovornicama ne smiju biti podvrgnuti oporezivanju ili s tim povezanim obvezama koje su drukčije ili predstavljaju veći teret od oporezivanja i s tim povezanim obvezama kojima podliježu ili mogu podliježati državljani dotične države u istim okolnostima.

(3) Stalna poslovna jedinica koju društvo jedne države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici ne smije biti u toj drugoj državi oporezivana nepovoljnije nego što se oporezuju društva te druge države koja obavljaju iste djelatnosti. Ova se odredba ne može tumačiti tako da obvezuje državu ugovornicu da rezidentima druge države ugovornice odobrava osobne odbitke, olakšice ili sniženja pri oporezivanju koje odobrava samo svojim rezidentima.

(4) Osim kada se primjenjuju odredbe članka 9. stavak 1., članka 11. stavak 5. ili članka 12. stavak 5., kamate, autorske naknade i druge naknade koje društvo države ugovornice isplaćuje rezidentu druge države ugovornice, u svrhu utvrđivanja oporezive dobiti tog društva, odbijaju se pod istim uvjetima kao da su isplaćene rezidentu prvoispomenute države. Na sličan način, svaki dug društva države ugovornice prema rezidentu druge države ugovornice, u svrhu utvrđivanja oporezive imovine takva društva, odbija se pod istim uvjetima kao da je bio ugovoren s rezidentom prvoispomenute države.

(5) Društva države ugovornice čiji je kapital u cijelosti ili dijelom, neposredno ili posredno, u vlasništvu ili pod kontrolom jednog ili više rezidenata druge države ugovornice, u prvoispomenutoj državi ne podliježu nikakvom oporezivanju ili s tim povezanim obvezama koje su drukčije ili predstavljaju veći teret od oporezivanja i s tim povezanim obvezama kojima podliježu ili mogu podliježati slična društva prvoispomenute države.

(6) Odredbe ovoga članka vrijede, neovisno o članku 2., za poreze bilo koje vrste i naziva.

Članak 25.

Postupak zajedničkog dogovaranja

(1) Ako osoba smatra da postupci jedne ili objiju država ugovornica kao posljedicu imaju ili će imati oporezivanje koje nije u skladu s odredbama ovoga Ugovora, ona može, neovisno o pravnom lijeku predviđenom u unutarnjem propisu tih država, podnijeti zahtjev nadležnom tijelu države ugovornice čiji je rezident ili, ako je njezin slučaj obuhvaćen člankom 24. stavak 1., tijelu države ugovornice čiji je državljanin. Postupak se mora prijaviti u roku od tri godine od prve obavijesti o postupku koji je doveo do oporezivanja koje nije u skladu s odredbama ovoga Ugovora.

(2) Ako nadležno tijelo smatra da je prigovor opravdan, a ne može ga samostalno riješiti na zadovoljavajući način, nastojat će to učiniti u dogovoru s nadležnim tijelom druge države ugovornice, radi izbjegavanja oporezivanja koje nije u skladu s ovim Ugovorom. Postignuti dogovor provest će se bez obzira na rokove

sprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke und nur unter den von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vorgeschriebenen Einschränkungen verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen, falls die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats keine Einwendungen dagegen erhebt. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats erfolgen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Erstattung der Abzugssteuern

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben, so kann der erstgenannte Vertragsstaat die Steuer zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz erheben. Der erstgenannte Vertragsstaat wird die erhobene Steuer auf Antrag des Steuerpflichtigen erstatten, soweit dieser Staat nach dem Abkommen kein oder nur ein beschränktes Besteuerungsrecht hat.

predvidene unutarnjim propisima država ugovornica.

(3) Nadležna tijela država ugovornica nastojat će zajedničkim dogovorom riješiti sve teškoće ili nejasnoće koje se pojave pri tumačenju ili primjeni ovog Ugovora. Ta se tijela mogu dogovarati i o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u slučajevima koji nisu predviđeni ovim Ugovorom.

(4) Nadležna tijela država ugovornica mogu međusobno izravno razmjenjivati mišljenja radi postizanja dogovora u smislu prethodnih stavaka. Ako radi postizanja dogovora treba obaviti usmenu razmjenu mišljenja, to se može učiniti preko komisije sastavljene od predstavnika nadležnih tijela država ugovornica.

Članak 26.

Razmjena obavijesti

(1) Nadležna tijela država ugovornica razmjenjuju obavijesti potrebne za provedbu odredaba ovoga Ugovora ili odredaba unutarnjih propisa država ugovornica koje se odnose na poreze obuhvaćene ovim Ugovorom ako je oporezivanje prema tim zakonima u skladu s ovim Ugovorom. Razmjena obavijesti nije ograničena člankom 1. Sve obavijesti koje primi država ugovornica smatrat će se tajnom kao i podaci dobiveni prema unutarnjim propisima te države, te se mogu priopćiti samo osobama ili tijelima (uključujući sudove i upravna tijela) uključenima u postupak određivanja ili ubiranja poreza iz ovoga Ugovora, odnosno postupak ovrhe ili kaznenog progona ili odlučivanja po pravnim lijekovima koji se odnose na te poreze. Spomenute osobe ili tijela koristit će se tim informacijama samo u navedene svrhe i prema ograničenjima koja su propisana od nadležnog tijela druge države ugovornice. Takve podatke mogu otkriti u javnom sudskom postupku ili sudskoj odluci, ako se nadležno tijelo druge države ugovornice tome ne protivi. Daljnje proslijeđivanje drugim službama moguće je samo uz prethodnu suglasnost nadležnog tijela druge države ugovornice.

(2) Odredbe stavka 1. ne mogu se ni u kojem slučaju tumačiti tako da državi ugovornici nameću obvezu da:

- a) u svrhu davanja obavijesti poduzima upravne mjere suprotne propisima ili upravnoj praksi te ili druge države ugovornice;
- b) daje obavijesti koje se ne mogu dobiti prema propisima ili uobičajenom upravnom postupku te ili druge države ugovornice;
- c) daje obavijesti čije bi otkrivanje povrijedilo obvezu čuvanja trgovačke, poslovne, industrijske, komercijalne ili profesionalne tajne, ili trgovačkih postupaka ili obavijesti čije bi otkrivanje bilo suprotno javnom poretku.

Članak 27.

Povrat poreza po odbitku

(1) Ako se u državi ugovornici porezi na ostvarene dividende, kamate, autorske naknade ili ostale prihode rezidenta druge države ugovornice ubiru po odbitku (na izvoru), prvo spomenuta država ugovornica može porez ubrati prema stopi koja je predviđena unutarnjim propisima te države. Prvo spomenuta država ugovornica će ubrati porez vratiti na zahtjev poreznog obveznika, ako ta država prema Ugovoru nema ili ima samo ograničeno pravo oporezivanja.

(2) Die Frist für die Einreichung des Antrags auf Erstattung beträgt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Abzugssteuer auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere Einkünfte erhoben wurde. Nach Ablauf dieser Frist erlischt das Recht auf Steuererstattung gemäß Absatz 1 Satz 2.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit in dem anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder einer Ständigen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die in einem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie in diesem Staat ansässige Personen.

(4) Das Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamte sowie nicht für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates und ihnen nahe stehende Personen, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie dort ansässige Personen behandelt werden.

Artikel 29

Nebenurkunden

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(2) Rok za podnošenje zahtjeva za povrat poreza iznosi četiri godine po isteku kalendarske godine u kojoj je naplaćen porez po odbitku na dividende, kamate, autorske naknade ili druge prihode. Po isteku ovoga roka prestaje pravo na povrat poreza prema stavku 1. rečenica 2. ovoga članka.

(3) Država ugovornica iz koje potječu prihodi može od nadležnog tijela tražiti potvrdu o tome da je osoba rezident druge države ugovornice.

(4) Nadležna tijela mogu zajednički dogovoriti provedbu ovoga članka i eventualno utvrditi druge postupke za provedbu poreznih olakšica ili oslobođenja predviđenih u ovom Ugovoru.

Članak 28.

Diplomatsko i konzularno osoblje

(1) Odredbe ovoga Ugovora ne utječu na porezne povlastice diplomatskih ili konzularnih predstavnika te predstavnika međunarodnih organizacija predviđene općim pravilima međunarodnog prava ili odredbama posebnih ugovora.

(2) Ako se prihodi ili imovina diplomatskog i konzularnog osoblja na temelju poreznih povlastica, koje imaju prema općim pravilima međunarodnog prava ili na temelju posebnih međudržavnih dogovora, ne oporezuju u zemlji u kojoj obavljaju službu, pravo oporezivanja pripada zemlji koju zastupaju.

(3) Neovisno o odredbama članka 4., fizička osoba koja je član diplomatske misije ili konzularnog ureda ili stalnog predstavništva države ugovornice u drugoj državi ugovornici ili u nekoj trećoj državi, za potrebe ovoga Ugovora, smatrat će se rezidentom države koju zastupa,

- a) ako prema međunarodnom pravu u državi u kojoj obavlja službu ne podliježe oporezivanju prihoda iz izvora izvan te države ili oporezivanju imovine koja se nalazi izvan te države i
- b) ako u državi koju zastupa glede poreza na ukupni dohodak ili imovinu podliježe istim obvezama kao i osobe koje su rezidenti te države.

(4) Ovaj se Ugovor ne primjenjuje na međunarodne organizacije, njihova tijela ili službenike i članove diplomatskih misija ili konzularnih ureda neke treće države, niti na njima bliske osobe, koji se nalaze u državi ugovornici, ali niti u jednoj od država ugovornica ne podliježu istim obvezama u svezi poreza na dohodak i na imovinu kojima podliježu i rezidenti te države.

Članak 29.

Dodatne isprave

Priloženi Protokol sastavni je dio ovoga Ugovora.

Članak 30.

Stupanje na snagu

(1) Ovaj Ugovor podliježe ratifikaciji; isprave o ratifikaciji razmijenit će se u Berlinu što je prije moguće.

(2) Ovaj Ugovor stupa na snagu danom razmjene isprava o ratifikaciji i u državama ugovornicama će se primjenjivati:

- a) u pogledu poreza, koji su zadržani na izvoru, na iznose koji će se plaćati na ili nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu;
- b) u pogledu ostalih poreza, na poreze koji će se ubirati za razdoblja nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 26. März 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien außer Kraft

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 31

Kündigung

Dieses Abkommen ist auf unbestimmte Zeit geschlossen, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Berlin am 6. Februar 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Stupanjem na snagu ovoga Ugovora u odnosima između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske, prestaje vrijediti Ugovor od 26. ožujka 1987. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja na području poreza na dohodak i imovinu.

- a) u pogledu poreza, koji su zadržani na izvoru, na iznose koji će se plaćati na ili nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu;
- b) u pogledu ostalih poreza, na poreze koji će se ubirati za razdoblja nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu.

Članak 31.

Otkaz

Ovaj Ugovor zaključen je na neodređeno vrijeme, s tim da ga svaka država ugovornica može otkazati, pisano diplomatskim putem, do 30. lipnja svake kalendarske godine nakon isteka razdoblja od pet godina od dana njegova stupanja na snagu; u tome se slučaju Ugovor više ne primjenjuje

- a) u pogledu poreza, koji su zadržani na izvoru, na iznose koji se plaćaju na ili nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor otkazan;
- b) u pogledu ostalih poreza, na poreze koji se ubiru za razdoblja nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor otkazan.

Za izračun roka mjerodavan je dan prispjeća obavijesti o otkazu drugoj državi ugovornici.

Sastavljeno u Berlinu, dana 6. veljače 2006., u dva izvornika, svaki na njemačkom i hrvatskom jeziku, od kojih su svi tekstovi jednako vjerodostojni.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Saveznu Republiku Njemačku
Frank Steinmeier

Für die Republik Kroatien
Za Republiku Hrvatsku
K. Grabar

Protokoll
zum Abkommen vom 6. Februar 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kroatien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Protokoll
uz Ugovor od 6. veljače 2006
između Savezne Republike Njemačke
i Republike Hrvatske
o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja
porezima na dohodak i na imovinu

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende in diesem Protokoll – das Bestandteil des genannten Abkommens ist – enthaltene Bestimmungen vereinbart:

1. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage der Vergütung ermittelt, die der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist;
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

2. Zu Artikel 11:

Wenn ein Vertragsstaat sein Besteuerungsrecht auf Zinsen, die an nicht ansässige Personen gezahlt werden, nach Inkrafttreten dieses Abkommens durch nationales Recht begründet beziehungsweise ausweitet, werden auf Antrag eines Vertragsstaats beide Vertragsstaaten Verhandlungen darüber aufnehmen, wie Artikel 11 angepasst werden kann.

3. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

Prilikom potpisivanja Ugovora između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja porezima na dohodak i na imovinu za to propisno ovlaštene su u ovom Protokolu – koji je sastavni dio navedenog Ugovora – osim toga dogovorili sljedeće odredbe:

1. Uz članak 7.:

- a) Ako društvo rezident države ugovornice preko stalne poslovne jedinice u drugoj državi ugovornici prodaje dobra ili robu, ili ako tamo obavlja poslovnu djelatnost, onda se dobit te stalne poslovne jedinice ne utvrđuje na temelju ukupnog iznosa koji je za to ostvaren od društva, već samo na temelju naknade koja se treba pripisati stvarnoj prodajnoj ili poslovnoj djelatnosti stalne poslovne jedinice;
- b) Ako društvo u drugoj državi ugovornici ima stalnu poslovnu jedinicu, onda se u slučaju ugovora, posebice o nacrta, isporukama, ugradnji ili proizvodnji industrijskih, trgovačkih ili znanstvenih oprema i uređaja ili javnih narudžbi, dobit te stalne poslovne jedinice ne utvrđuje na temelju ukupne ugovorne cijene već samo na temelju onoga dijela ugovora koji stalna poslovna jedinica stvarno obavlja u državi ugovornici u kojoj se ona nalazi. Dobit na temelju isporuka robe stalnoj poslovnoj jedinici ili dobit ostvarena u svezi s onim dijelom ugovora koji se obavlja u državi ugovornici u kojoj je sjedište matične kuće društva, može se oporezivati samo u toj državi.

2. Uz članak 11.:

Ako država ugovornica svoje pravo na oporezivanje kamata koje se isplaćuju osobama koje nisu rezidenti te države, nakon što je ovaj Ugovor stupio na snagu, zasniva odnosno proširi na temelju unutarnjih propisa, obje će države ugovornice na zahtjev jedne od država ugovornica započeti pregovore o tome na koji se način može prilagoditi članak 11.

3. Uz članak 10. i 11.:

Neovisno o člancima 10. i 11., dividende i kamate mogu se oporezivati prema zakonima države ugovornice u kojoj su nastale, ako

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

4. Zu Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c):

Beide Vertragsstaaten sind sich einig, dass der Bereich der in Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c) genannten Tätigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen der zuständigen Behörden erweitert werden kann. Dabei sind § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes für Tätigkeiten zu beachten.

5. Zu Artikel 26:

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung solcher Daten vorzunehmen.
- c) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- d) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- e) Die übermittelten personenbezogenen Daten sind zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- f) Die übermittelnde und empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

- a) se zasnivaju na pravima ili potraživanjima s udjelom u dobiti (uključujući prihode tajnoga člana društva na temelju njegova udjela kao tajnog člana društva ili prihoda od parcijarnih zajmova ili obveznica s udjelom u dobiti u smislu poreznih zakona Savezne Republike Njemačke), i

- b) se pri utvrđivanju dobiti dužnika dividende ili kamate mogu odbiti.

4. Uz članak 23. stavak 1. točka c):

Obje su države ugovornice suglasne da se područje djelatnosti navedenih u članku 23. stavak 1. točka c), može proširiti u skladu s međusobnim dogovorom nadležnih tijela. Pritom treba uzeti u obzir članak 8. stavak 1. točka 1. – 6. njemačkog Zakona o inozemnom porezu za djelatnosti.

5. Uz članak 26.:

Ako se na temelju ovoga Ugovora prema unutarnjim propisima dostavljaju podaci koji se odnose na osobe, primjenjuju se i sljedeće odredbe uzimajući pritom u obzir pravne propise svake ugovorne strane:

- a) Primatelj obavještava službu koja dostavlja podatke na njezin zahtjev o načinu na koji su ti podaci korišteni i o tako ostvarenim rezultatima.
- b) Služba koja dostavlja podatke obvezna je voditi računa o točnosti podataka koje dostavlja kao i o potrebi i razmjernosti u odnosu na svrhu koja se želi postići dostavljanjem. Pritom se treba pridržavati zabrana glede prosljeđivanja obavijesti koje su na snazi prema unutarnjim propisima. Ako se ustanovi da su prosljeđeni netočni podaci ili podaci koji se nisu smjeli prosljeđiti, o tome odmah treba obavijestiti primatelja, koji je obvezan te podatke ispraviti ili uništiti.
- c) Osobu o kojoj je riječ mora se, na njezin zahtjev, informirati o prosljeđenim obavijestima i u koju će se svrhu koristiti. Obveza davanja obavijesti ne postoji, ako se smatra da je javni interes u slučaju nedavanja obavijesti, veći od interesa dotične osobe da dobije te informacije. Inače, pravo dotične osobe da dobije informacije o podacima koje o njoj postoje ravna se prema unutarnjim propisima države ugovornice na čijem se području podnosi zahtjev za informacijom.
- d) Ako se osoba zbog prosljeđivanja obavijesti u okviru razmjene podataka na temelju ovoga Ugovora protuzakonito ošteti, za to prema njoj odgovara služba koja je dobila obavijesti sukladno svojim unutarnjim propisima. Ta se služba prema oštećenoj osobi ne može pozivati na to da je štetu prouzročila služba koja je dala obavijesti.
- e) Prosljeđeni podaci koji se odnose na osobu moraju se poništiti čim više ne budu potrebni za svrhu za koju su prosljeđeni.
- f) Služba koja prosljeđuje podatke i služba koja ih prima obvezne su u spisu zabilježiti prosljeđivanje i primitak podataka koji se odnose na osobu.
- g) Služba koja prosljeđuje podatke i služba koja ih prima obvezne su prosljeđene podatke koji se odnose na osobu djelotvorno zaštititi od neovlaštena pristupa, neovlaštenih izmjena ili neovlaštena objave.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 8. Juni 2005
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Schweizerischen Bundesrat,
handelnd im Namen des Kantons Schaffhausen,
über die Erhaltung einer Straßenbrücke über die Wutach
zwischen Stühlingen (Baden-Württemberg) und Oberwiesen (Schaffhausen)

Vom 2. Dezember 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bern am 8. Juni 2005 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen des Kantons Schaffhausen, über die Erhaltung einer Straßenbrücke über die Wutach zwischen Stühlingen (Baden-Württemberg) und Oberwiesen (Schaffhausen) wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 2. Dezember 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
W. Tiefensee

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Schweizerischen Bundesrat,
handelnd im Namen des Kantons Schaffhausen,
über die Erhaltung einer Straßenbrücke über die Wutach
zwischen Stühlingen (Baden-Württemberg) und Oberwiesen (Schaffhausen)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Schweizerische Bundesrat,
handelnd im Namen des Kantons Schaffhausen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die Erhaltung der bestehenden Brücke über die Wutach zwischen Stühlingen (Baden-Württemberg) und Oberwiesen (Schaffhausen) im Zuge der Bundesstraße 315 und der Kantonsstraße H 14, im Folgenden „Brücke“ genannt, wird in diesem Abkommen vertraglich geregelt.

(2) Die unmittelbar anstehende Erneuerung der Brücke wird nach Möglichkeit im Jahre 2005 fertig gestellt.

Artikel 2

Erneuerung der Brücke

(1) Die Erneuerung der Brücke gemäß Artikel 1 Absatz 2 umfasst folgende Tätigkeiten:

- a) Instandsetzung der Widerlager
- b) Ersetzen des Überbaus.

Das Vorhaben wird begrenzt durch die äußeren Umrisse des neuen Überbaus und der beiden vorhandenen Widerlager einschließlich der Flügelwände.

(2) Der neue Überbau erhält eine Fahrbahnbreite von 8,50 Metern und seitliche Geh- und Radwege in jeder Fahrtrichtung von 2,25 Metern.

Artikel 3

Erneuerung der Brücke

(1) Die Erneuerung der Brücke ist eine gemeinsame Aufgabe der Vertragsparteien.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland (die Erneuerung ausführende Vertragspartei) übernimmt die Bauausführung. Zur Bauausführung gehören Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Prüfung der Ausführungsunterlagen, Baugrunduntersuchungen, Bauüberwachung, Baudokumentation, Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Abkommens. Die zuständige Behörde der die Erneuerung ausführenden Vertragspartei setzt sich für die Durchführung der in Satz 2 genannten Tätigkeiten rechtzeitig mit der zuständigen Behörde des Kantons Schaffhausen (im Folgenden „Kanton“ genannt) ins Benehmen; die erforderlichen Entscheidungen werden einvernehmlich im Sinne der Bestimmung des Absatzes 1 getroffen.

(3) Zur Erneuerung der Brücke gehören auch die Arbeiten an den Gründungen und Widerlagern einschließlich der im Flussbett erforderlich werdenden Arbeiten. Die weitere Anbindung

der Bundesstraße 315 und der Kantonsstraße H 14 einschließlich der Nebearbeiten (zum Beispiel Anlage von Böschungen, Entwässerungen und anderer Straßenbestandteile) ist demgegenüber nicht Bestandteil der Erneuerung, sie obliegen jeder Vertragspartei auf ihrem Hoheitsgebiet.

(4) Die Erneuerung der Brücke wird nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden rechtlichen und technischen Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Unter Beachtung des Vorbehaltes und Vorrangs des Gesetzes kann für einzelne Bauteile die Anwendung von in der Schweiz geltenden Normen vereinbart werden.

(5) Die Erneuerungsarbeiten an der Brücke werden nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ausgeschrieben. Für Waren und Dienstleistungen schweizerischen Ursprungs sowie für Anbieter mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz gilt dabei der Grundsatz der Nichtdiskriminierung und der Inländergleichbehandlung. Dies gilt auch für die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel.

(6) Die die Erneuerung ausführende Vertragspartei vereinbart mit den Auftragnehmern auch zugunsten der anderen Vertragspartei eine Gewährleistungsfrist von mindestens fünf Jahren; die Gewährleistungsfrist beginnt mit der erfolgten Abnahme der Brücke.

(7) Die die Erneuerung ausführende Vertragspartei sorgt dafür, dass während der Erneuerung der Verkehr einspurig mit Ampelregelung aufrechterhalten wird.

(8) Die die Erneuerung ausführende Vertragspartei unterrichtet die beiden betroffenen Zollverwaltungen rechtzeitig vor Beginn der Erneuerungsarbeiten über den geplanten Bauablauf.

Artikel 4

Baurecht und Grunderwerb

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass die nach ihren Rechtsvorschriften zur Erneuerung der Brücke gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse rechtzeitig vorliegen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt auf eigene Kosten dafür, dass auf ihrem Hoheitsgebiet die für die Erneuerung der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(3) Die Vermessung und Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jede Vertragspartei auf eigene Kosten auf ihrem Hoheitsgebiet durch.

Artikel 5

Abnahme

(1) Nach Abschluss der Erneuerungsarbeiten wird die Brücke von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Die Abnahme der Brücke wird in einem gemeinsamen Protokoll festgehalten.

(2) Die die Erneuerung ausführende Vertragspartei übergibt dem Kanton rechtzeitig vor der Abnahme kostenfrei eine Ausfertigung des Bauwerksbuchs, der Ausführungspläne und der statischen Berechnungen.

(3) Die die Erneuerung ausführende Vertragspartei überwacht die Gewährleistungsfristen für die Brücke und macht Gewährleistungsansprüche auch im Namen der anderen Vertragspartei geltend.

Artikel 6

Kosten

(1) Jede Vertragspartei trägt die Hälfte der Kosten für die Erneuerung der Brücke.

(2) Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

(3) Der Schweizerische Bundesrat erstattet der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der nach Absatz 1 auf ihn entfallenden Kosten ohne deutsche Umsatzsteuer.

Artikel 7

Erstattungsleistungen

(1) Der Schweizerische Bundesrat erstattet der Regierung der Bundesrepublik Deutschland den von ihm zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird dem Schweizerischen Bundesrat zu Händen des Kantons zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen. Alle Zahlungen erfolgen spätestens drei Monate nach Zustellung der Rechnung.

(3) Der Schweizerische Bundesrat erstattet den Rest seines Kostenanteils nach Schlussabnahme und Vorlage der Schlussabrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Euro zum Kurs der Europäischen Zentralbank am Fälligkeitstermin.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückbehalten werden.

(6) Der Schweizerische Bundesrat erhält zu Händen des Kantons kostenlos Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Weitere Erhaltung

(1) Nach Abschluss der Erneuerungsarbeiten übernimmt die die Erneuerung ausführende Vertragspartei die weitere Erhaltung der Brücke.

(2) Die Erhaltung umfasst die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung. Hierzu gehören ferner der Winterdienst und die Reinigung.

(3) Im Abstand von jeweils sechs Jahren führen die zuständigen Behörden der Vertragsparteien im Beisein von Vertretern der zuständigen Grenzbehörden an der Brücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Zustandskontrollen durch. Aus besonderem Anlass, zum Beispiel bei außergewöhnlichem Hochwasser, Eisgang oder ähnlichen Unfällen, muss eine gemeinsame Zustandskontrolle durchgeführt werden. Die gemeinsamen Zustandskontrollen werden von der erhaltungspflichtigen Vertragspartei veranlasst; sie lässt eine Niederschrift anfertigen.

(4) Die Arbeiten nach den Absätzen 3 und 6 werden im Einvernehmen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien durchgeführt. Dies gilt auch für etwaige Änderungen und weitere Erneuerungen der Brücke.

(5) Die Kosten für die Erhaltung werden in entsprechender Anwendung des Artikels 6 von jeder Vertragspartei zur Hälfte getragen und jährlich abgerechnet. Die Einzelheiten der Abrechnung regeln die zuständigen Behörden der Vertragsparteien; anstatt der jährlichen Abrechnung kann auch ein anderer Abrechnungsmodus vereinbart werden.

(6) Außerdem übernimmt die erhaltungspflichtige Vertragspartei die Ausübung der Verkehrssicherungspflicht für das gesamte Bauwerk gegen Erstattung der entsprechenden anteiligen Kosten durch die andere Vertragspartei. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können eine hiervon abweichende Aufgabenverteilung und Kostenerstattung vereinbaren.

(7) Die für die Erhaltung und für die Verkehrssicherungspflicht der Brücke verantwortliche Behörde stellt die betroffene Behörde der anderen Vertragspartei von Ansprüchen Dritter frei.

Artikel 9

Arbeitsgenehmigung und Rücknahmepflicht

Es gelten die Bestimmungen des Artikels 9 des Abkommens vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über Bau und Erhaltung einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau) einschließlich des begleitenden Notenaustausches vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat.

Artikel 10

Steuerliche und zollrechtliche Bestimmungen

(1) Für die Lieferung von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit der Erhaltung der Brücke bewirkt werden, gilt Artikel 10 Absatz 1 des Abkommens vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über Bau und Erhaltung einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau). Für Waren, die zur Erhaltung der Brücke im Rahmen dieses Abkommens verwendet werden, gilt Artikel 10 Absatz 2 des Abkommens vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über Bau und Erhaltung einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau). Für die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsparteien gilt Artikel 10 Absatz 3 des Abkommens vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über Bau und Erhaltung einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau).

(2) Von den Bestimmungen dieses Abkommens unberührt bleibt das Abkommen vom 11. August 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, zuletzt geändert durch Protokoll vom 12. März 2002, oder eine an dessen Stelle tretende Regelung.

Artikel 11

Gemischte Kommission

(1) Die Vertragsparteien bilden eine Gemischte deutsch-schweizerische Kommission mit der Aufgabe,

- a) Fragen zu erörtern, die sich im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens und der technischen Vereinbarungen auf Grund dieses Abkommens ergeben;
- b) den beiden Regierungen Empfehlungen, auch über etwaige Änderungen dieses Abkommens und der technischen Vereinbarungen zu unterbreiten;

c) zur Beseitigung von Schwierigkeiten den zuständigen Behörden geeignete Maßnahmen zu empfehlen.

(2) Die Kommission setzt sich aus fünf deutschen und fünf schweizerischen Mitgliedern zusammen, die sich von Sachverständigen begleiten lassen können. Jede Vertragspartei bezeichnet ein Mitglied ihrer Delegation als deren Leiter. Jeder Delegationsleiter kann durch ein an den Leiter der anderen Delegation gerichtetes Begehren die Kommission einberufen, die spätestens zwei Monate nach Eingang des Begehrens zusammenzutreten hat.

Artikel 12

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt werden. Jede Vertragspartei kann zu diesem Zweck die in Artikel 11 dieses Abkommens vorgesehene Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten.

Artikel 13

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die

Vertragsparteien auf Verlangen einer Vertragspartei über eine Änderung des Abkommens oder seine Aufhebung und Neuregelung verhandeln.

Artikel 14

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Zum Zwecke einer frühestmöglichen Verkehrsfreigabe der Brücke werden die Bestimmungen dieses Abkommens bereits ab dem Tag seiner Unterzeichnung nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig angewendet.

Artikel 15

Registrierungsklausel

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Bern am 8. Juni 2005 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

E. v. Schubert

Für den Schweizerischen Bundesrat

Dr. Dieterle

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 8. Juni 2005
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Schweizerischen Bundesrat,
handelnd im Namen des Kantons Aargau,
über Bau und Erhaltung einer Rheinbrücke
zwischen Laufenburg (Baden-Württemberg) und Laufenburg (Aargau)**

Vom 2. Dezember 2006

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bern am 8. Juni 2005 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen des Kantons Aargau, über Bau und Erhaltung einer Rheinbrücke zwischen Laufenburg (Baden-Württemberg) und Laufenburg (Aargau) wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 2. Dezember 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
W. Tiefensee

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Schweizerischen Bundesrat,
handelnd im Namen des Kantons Aargau,
über Bau und Erhaltung einer Rheinbrücke
zwischen Laufenburg (Baden-Württemberg) und Laufenburg (Aargau)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Schweizerische Bundesrat,

handelnd im Namen des Kantons Aargau –

von dem Wunsch geleitet, die Straßenverbindungen zwischen beiden Staaten zu verbessern und den Durchgangsverkehr durch ihr Hoheitsgebiet zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Zwischen Laufenburg (Baden-Württemberg) und Laufenburg (Aargau) wird bei Strom-km 115,98 (Schweiz) eine Grenzbrücke, im Folgenden „Brücke“ genannt, über den Rhein auf deutschem und auf schweizerischem Hoheitsgebiet zur Verbindung der Bundesstraße B 34 und der Kantonsstraße K 130 gebaut.

(2) Die Brücke wurde im Jahre 2004 fertig gestellt.

(3) Die Vertragsparteien werden nach Möglichkeit zum Zeitpunkt der Verkehrsfreigabe der Brücke die auf ihrem Hoheitsgebiet liegende Verbindung zur Bundesstraße B 34 und zur Kantonsstraße K 130 erstellt haben.

(4) Die Nutzung der alten Rheinbrücke zwischen den beiden Städten Laufenburg (Baden-Württemberg und Aargau) durch den motorisierten Individualverkehr wird in einer separaten Vereinbarung zwischen der Stadt Laufenburg/Baden, der Stadt Laufenburg/Aargau, dem Land Baden-Württemberg und dem Regierungsrat des Kantons Aargau geregelt.

Artikel 2

Beschreibung der Brücke

(1) Für die Brücke gelten folgende Festlegungen:

- a) Die Brücke besteht aus 3 Brückenfeldern mit einer Gesamtlänge von 228,2 Metern.
- b) Das mittlere Brückenfeld mit einer Länge von 95 Metern gestattet ein schiffbares Lichtraumprofil von 80 Metern Breite in der Stromachse und von 7,00 Metern über dem höchsten schiffbaren Wasserstand.
- c) Der Querschnitt ist als Kastenträger ausgebildet. Die Gesamtbreite beträgt 11,25 Meter. Im Bereich der Kanzeln über den Stützen wird die Breite auf 15,25 Meter aufgeweitet. Die Fahrbahnbreite beträgt 6,50 Meter (zweimal 3,25 Meter). Die beiden Gehwege haben eine Breite von 2 Metern beziehungsweise 1,75 Metern.
- d) Die Brücke liegt bei Bau-km 0 + 494,5 (Überbaumitte) und reicht bis einschließlich nördlichem Widerlager auf deutschem Hoheitsgebiet und südlichem Widerlager auf schweizerischem Hoheitsgebiet.

(2) Bei der Bauausführung notwendig werdende Abweichungen von den Festlegungen nach Absatz 1 erfolgen einvernehmlich zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien.

Artikel 3

Bauausführung

(1) Der Bau der Brücke ist eine gemeinsame Aufgabe der Vertragsparteien.

(2) Der Kanton Aargau (im Folgenden „Kanton“ genannt) übernimmt die Bauausführung. Zur Bauausführung gehören Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Prüfung der Ausführungsunterlagen, Baugrunduntersuchungen, Bauüberwachung, Baudokumentation, Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Abkommens. Die zuständige Behörde des Kantons setzt sich für die Durchführung der in Satz 2 genannten Tätigkeiten rechtzeitig mit der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei ins Benehmen; die erforderlichen Entscheidungen werden einvernehmlich im Sinne der Bestimmung des Absatzes 1 getroffen.

(3) Zum Bau der Brücke gehören auch die Arbeiten an den Gründungen, Pfeilern und Widerlagern einschließlich der im Flussbett erforderlich werdenden Arbeiten.

(4) Die Brücke wird nach den in der Schweiz geltenden bautechnischen Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Unter Beachtung des Vorbehaltes und des Vorrangs des Gesetzes kann für einzelne Bauteile die Anwendung von in der Bundesrepublik Deutschland geltenden bautechnischen Normen und Vorschriften durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbart werden.

(5) Die Brücke wird nach schweizerischem Recht ausgeschrieben. Die von der Schweiz auf internationaler Ebene eingegangenen Verpflichtungen im öffentlichen Beschaffungswesen finden auf dieses Abkommen Anwendung.

(6) Der Kanton vereinbart mit den Auftragnehmern auch zugunsten der anderen Vertragspartei eine Gewährleistungsfrist von mindestens fünf Jahren; die Gewährleistungsfrist beginnt mit der erfolgten Abnahme der Brücke.

(7) Die Anbindung der Brücke an die Straße sowie die Einschüttung der Widerlager einschließlich der Anlage von Böschungen obliegt jeder Vertragspartei auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 4

Baurecht und Grunderwerb

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass die nach ihren Rechtsvorschriften zum Bau der Brücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse rechtzeitig vorliegen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt auf eigene Kosten dafür, dass auf ihrem Hoheitsgebiet die für den Bau der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(3) Die Vermessung und die Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jede Vertragspartei auf eigene Kosten auf ihrem Hoheitsgebiet durch.

Artikel 5

Abnahme

(1) Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Brücke von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Die Abnahme der Brücke wird in einem gemeinsamen Protokoll festgehalten.

(2) Der Kanton übergibt der anderen Vertragspartei rechtzeitig vor der Abnahme kostenfrei eine Ausfertigung der Ausführungspläne und der statischen Berechnungen.

(3) Der Kanton überwacht die Gewährleistungsfristen für die Brücke und macht Gewährleistungsansprüche auch im Namen der anderen Vertragspartei geltend.

Artikel 6

Kosten

(1) Jede Vertragspartei trägt die Hälfte der Kosten für den Bau der Brücke.

(2) Bei der Aufteilung der Kosten ist die schweizerische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese wird allein vom Kanton getragen.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erstattet dem Schweizerischen Bundesrat zu Händen des Kantons die gemäß Artikel 3 Absatz 2 entstehenden Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der nach Absatz 1 auf ihn entfallenden Kosten ohne schweizerische Mehrwertsteuer.

Artikel 7

Erstattungsleistungen

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erstattet dem Schweizerischen Bundesrat zu Händen des Kantons den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden.

(2) Der Kanton wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erstattet den Rest ihres Kostenanteils nach Schlussabnahme und Vorlage der Schlussabrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Euro zum Kurs der Europäischen Zentralbank am Fälligkeitstermin.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückbehalten werden.

(6) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erhält kostenlos Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Erhaltung

(1) Der Kanton übernimmt die Erhaltung der Brücke.

(2) Die Erhaltung umfasst Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung. Hierzu gehören ferner der Winterdienst und die Reinigung.

(3) Im Abstand von jeweils sechs Jahren haben die zuständigen Behörden der Vertragsparteien im Beisein von Vertretern der zuständigen Grenzbehörden an der Brücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Zustandskontrollen durchzuführen. Aus besonderem Anlass, zum Beispiel bei ungewöhnlichem Hochwasser, Eisgang, Schiffsstoß oder ähnlichen Unfällen, muss eine gemeinsame Zustandskontrolle durchgeführt

werden. Die gemeinsamen Zustandskontrollen werden vom Kanton veranlasst; er lässt eine Niederschrift anfertigen.

(4) Die Arbeiten nach den Absätzen 2 und 3 werden im Einvernehmen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien durchgeführt.

(5) Die Kosten für die Erhaltung werden in entsprechender Anwendung von Artikel 6 hälftig geteilt und jährlich abgerechnet. Die Einzelheiten der Abrechnung regeln die zuständigen Behörden der Vertragsparteien; anstatt der jährlichen Abrechnung kann auch ein anderer Abrechnungsmodus vereinbart werden.

(6) Die für die Erhaltung und damit für die Verkehrssicherungspflicht der Brücke verantwortliche Behörde stellt die betroffene Behörde der anderen Vertragspartei von Ansprüchen Dritter frei.

Artikel 9

Arbeitsgenehmigung und Rücknahmepflicht

Es gelten die Bestimmungen des Artikels 9 des Abkommens vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über Bau und Erhaltung einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau) einschließlich des begleitenden Notenaustausches vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat.

Artikel 10

Steuerliche und zollrechtliche Bestimmungen

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau und der Erhaltung der Brücke bewirkt werden, ist das schweizerische Mehrwertsteuerrecht anzuwenden; für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 2 und 3 des Abkommens vom 29. Januar 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über Bau und Erhaltung einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau).

(3) Von den Bestimmungen dieses Abkommens unberührt bleibt das Abkommen vom 11. August 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, zuletzt geändert durch Protokoll vom 12. März 2002, oder eine an dessen Stelle tretende Regelung.

Artikel 11

Grenzabfertigungsanlagen

Für die Grenzabfertigung werden nebeneinander liegende Grenzabfertigungsstellen auf der Grundlage des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinander liegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt errichtet.

Artikel 12

Gemischte Kommission

(1) Die Vertragsparteien bilden eine Gemischte Kommission mit der Aufgabe:

- a) Fragen zu erörtern, die sich im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens und der technischen Vereinbarungen auf Grund dieses Abkommens ergeben;
- b) den beiden Regierungen Empfehlungen, auch über etwaige Abänderungen dieses Abkommens und der technischen Vereinbarungen zu unterbreiten;

c) zur Beseitigung von Schwierigkeiten den zuständigen Behörden geeignete Maßnahmen zu empfehlen.

(2) Die Kommission setzt sich aus fünf deutschen und fünf schweizerischen Mitgliedern zusammen, die sich von Sachverständigen begleiten lassen können. Jede Vertragspartei bezeichnet ein Mitglied ihrer Delegation als deren Leiter. Jeder Delegationsleiter kann durch ein an den Leiter der anderen Delegation gerichtetes Begehren die Kommission einberufen, die spätestens zwei Monate nach Eingang des Begehrens zusammenzutreten hat.

Artikel 13

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt werden. Jede Vertragspartei kann zu diesem Zweck die in Artikel 12 dieses Abkommens vorgesehene Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten.

Artikel 14

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem

Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsparteien auf Verlangen einer Vertragspartei über eine Änderung des Abkommens oder seine Aufhebung und Neuregelung verhandeln.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Zum Zwecke einer frühestmöglichen Verkehrsfreigabe der Brücke werden die Bestimmungen dieses Abkommens bereits ab dem Tag seiner Unterzeichnung nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet.

Artikel 16

Registrierungsklausel

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der schweizerischen Vertragspartei veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Bern am 8. Juni 2005 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
E. v. Schubert

Für den Schweizerischen Bundesrat
Dr. Dieterle

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto
zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

Vom 29. September 2006

Das Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 (BGBl. 2002 II S. 966) zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) wird nach seinem Artikel 25 Abs. 1 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Libysch-Arabische Dschamahirija	am 22. November 2006
Sambia	am 5. Oktober 2006.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Juni 2006 (BGBl. II S. 601).

Berlin, den 29. September 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Satzung des Internationalen Zentrums
für die Registrierung fortlaufend erscheinender Veröffentlichungen**

Vom 13. Oktober 2006

Die Satzung des Internationalen Zentrums für die Registrierung fortlaufend erscheinender Veröffentlichungen vom 14. November 1974 in der am 11. und 12. Oktober 1976 geänderten Fassung (BGBl. 1983 II S. 706, 712) ist nach ihrem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 24 Abs. 2 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926) mit dem Tag der Notifikation des Beitritts zu der Satzung für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bahrain	am 18. Mai 2005
Mali	am 24. Juli 2006.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. Dezember 2003 (BGBl. 2004 II S. 101).

Berlin, den 13. Oktober 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen**

Vom 19. Oktober 2006

I.

Das Übereinkommen vom 14. Januar 1975 über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (BGBl. 1979 II S. 650) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Brasilien	am 17. März 2006
Libanon	am 12. April 2006
Türkei	am 21. Juni 2006

nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung.

II.

Die Türkei hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. Juni 2006 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“The Republic of Turkey declares that it will implement the provisions of this Convention only to the State Parties with which it has diplomatic relations.”

„Die Republik Türkei erklärt, dass sie dieses Übereinkommen nur in Bezug auf die Vertragsstaaten durchführen wird, zu denen sie diplomatische Beziehungen unterhält.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Februar 2006 (BGBl. II S. 190).

Berlin, den 19. Oktober 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten
und des Protokolls hierzu**

Vom 16. November 2006

I.

Die Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 1967 II S. 1233, 1235) ist nach ihrem Artikel 33 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Äquatorialguinea	am	19. Februar 2004
Bolivien	am	17. Februar 2005
Dänemark	am	26. Juni 2003
Eritrea	am	6. November 2004
Honduras	am	25. Januar 2003
Lettland	am	19. März 2004
Paraguay	am	9. Februar 2005
Seychellen	am	8. Januar 2004
Sri Lanka	am	11. August 2004
Südafrika	am	18. März 2004
Uruguay	am	24. Dezember 1999
Venezuela	am	9. August 2005.

II.

Das Protokoll vom 14. Mai 1954 zur Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 1967 II S. 1233, 1300) ist nach seiner Ziffer 10 Abs. b für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Dänemark	am	26. Juni 2003
Estland	am	17. April 2005
Honduras	am	25. Januar 2003
Kanada	am	28. Februar 2006
Lettland	am	19. März 2004
Paraguay	am	9. Februar 2005
Portugal	am	18. Mai 2005
Uruguay	am	24. Dezember 1999.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. September 2002 (BGBl. II S. 2796).

Berlin, den 16. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 12,65 € (11,20 € zuzüglich 1,45 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 13,25 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Berichtigung
der Bekanntmachung über das Inkrafttreten
des deutsch-algerischen Protokolls
über die Identifizierung und die Rückübernahme**

Vom 2. November 2006

Die Bekanntmachung vom 1. Juni 2006 (BGBl. II S. 551) über das Inkrafttreten des deutsch-algerischen Protokolls über die Identifizierung und die Rückübernahme (BGBl. 2004 II S. 16) wird hinsichtlich des Inkrafttrittsdatums dergestalt berichtigt, dass das Protokoll

am 12. Mai 2006

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 2. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel